

# Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Peer H. Lange

Das Baltikum als eine Aufgabe für die integrative  
Gestaltung Europas

Konrad Maier

Estland: Tiger im Baltikum?

Detlef Henning

Lettlands Weg von der sowjetischen Vergangenheit  
in die europäische Zukunft

Joachim Tauber

Der schwere Weg nach Westen:  
Litauen 1990–1998

B 37/98

4. September 1998

Peer H. Lange, Dr. phil., geb. 1932; 1971–1997 wissenschaftlicher Referent in der Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen.

Veröffentlichungen u. a.: *The Russian Factor in Regional Security*, in: Taľavs Jundzis (Hrsg.), *The Baltic States at Historical Crossroads*, Riga 1998; In wichtiger Transmissionsrolle für eine strukturierende Ostpolitik der EU, in: *Das Parlament*, 47. Jg., Nr. 32/97; *Baltikum, Perestroika und europäische Sicherheit*, SWP AP 2666, Ebenhausen 1990.

Konrad Maier, Dr. phil., geb. 1958; wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut Nordostdeutsches Kulturwerk Lüneburg; Arbeitsschwerpunkte: Geschichte Estlands und der Deutschen in Estland; Redaktion der Zeitschrift „Nordost-Archiv“.

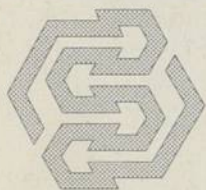
Veröffentlichungen u. a.: *Nationalbewegung und Staatsbildungsprozesse in Estland im Spiegel aktueller estnischer Schulbücher*, in: Robert Maier (Hrsg.), *Nationalbewegung und Staatsbildung. Die baltische Region im Schulbuch*, Frankfurt am Main 1995; *Geschichte und Gegenwart der Bevölkerungsgruppen Estlands in der deutschen Baltikumforschung*, in: Boris Meissner/Dietrich A. Loeber/Cornelius Hasselblatt (Hrsg.), *Die deutsche Volksgruppe in Estland während der Zwischenkriegszeit und aktuelle Fragen des deutsch-estnischen Verhältnisses*, Hamburg 1996; *Die deutsche Baltikumforschung und das darin vermittelte Bild vom Landvolk/von den Esten: Von den Anfängen bis heute*, in: *Acta Baltica*, 34 (1996).

Detlef Henning, M. A., geb. 1959; Studium der Osteuropäischen und Neueren Geschichte sowie der Baltischen Philologie in Münster; 1989/90 Stipendiat der Kulturstiftung Lettlands (Riga); seit 1992 wissenschaftlicher Mitarbeiter mit Schwerpunkt Baltische Staaten am Institut für Deutschland- und Osteuropaforschung in Göttingen.

Veröffentlichungen u. a.: *Der Weg Estlands, Lettlands und Litauens in die zweite Unabhängigkeit*, in: Franz-Lothar Altmann/Edgar Hösch (Hrsg.), *Reformen und Reformer*, Regensburg 1994; *Lettland*, in: Werner Weidenfeld (Hrsg.), *Mittel- und Osteuropa auf dem Weg in die Europäische Union*, Gütersloh 1996<sup>2</sup>; *Die Sprachenpolitik und die Gewährleistung des Bildungswesens nationaler Minderheiten in Lettland*, in: Boris Meissner u. a. (Hrsg.), *Der Aufbau einer freiheitlich-demokratischen Ordnung in den baltischen Staaten*, Hamburg 1995; *Letten und Deutsche*, in: *Nordost-Archiv* (1996); *Die baltischen Staaten*, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.), *Jahrbuch der Europäischen Integration 1996/97*, Bonn 1997.

Joachim Tauber, Dr. phil., geb. 1958; wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut Nordostdeutsches Kulturwerk in Lüneburg.

Veröffentlichungen u. a.: *Die Planung des Unternehmens „Barbarossa“*. Bemerkungen zum Forschungsstand, in: Hans-Heinrich Holte (Hrsg.), *Der Mensch gegen den Menschen. Überlegungen und Forschungen zum deutschen Überfall auf die Sowjetunion*, Hannover 1992; *Die deutsch-litauischen Beziehungen im 20. Jahrhundert*, Lüneburg 1993; (Hrsg. zus. mit Norbert Angermann) *Deutschland und Litauen. Bestandsaufnahmen und Aufgaben historischer Forschung*, Lüneburg 1995; *Die Auseinandersetzung mit der kommunistischen Vergangenheit in Litauen*, in: *Berichte des Bundesinstitutes für ostwissenschaftliche und internationale Studien*, 28/1997.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn. Internet: <http://www.bpb.de>

Redaktion: Dr. Klaus W. Wippermann (verantwortlich), Dr. Katharina Belwe, Dr. Ludwig Watzal, Hans G. Bauer.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 54290 Trier, Tel. 06 51/9 79 91 86, möglichst Telefax 06 51/9 79 91 53, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 7,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

# Das Baltikum als eine Aufgabe für die integrative Gestaltgebung Europas

## I. Nationalstaatliche Wiedergeburt versus Integrationserfordernis

Der Wiedereintritt der drei baltischen Nationen in den Kreis der Nationalstaaten Europas 1991 erfolgte historisch zu Beginn globalisierungsbedingter Integrationsentwicklungen in Technologie und Wirtschaft. Dieser noch andauernde Prozeß zieht politisch Funktionsverluste des Nationalstaats nach sich. Zum einen werden durch internationale Integration Funktionen an umfassendere Institutionen abgetreten, zum Beispiel an übernationale regionale oder subregionale Institutionen. Zum anderen nimmt grenzübergreifend Zusammenarbeit auch unterhalb des nationalstaatlichen Rahmens in Grenz-, Landschafts- oder Industrie-regionen zu. Parallel hierzu verläuft eine Tendenz zur Aufgliederung von Vielvölkerstaaten – wie des ehemaligen Jugoslawien und der Sowjetunion – in kleinere, national oder ethnisch bestimmte Einheiten, mithin zum Separatismus. In diese dialektische Spannung von Separation und Integration hinein gewannen die baltischen Staaten ihre Staatlichkeit neu – ohne für eine solche historische Neuorientierung infrastrukturell oder geistig vorbereitet zu sein. Im Gegenteil: Als durch das Sowjetsystem weithin Entmündigte und Benachteiligte erscheint ihre anfängliche Fixierung auf nationale Befreiung nur folgerichtig<sup>1</sup>.

### 1. Vielfalt historischen Erbes

Die drei baltischen Staaten erlebten die Wiedergewinnung ihrer Souveränität zuvörderst als Befrei-

ung ihrer Nationen von sowjetisch-russischer Unterdrückung. Die fortwirkende Tragik dieser Wahrnehmung zeigte sich bereits darin, daß die entscheidenden plebiszitären Willensbekundungen zur Souveränität gegenüber der Sowjetunion mit einem hohen Stimmenanteil der russischsprachigen Einwohnerschaft zustande kamen – die sich schon bald darauf als nicht zur Nation gezählte zurückgesetzt fühlen mußte. Besonders in Lettland, aber auch in Estland wurde die Titularnation als von Überfremdung bedroht angesehen. Dem versuchte folgerichtig die erforderliche Gesetzgebung zu Staatsbürgerschaft und Minderheiten vorzubeugen. Die heutige (baltische wie westliche) Politik in bezug auf die sogenannte Minderheitenproblematik läßt weitgehend außer Betracht, daß seinerzeit bei der Abwendung von der Sowjetunion die Motive von nationaler und systemarer Befreiung zunächst miteinander einher-, später aber auseinandergingen – als nämlich sich in der Politik der baltischen Nationalstaaten das anti-russische gegenüber dem antikommunistischen Freiheitsmotiv, die nationale Selbstbestimmung gegenüber einer Befreiung zu politischen Entscheidungsmöglichkeiten in den Vordergrund schob. Auch für diese Entwicklung sind die Ursachen nicht allein in den berechtigten baltischen Befürchtungen und der daraus folgenden Politik zu suchen, sondern in gleichem Maß in einer ungelassen russischen Politik, die sich der Lasten historischer Verantwortung kaum bewußt zeigte.

Gleichzeitig veränderte sich auch ein wesentliches Element baltischer Standortbestimmung im gesamteuropäischen Veränderungsprozeß: die gesamtbaltische Identität, die als Interessengemeinschaft der drei Nationen während der Loslösung von der Sowjetunion zunächst zum entscheidenden Merkmal für ihr Ansehen in der Welt geworden war. Für mehrere Jahre war anfänglich „das Baltikum“ ein *Terminus technicus* internationaler Politik geworden, der jedoch bald seine Bedeutung zugunsten der Individualität jedes der drei Nationalstaaten einbüßte. Dieser außenpolitisch bedeutsame Orientierungswechsel wurde schließlich mit der EU-Erweiterung und der Entscheidung für eine individuelle Bewertung von Anwartschafts-

1 Exemplarisch für die zeitgenössische sympathisierende Berichterstattung über die Ereignisse im Baltikum: Marianna Butenschön, Estland, Lettland, Litauen. Das Baltikum auf dem langen Weg in die Freiheit, München – Zürich 1992; Anatol Lieven, *The Baltic Revolution*, New Haven 1993; C. Thomson, *The Singing Revolution: A Political Journey through the Baltic States*, London 1992; Arveds Trapans, *The West and the Recognition of the Baltic States 1919 and 1991*, in: *Journal of Baltic Studies*, 25 (1994) 2, S. 153–173; Andrejs Urde, *Das Ende des Sowjetkolonialismus: Der baltische Weg*, Hamburg 1991; ders., *Die Rückkehr des Baltikums nach Europa. Die Sowjetunion im Umbruch*, Bonn 1991.

staaten (mit dem Ergebnis der Einladung Estlands 1997) sowie einer Hintanstellung räumlicher Erfordernisse bei der Erweiterung der europäischen Integration deutlich. Die Folgen sind u. a. eine mögliche Partikularisierung von Erweiterungsräumen, etwa durch intrabaltische EU-Außengrenzen, sowie die Unverträglichkeit zwischenbaltischer Integrationsmaßnahmen mit einer längerwährenden abgestuften Erweiterung der EU im Baltikum.

Die Verschiedenartigkeit der drei baltischen Nationen hat tiefreichende historische und kulturelle Wurzeln. Die daraus resultierenden Differenzierungserfordernisse politisch zu würdigen gelang im Westen nur allmählich. Allein die andere Informationslage der Esten, die aufgrund ihrer Sprachenverwandtschaft mit den Finnen deren Rundfunk- und Fernsehprogramme verfolgen konnten, ergab eine wirksame Voraussetzung für die sofort einsetzende, enge finnisch-estnische Zusammenarbeit. Hingegen wurde eine ähnliche Affinität zwischen Litauern und Polen erst wirksam, als die Schatten der polnischen Besetzung des Wilnaer Gebiets zwischen den Weltkriegen im polnisch-litauischen Freundschafts- und Kooperationsvertrag vom 26. 4. 1994 überwunden werden konnten.

Die Gemeinsamkeiten hingegen liegen eher in teilweise gleichen historisch-politischen Schicksalen. Als solche können gelten: die soziale, seit dem 19. Jahrhundert ethnisch perzipierte Unterdrückung durch fremdstämmige Oberschichten, die Unfreiheit unter russischer, deutscher und sowjetischer Okkupation sowie nunmehr die gruppenartige Anwartschaft auf Zugang zur europäischen und atlantischen Integration.

Die Baltikumpolitik der westlichen Staaten folgte dementsprechend lange Zeit hindurch schwerlich zu vereinbarenden Leitvorstellungen: Einerseits wurde eine zwischenbaltische Integration als Vorstufe für eine Einbeziehung in die gesamteuropäische Integration befürwortet. Andererseits erfolgten Schwerpunktsetzungen in der bilateralen Politik gegenüber einzelnen baltischen Staaten ohne harmonisierte Arbeitsteilung. Der Eindruck einer stringenten westlichen Baltikumpolitik konnte hieraus nicht entstehen. Eine solche wurde allenfalls von den problembewußteren skandinavischen Staaten entwickelt und verfolgt. Somit erschienen die traditionellen „alten Länder“ der europäischen Integration von einer in sich schlüssigen und harmonisierbaren Baltikumpolitik weiter entfernt als die neu hinzugekommenen. Eine künftige Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

der Europäischen Union in dieser Region wird mithin sowohl deren nationalstaatliche Verschiedenheit als auch die Unterschiedlichkeit der bisherigen nationalstaatlichen wie auch euroregionalen Ansätze integrieren müssen.

## 2. Perestroika und baltische Westwendung

Der Wiedereintritt der drei Baltenstaaten in die europäische Familie von Nationalstaaten erfolgte im Kontext russischer Politik. Gorbatschows Perestroika, die faktisch die Lösung der baltischen Frage überhaupt erst ermöglichte, bezweckte im Grunde lediglich eine Modernisierung der Sowjetunion, einschließlich einer Abkehr von imperialer Unterdrückung im äußeren Kreis des Imperiums, d. h. des Warschauer Pakts und des RGW. Am Baltikum endete dieser Reformwille. Hier scheute Gorbatschow im Januar 1991 selbst vor Gewaltanwendung nicht zurück, um die erkennbar werdende Separierung von der Sowjetunion (statt einer konzidierten größeren relativen Selbstbestimmung im Rahmen der Sowjetunion) noch zu verhindern. Jelzin hingegen, der die Sowjetunion zugunsten einer für das engere Rußland aussichtsreichen Perspektive zerbrach, ermöglichte zu Beginn der neunziger Jahre letztentscheidend die Ablösung der baltischen Völker, wandte sich jedoch 1997/98 im Zuge einer Renaissance russischen Großmachtdenkens – das sich hauptsächlich, aber nicht ursächlich an der NATO-Erweiterung entzündete – auch im Baltikum wieder einer geopolitisch motivierten Politik der Reetablierung von Interessen- und Einflußsphären zu. Dies mündete 1997 in einem Wechsel der Stoßrichtung russischer Initiativen, die vom schwierigsten baltischen Gegenspieler – Estland – abließen und sich nun auf das schwächste Glied – Lettland – konzentrierten.

Erklären läßt sich dieser neue Kurs durch einen Motivationswechsel russischer Politik. Mit der Stoßrichtung gegen Estland war das gesamte Baltikum mit seinen unerwünschten Tendenzen zu einer entschlossenen Westorientierung anvisiert worden. Demgegenüber verspricht die schwerpunktmäßige Einflußnahme auf die lettische Entwicklung eine Aufspaltung des baltischen Raumgefüges und damit eine erhebliche Komplizierung der NATO- wie der EU-Erweiterung. Dadurch wird auch der russische Handlungsspielraum zur Wahrung eigener Interessen gegenüber diesem Integrationsprozeß mit besserer Erfolgsaussicht offengehalten. Eine Offenhaltetaktik verfolgte die russische Außenpolitik bereits seit längerem instrumentell sowohl in der Frage der Grenzen

gegenüber Estland und Lettland als auch vermittels der Minderheitenproblematik. Die ungelöste Grenzproblematik verhinderte bisher den Abschluß von Grundlagenverträgen mit den baltischen Staaten; die permanente Kontroverse um die russischsprachigen Minderheiten bildet einen zweiten Streitpunkt, der die Aufnahme in NATO und/oder EU nach deren eigenen Grundsätzen erschwert.

Die Wendung der russischen Baltikumpolitik folgte der Umorientierung von der „romantischen Phase“ einer Ausrichtung auf die USA unter Außenminister Kosyrev hin zu einer Suche nach „strategischen Verbündeten“ gegen eine Vorherrschaft der USA in der Weltpolitik unter seinem Nachfolger Primakov. Jelzin selber hat dieses Anliegen immer wieder artikuliert, besonders anlässlich seines Besuchs in China. Verschärft wurde dieser Kurswechsel durch die NATO-Erweiterung, der gegenüber die russische Führung argumentiert, daß eine Aufnahme der baltischen Staaten in die NATO diese in bedrohliche Nähe zum Zentrum Rußlands brächte. Da das russische militärische Denken der letzten Jahre von den im Golfkrieg zutage getretenen waffentechnischen Optionen beherrscht wird, dürfte auch dem baltischen Raum strategische Bedeutung vor allem im Blick auf die der NATO/den USA zu Gebote stehenden modernen Waffentechnologien zugemessen werden. Dies ist aus dem russischen Vorstoß abzulesen, in den NATO-Rußland-Kontakten prioritär die Frage der militärischen Infrastrukturen in den Erweiterungsräumen der NATO zu klären – hatten doch der baltische wie der polnische Raum schon für das sowjetische militärische Dispositiv herausragende Bedeutung als Bastion der operativen wie strategischen Luftkriegsführung und -verteidigung.

Die unkonstruktive, ja vorwiegend antagonistische Haltung Rußlands, der sich die baltischen Staaten ausgesetzt sehen, erscheint neben den strategischen Interessen zum einen durch Verleugnung eigener historischer Schuld und der Pflicht, bei der Abtragung der Folgen mitzuwirken, bestimmt, zum anderen durch ein hartes Interesse, sich hier bietende Einflußmöglichkeiten auf die fortschreitende Integration Europas rückhaltlos zu nutzen. So hat sich die russische Politik unter Jelzin zu keinerlei vertrauensbildendem historischem Schuldgeständnis bereit gefunden, obwohl die Sowjetherrschaft die baltischen Nationen jeweils annähernd ein Drittel der Bevölkerung und den weitgehenden Verlust der nationalen Eliten kostete. Deshalb hätte eine tiefwurzelnde Russo-

phobie in den baltischen Ländern von der russischen Politik ebenso berücksichtigt werden müssen, wie dies bezüglich der ehemaligen „Volksdemokratien“ der Fall war.

Das Gegenteil geschah: So, wie lange Zeit hindurch die Existenz des die Teilung der Einflusssphären zwischen dem Dritten Reich und der Sowjetunion festlegenden geheimen Zusatzprotokolls zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag vom 23. August 1939 geleugnet wurde, wird bis zum heutigen Tag entgegen vorliegender historiographischer Evidenz und zwingender völkerrechtlicher Wertung die Einverleibung der drei baltischen Staaten in die Sowjetunion von der offiziellen russischen Politik als freiwilliger Akt ausgegeben<sup>2</sup>. Auf baltischer Seite steht dem nicht minder fixiert die zwar begründbare, aber den Sachverhalt breiter Kollaboration kaum berücksichtigende „Okkupations“-These entgegen. Im Hinblick auf die beiden unvereinbaren Positionen erscheinen denn auch die miteinander zusammenhängenden Fragen eines Fortwirkens der Souveränitätsverträge von 1919, die den baltischen Staaten „auf ewige Zeiten“ Unabhängigkeit von Rußland garantierten, und die Territorialveränderungen zur Sowjetzeit zuungunsten Estlands und Lettlands schwerlich lösbar. Dies, obschon sowohl Estland als auch Lettland in den bilateralen Verhandlungen mit Rußland frühzeitig signalisiert hatten, zu einem Verzicht auf die abgetrennten Gebiete bereit zu sein, wenn eine Anerkennung der Souveränitätsverträge in hinnehmbarer Kompromißformulierung zu erreichen wäre.

Die für Rußlands Haltung gegenüber dem Baltikum gewichtige Problematik der Integrationsausweitung von NATO und EU ist demgegenüber neueren Datums. Während der sog. „romantischen“ Frühphase der russischen Reformpolitik zu Zeiten Gorbatschows und Schewardnadses hoffte man in Moskau auf ein enges Zusammengehen mit dem Westen, vor allem mit den USA.

2 Nur sehr kurzfristig ist zu Beginn der neunziger Jahre so etwas wie der Ansatz zu einer russischen Vergangenheitsbewältigung zu verzeichnen, und nur aus diesem Zeitraum liegen vereinzelte offizielle Eingeständnisse eines historischen Verschuldens gegenüber dem Baltikum vor (gegenüber Präsident Ahtisaari bekannte sich Jelzin allerdings wiederholt zu historischer Schuld im Verhältnis zu Finnland). Danach ist die russische Politik hiervon konsequent abgerückt. Siehe hierzu: Boris Meissner, Mit Hilfe des Völkerrechts. Rußland balanciert seine Baltikum-Politik weiterhin auf der Lüge des freiwilligen Beitritts der Baltischen Staaten, in: Baltische Briefe, Nr. 6, Juni 1998, S. 1–3; ders., The Occupation of the Baltic States from a Present-Day Perspective, in: Talavs Jundzis (Hrsg.), The Baltic States at Historical Crossroads, Riga 1998, S. 473–488.

Das schloß Illusionen in bezug auf einen engen Anschluß Rußlands an die westlichen Integrationsstrukturen ein. Zu dieser Zeit waren weder die NATO- noch die EU-Erweiterung und erst recht nicht die Einbeziehung der baltischen Staaten aktuell, sondern in den baltischen Staaten wurden zu Beginn der neunziger Jahre bei allem Bekenntnis einer Zugehörigkeit zu den westlichen Demokratien noch Vorstellungen eines qualifizierten Neutralitätsstatus diskutiert, die nach russischem Verständnis einen „Finnlandstatus“ für die baltischen Staaten am naheliegendsten erscheinen ließen. Mit der ab 1993/94 aktualisierten NATO-Erweiterung und dem sich versteifenden russischen Widerstand hiergegen gewann die Frage der Einbeziehung der baltischen Länder – wie auch die Kompromißlösung eines vorgezogenen EU-Beitritts – an Bedeutung. Gegen letzteren setzte sich die russische Politik nicht gleichermaßen erbittert zur Wehr wie gegen das Ausgreifen des atlantischen Bündnisses. Der Qualitätswandel der von Moskau in dieser Frage verfolgten Linie ist vielmehr darin zu suchen, daß ab 1997 in einer Reihe von Grundsatzpapieren zur russischen Baltikumspolitik auf die sich hier eröffnenden Möglichkeiten zur Wahrung russischer Interessen gegenüber der europäischen Integration verwiesen wurde<sup>3</sup>.

Damit hat sich die außen- und sicherheitspolitische Konstellation um das Baltikum zu einem Knotenpunkt des russischen Verhältnisses zum Westen entwickelt. Hier werden sowohl amerikanische, vermittels der NATO und ihres Programms „Partnerschaft für den Frieden“ verfolgte Interessen am Aufbau stabiler Sicherheitsstrukturen gegenüber einer noch immer unwägbaren russischen Entwicklung wie auch die Gestaltwerdung des integrierten Europa in einer neu zu gestaltenen Subregion manifest. Rußlands wechselnde Haltung gegenüber den USA als einer für die globalen Interessen Rußlands ausschlaggebenden Macht einerseits und dem werdenden Europa als einer potentiellen Ausgleichsmacht andererseits, tritt in seiner Baltikumspolitik in besonderer Weise hervor.

3 Hier sind vor allem zwei konkurrierende Studien mit annähernd übereinstimmenden Analysen, aber unterschiedlich prononcierten Schlußfolgerungen zu nennen: *Sovet po vnešnej i oboronnoj politike* (Rat für Außen- und Verteidigungspolitik), *Rossija i pribaltika* (Rußland und das Baltikum), Moskau 1997, und *Moskovskij Centr Karnegi, Fond Karnegi za meždunarodnyj mir* (Moskauer Carnegi-Zentrum, Carnegi-Stiftung für internationalen Frieden), *Doklad: Baltijskij šans*. (Bericht: Die baltische Chance), Verf.: Dmitrij Trenin (Moskau 1997).

---

## II. Integrationsmotive: Schutz und Wertegeborgenheit

---

### 1. Existenzangst als Motiv neuer Staatlichkeit

Die politische Entwicklung der baltischen Nationen kann nur unter Berücksichtigung des fortwirkenden Okkupationstraumas verstanden werden. Die Übermacht der dem benachbarten Rußland zu Gebote stehenden Gewalt resultiert im Bewußtsein, daß die eigene Sicherheit auf verlässlichen Schutz durch Protektionsmächte angewiesen sei. Die politisch virulente Existenzangst hat darüber hinaus in Estland und Lettland einen weiteren Grund in der Gefährdung der ethnisch definierten nationalstaatlichen Existenz durch die Bevölkerungsumschichtungen im Gefolge der stalinistischen Siedlungspolitik.

Hieraus ergab sich folgerichtig, daß die Politik der baltischen Staaten – abgestuft nach dem Ausgesetztsein gegenüber Rußland – zunächst schwerpunktmäßig Sicherheit vor Rußland anstrebte und damit tendenziell in Widerspruch zu einer von der Konfrontation des Kalten Kriegs befreiten und um Kooperation mit Rußland bemühten westlichen Politik geriet. Ferner zeigte sich in der Minderheitenproblematik eine Inkompatibilität der baltischen und der westeuropäischen politischen Ansätze: Während die richtungbestimmende Politik des Minderheitenbeauftragten der OSZE, Max van der Stoel, darauf abzielt, die baltische Minderheiten- und Menschenrechtsgesetzgebung derjenigen in den westeuropäischen Staaten anzugleichen, mußte das lettische und auch das estnische Interesse sich zunächst darauf richten, eine durchaus reale Gefährdung staatlicher Stabilisierung durch die unverhältnismäßig starken, ehemals bevorrechtigten und daher mit westlichen Verhältnissen eben nicht vergleichbaren „Minderheiten“ auszuschließen. Als einzig mögliche Lösung hierfür erscheint heute eine allmähliche Assimilierung im Verlauf einer durch Modernisierung zu erreichenden neuen gesellschaftlichen und staatlichen Identitätsfindung – eine Zielsetzung, die mit derjenigen eines konservierenden und protegierenden Minderheitenschutzes nicht ohne weiteres kompatibel erscheint<sup>4</sup>. Die Folge hiervon ist in einer sich über die Jahre hinziehenden außenpolitischen Virulenz der sogenannten „Minderheiten“-Proble-

4 Eine Darstellung der amtlichen deutschen Linie findet sich in: Beate Maeder-Metcalf, *Russische Minderheiten in den baltischen Staaten*, Das Engagement der OSZE, in: *Internationale Politik*, 52 (1997) 10, S. 39–44.

matik zu erkennen, die bis heute Rußland instrumentelle Handhaben dafür bietet, auf die Annäherung der baltischen Staaten an die westeuropäische Integration Einfluß zu nehmen.

Schließlich mußten sich beide Motive auch auf die innerbaltische Integration auswirken: Litauen, das aus mehreren historischen Gründen der stalinistischen Russifizierung weit weniger ausgesetzt war als Lettland und Estland, hat mit einer russischsprachigen Minderheit von nur acht Prozent keine mit Lettland und Estland vergleichbaren Probleme. Die Minderheitenproblematik in ihren oben beschriebenen Auswirkungen mußte folgerichtig für Litauen einen ganz anderen Stellenwert einnehmen als für Estland und Lettland – und mit ihr die Einschätzung der Stabilität der jeweiligen baltischen Partner. Für die militärische Kooperation der drei baltischen Staaten spielte darüber hinaus auch die unterschiedliche politische Charakteristik eine wesentliche Rolle: Für Litauens Westbindungen wurde es von großer Bedeutung, daß diesem volkreichsten und ethnisch am wenigsten beeinträchtigten der drei jungen Staaten der Aufbau einer eigenen Armee am raschesten und vergleichsweise unkompliziertesten gelang. Die beschwichtigende Rußlandpolitik unter Brazauskas wie auch seine zögerliche Reformpolitik riefen hingegen im Westen zeitweilig den Eindruck hervor, daß Litauen – das in der Zwischenkriegszeit wegen seines Konflikts mit Polen hinsichtlich des polnisch besetzten Gebiets um Wilna enge Beziehungen zu Sowjetrußland unterhalten hatte – sich weniger verläßlich als die beiden anderen baltischen Nationen von sowjetischen Traditionen abwende.

## 2. „Westlichkeit“ – eine oszillierende Zielvorstellung

Die Fixierung auf Rußlands Bedrohlichkeit bestimmte – wenn auch nicht allein entscheidend – maßgeblich die politische Haltung der baltischen Staaten. Neben der Schutzsuche vor dem als alleinige potentielle Bedrohung wahrgenommenen Rußland gründete eine von Anbeginn an radikale Westorientierung in dem Selbstverständnis, dem westlichen Kulturkreis zuzugehören – allerdings durchaus im Bewußtsein einer Grenz- oder Frontlage. Das von Samuel Huntington gezeichnete Bild des „Zusammenpralls der Kulturen“ illustriert diese Konstellation insofern treffend, als in allen drei baltischen Völkern eine Identifizierung mit westlicher Kultur und Geschichte politisch dominiert, die als mit dem russischen, orthodoxen, sowjetischen Osten unvereinbar verstanden wird. Dies geht jedoch einher mit einem ethnisch motivierten und heute gelegentlich antiquiert natio-

nalistisch historisierenden Unabhängigkeitsbewußtsein gegenüber der „westlichen“ (deutschen adligen und bürgerlichen) Oberschicht, die diesen Kultureinfluß früher trug. Demgegenüber hat die orthodox bestimmte Kultur Rußlands – ungeachtet der relativ liberalen Herrschaft in den sog. „deutschen Provinzen des Zarenreichs“ sowie der gerade hier unübersehbar erfolgreichen Industrialisierung um die Jahrhundertwende und einer moderaten Gewährung begrenzter „Westlichkeit“ während des Sowjetregimes – keinen bewußtseinsprägenden Einfluß hinterlassen.

Aus diesem oszillierenden Verhältnis von Nähe und Distanz resultierte eine anfängliche Verkennerung der tiefgreifenden Veränderungen, von denen die „Westlichkeit“ Europas heute bestimmt ist – insbesondere des Bedeutungsschwundes der Nationalstaatlichkeit einerseits und des Vorrangs von Integration unter modernen Entwicklungsbedingungen andererseits. Ein gerade erst wiederbefreites baltisches Nationalgefühl mußte sich damit schwer tun, nahezu unvermittelt ein Aufgehen nationalstaatlicher Eigenbestimmung in Integrationsstrukturen anzusteuern. Dennoch sind angesichts der Aussicht auf eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union die hierfür geforderten Anstrengungen von Regierungsseite willig in Angriff genommen worden<sup>5</sup> – allerdings ohne daß in der Bevölkerung ein breites politisches Verständnis der Möglichkeiten, vor allem aber auch der Anforderungen hätte erreicht werden können.

Die Herangehensweise an die Integration auf baltischer und westeuropäischer Seite setzte unterschiedliche Schwerpunkte. Die baltische Politik fixierte sich – weitgehend ohne Erörterung der Konsequenzen und Vorleistungen und in einem eher statischen Ansatz – sowohl hinsichtlich der NATO- wie auch der EU-Erweiterung auf den Status der Mitgliedschaft. Das westliche Herangehen gab dagegen einer prozessualen Stabilisierung von politisch wichtigen Strukturelementen den Vorzug vor den Formalien der Mitgliedschaft.

5 Die Europäische Kommission hat dies in ihrer Bewertung der drei baltischen Anwärterstaaten deutlich zum Ausdruck gebracht: Vgl. Agenda 2000. Zusammenfassungen und Schlußfolgerungen der Stellungnahmen der Kommission zu den Beitrittsanträgen zur Europäischen Union, DN: DOC/97/8, sowie Agenda 2000. Stellungnahme der Kommission zum Antrag Estlands auf Beitritt zur Europäischen Union, Brüssel, 15. Juli 1997, Doc/97/12; Agenda 2000. Stellungnahme der Kommission zum Antrag Lettlands auf Beitritt zur Europäischen Union, DOC/97/14; Agenda 2000. Stellungnahme der Kommission zum Antrag Litauens auf Beitritt zur Europäischen Union, DOC/97/15. Alle Dokumente via Internet: <http://europa.eu.int/rapid/cgi/rapeg.ks...ion.gettxt=DOC/97/relatedNumbers/0/RAPID&lg=DE>.

---

### III. Das Baltikum – die Achillesferse der NATO-Öffnung

---

#### 1. „Unschützbarkeit“ – ein Trugschluß

Weil die baltischen Staaten in der westlichen Integration zuvörderst Schutz vor Rußland suchten, haben sie in den Jahren 1993 bis 1997 zunächst mit aller ihnen zu Gebote stehenden Energie versucht, bei der ersten Teilerweiterung der NATO dabei zu sein. Das blieb ihnen versagt, weil sowohl im deutschen wie auch im amerikanischen Kalkül russische Empfindlichkeiten als zu erfolgsgefährdend eingeschätzt wurden, die Potentiale der drei baltischen Nationen wenig Zugewinn an militärischer Kapazität versprachen, aber auch, weil Sicherheitsgarantien für die drei baltischen Staaten wegen der Unmöglichkeit von deren (konventioneller) Verteidigung uneinlösbar schienen. Alle drei in der Diskussion um die NATO-Erweiterung zutage getretenen Argumentationslinien haben erkennen lassen, daß das Verhältnis zu Rußland als bestimmend gilt<sup>6</sup>. Im Unterschied zur Konstellation des Kalten Kriegs, als schwieriger zu verteidigende Positionen wie Westberlin, Nordnorwegen oder Bornholm der Sicherheitsgarantie durch atomare Abschreckungsstrategien unterlagen, ist hinsichtlich einer Einbeziehung der baltischen Staaten in die sicherheitspolitische Integration im Rahmen der NATO nicht von einer konfrontativen, sondern allenfalls von einer konkurrierenden Lagecharakteristik ausgegangen und demgemäß nur die Erweiterung strukturbedingter Stabilität anvisiert und propagiert worden.

In der Logik dieses Ansatzes gewann denn auch für diese Anwärtstaaten das Programm „Part-

<sup>6</sup> Dies traf in besonderem Maß für die deutsche Baltikumpolitik zu. Die vom Auswärtigen Amt verfolgte „Anwaltschaft“ für die Einbeziehung der drei baltischen Staaten in die europäische Integration litt in der Sicht der Regionalnachbarn unter der vielfältig sondierten Reserve des Kanzlers, des Kanzleramts und im Blick auf die Nato-Integration langfristig unter derjenigen des Verteidigungsministers. Vgl. hierzu als deutsche Sicht insbesondere: Nortwin Graf Leutrum, Das Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zur baltischen Region, in: Boris Meisner/Dietrich A. Loeber/Cornelius Hasselblatt (Hrsg.), Die Außenpolitik der baltischen Staaten und die internationalen Beziehungen im Ostseeraum, Hamburg 1994, S. 358–367; Hans Dieter Lucas, Die Außenpolitik der baltischen Staaten – Grundprobleme und Tendenzen, in: Karl Kaiser (Hrsg.), Die Außenpolitik der neuen Republiken im östlichen Europa, Bonn 1994, S. 273–282; ders., Perspektiven der Ostseekooperation, in: Außenpolitik, 46 (1995) 1, S. 23–30; ders., Die baltischen Staaten in Europa, Probleme und Perspektiven, in: Außenpolitik, 48 (1997) 2, S. 127–136.

nerschaft für den Frieden“ („Partnership for Peace“, PfP) ausschlaggebende Bedeutung. Hierdurch wurden die drei baltischen Staaten in eine fünfteilige Kooperationsstruktur einbezogen, die heute eine so tiefgreifende faktische Sicherheitsvernetzung darstellt, daß sie geeignet erscheint, eine unmittelbare militärische Gefährdung weithin zu neutralisieren. Hierzu gehören im einzelnen: 1. ein Baltisches (Friedenswahrungs-) Bataillon („BALTBAT“ = BALTic BATtalion mit Standort und Hauptquartier in Riga/Lettland und Dänemark als Leitnation); 2. ein von den USA finanziertes und in den 1994 entworfenen Rahmenplan einer „Regionalen Luftkontrollinitiative“ (Regional Aircontrol Initiative) für den Bereich der ehemaligen Volksdemokratien gehörendes subregionales System für die Kontrolle des Luftraums („BALTNET“ = BALTic Air Surveillance NETWORK mit Position in Wilna [Vilnius]/Litauen und Norwegen als NATO-Leitnation); 3. eine Baltische Marineflottille („BALTRON“ = BALTic SQUADRON mit Sitz in Reval [Tallinn]/Estland und Deutschland als NATO-Leitnation); 4. eine koordinierende Dach-Institution („BALTSEA“ = BALTic SECURITY Assistance, die von Schweden geleitet wird) und 5. die Baltische Verteidigungsakademie („BALTDEF COL“ = BALTic DEFENSE COLLEGE in Dorpat [Tartu]/Estland).

Hiermit ist auch ein Rahmen dafür geschaffen worden, die erheblichen Umstellungsschwierigkeiten aus sowjetischen in westliche militärische Verhaltens- und Leistungsnormen – die als langfristige Schwierigkeiten in den Armeen aller ehemaligen Volksdemokratien zutage traten – beim komplizierten Neuaufbau baltischer Armeen in einem mittelfristigen Adaptionsprozeß zu umgehen.

#### 2. PfP: Ersatzsicherheiten für ein strategisches Glacis

Damit hat das Programm „Partnerschaft für den Frieden“ eine vergleichbare Stabilisierung sicherheitspolitischer Strukturbildung bewirkt, wie sie hinsichtlich der übrigen politischen Felder für die europäische Integration mit den sogenannten „Heranführungsstrategien“ bezweckt wird. In diese vormitgliedschaftlichen Kooperationsstrukturen sind zugleich modern verstandene strategische Interessen von NATO-Partnerländern an der baltischen Sicherheitspolitik eingeflossen, die im Effekt einen nicht weniger funktionalen Schutz bewirken können, als ihn eine formale Mitgliedschaft bietet.

Der für diese vorsichtige Politik zu entrichtende Preis liegt zum einen im Verzicht auf die von einer



vollendeten Mitgliedschaft ausgehende innere Stabilisierungswirkung auf Mitgliedstaaten, wie sie etwa mit der Aufnahme Spaniens in die NATO bezweckt wurde. Zum anderen kann er in den Möglichkeiten zutage treten, die der russischen Politik nach Jelzin für eine Einflußnahme auf zukünftige Entwicklungen offenbleiben. Damit wird absehbar, daß für die baltischen Risikoperzeptionen zwar die Okkupations- bzw. Invasionsgefahr in den Hintergrund tritt, mögliche Destabilisierungen durch politische Dominanz – durch welche auch die Integrationseignung des einen oder anderen der baltischen Staaten infrage gestellt würde – hingegen wichtiger werden. Damit verschiebt sich zugleich das Gewicht der hierfür geeigneten Mittel von herkömmlichen militärischen Optionen zu solchen hochtechnologischer Konfliktaustragung.

Das bedeutet, daß der als längerfristig einzuschätzende Prozeß der baltischen Annäherung an die europäische und atlantische Integration auf modernem sicherheitspolitischem Gebiet Gefahr laufen könnte, sich konfrontativ zu entwickeln, wenn zur Entschärfung dieser Möglichkeit nicht adäquat moderne Ansätze in der Rüstungskontrollpolitik angesteuert werden. Neben einer Befassung mit bisher aufgrund tradierter Normen noch nicht erprobten Bereichen der Vertrauensbildung bestünde eine zusätzliche Herausforderung darin, noch immer wirksame Vorbehalte in den skandinavischen Ländern gegen Rüstungskontrollansätze mit Regionalspezifika zu überwinden.

---

## IV. EU-Öffnung: Verlegenheitslösung oder Gesetzmäßigkeit?

---

### 1. Die eigentlichen Probleme liegen im Westen

Im Baltikum blieb nicht unbemerkt, daß bereits 1994 in der ersten Studie der amerikanischen RAND-Corporation, die auch in Zusammenarbeit für das deutsche Verteidigungsministerium die Konzeption für die NATO-Erweiterung erarbeitete, Estland als voraussichtlich erster Anwärter auf eine EU-Mitgliedschaft benannt wurde. In der Tat haben sich die Studien der RAND-Corporation erst im zweiten Anlauf dem Baltikum als schwierigem Teilproblem der NATO-Öffnung zugewandt und frühzeitig eine Lösung des Problems im Zugang zur EU-Integration gesehen<sup>7</sup>.

7 Vgl. Ronald Asmus/Robert C. Nurick, NATO Enlargement and the Baltic States in: *Survival*, 38 (1996) 2, S. 121–142.

Schienen bereits die Schwierigkeiten einer NATO-Mitgliedschaft beträchtlich, so mußte dies für die wirtschaftlichen, sozialen und soziostrukturellen Anforderungen, die eine Aufnahme in die EU für die noch immer schweren Folgeschäden aus der Sowjetzeit ausgesetzten baltischen Staaten stellte, um so mehr gelten. Deren Drängen auf Aufnahme machte infolgedessen eine Klärung der auf seiten der europäischen „Altländer“ zu erbringenden Lasten immer dringlicher erforderlich. Hierin bestand der Kern der jahrelangen Erörterungen auf politischer wie gesellschaftspolitischer Ebene über die Frage „Vertiefung vor Erweiterung oder Erweiterung vor Vertiefung“. Sie ist letztlich durch die folgerichtige Losung von der Gleichzeitigkeit beantwortet worden, weil ein zwingender innerer Zusammenhang beider Vorgänge vorliegt. Das aber bedeutet, daß die Entwicklung einer integrativen Erweiterung zeitlich vom Fortschritt bei der Vertiefung abhängig und somit hochgradig verwundbar gegenüber Komplikationen bleibt. Dieser letztere Aspekt einer gemeinsamen oder doch zumindest harmonisierten Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union gewinnt unübersehbar durch jüngste Entwicklungen des russischen wie des amerikanischen Engagements an Aktualität.

### 2. Heranführung und fehlende Orientierung

Die Haltung der baltischen Staaten zu ihrem EU-Beitritt zeigte gelegentlich eine aus ihren Besonderheiten verständliche Zwiespältigkeit: Einerseits setzten sie auf das Gewicht der baltischen Gemeinsamkeit (Gruppen-/Startlinienmodell) und andererseits auf Chancen für eine individuelle Aufnahme, die sie aus der einzelstaatlichen Leistung ableiteten – wofür insbesondere Estland stand. Die deutsche Politik hat als Lösung das „Stadionmodell“ (mögliches Überholen von Erstverhandlern durch leistungsstärkere Zurückgesetzte) kreiert – das der Leistungsfähigkeit der Heranführungspolitik wie auch der Verhandlungsfähigkeit der Kommission erhebliche Lasten aufbürdet.

Als noch schwieriger erwies sich die Einhaltung des Versprechens, ausschließlich „objektive“ Kriterien der Beurteilung einer Beitrittsreife zugrunde zu legen. Bereits die Bewertung der drei baltischen Staaten mit dem Entscheid, Estland zu Beitrittsverhandlungen zuzulassen, ist für Uneingeweihte aus dem Text der Agenda 2000 allenfalls mit Mühe herauszulesen. Die darauffolgenden ersten Erfahrungen aus den Beitrittsverhandlungen mit Polen und bei den Heranführungsaktivitäten mit Litauen wiesen eindringlich auf die Schwierigkeiten der

Beitrittswilligen<sup>8</sup>. Gleichzeitig wurde nicht zuletzt anlässlich der jüngsten Initiativen südeuropäischer Staaten sichtbar, daß sich als Preis der Erweiterung Anforderungen an die Integrationskohäsion der EU abzeichnen, die diese an ihre Belastungsgrenze zu führen drohen. Das konnte nur eintreten, weil die Regierungen der Europäischen Union deren Erweiterung anvisierten, ohne neben dem moralischen Solidaritätsmotiv auch die ökonomischen, vor allem aber die integrationspolitischen Belastungen einvernehmlich zu deklarieren<sup>9</sup>.

Somit zeichnet sich seit 1998 verstärkt ab, daß der Fortgang des europäischen Einigungsprozesses nicht weniger von den deformationsbegründeten Unzulänglichkeiten in den Kandidatenländern abhängt als von der Fähigkeit der integrierten EU-Mitglieder zu eigenen grundlegenden Reformen in der Agrarpolitik, der integrierten Finanzpolitik und der politischen Struktur der Union. Hierzu gehört, daß sich die europäische Politik (zumal die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik) deklaratorisch darauf festlegt, welche essentiellen Funktionen neue Erweiterungsräume und Länder – und hierunter auch das Baltikum oder auch dessen einzelne Bestandteile – für eine prosperierende Position Europas in der globalisierten Welt des 21. Jahrhunderts zu übernehmen hätten. Ohne eine solche einigende Richtungsbestimmung müssen die binneneuropäischen Interessendivergenzen unüberbrückbar und als zu Mißbrauch einladende Schwäche erscheinen. Erweiterungsräume wie der baltische würden dadurch wieder zu Objekten rivalisierender Einflußnahme statt zu Verzahnungen korrespondierender Modernisierung, die das kommende Jahrhundert verlangt.

---

## V. Regionale Integration zwischen Skandinavien, Ostseeraum und Mitteleuropa

---

### 1. Regionalisierung der Integrationen?

Zum atlantischen und europäischen Integrationsprozeß ist faktisch ein regionaler bzw. subregiona-

---

8 Vgl. Michael Ludwig, Kulakowski, EU-Erweiterungsgegner hoffen auf Verzögerung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 8. Juli 1998, S. 11; Peter Hort, Enttäuschung im Baltikum, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10. Juli 1998, S. 14.

9 Nichtregierungsseitig wurde ein Versuch zu einer solchen Bestandsaufnahme von der Forschungsgruppe Europa der Bertelsmann Stiftung unternommen: Kosten, Nutzen und Chancen der Osterweiterung für die Europäische Einigung, Gütersloh 1998.

ler hinzugetreten. Der Ostseeraum gilt transregional als musterhaft für erfolgreiche regionale Kooperation<sup>10</sup>. Als seine wichtigste Institution hat sich der 1992 auf Initiative des dänischen und des deutschen Außenministers gegründete „Rat der Ostseestaaten“ etabliert. Er schließt Rußland mit einem besonderen Sitz für das Gebiet Königsberg/Kaliningrad ein und ist mit ökonomischen, ökologischen, kommunalen und potentiell auch mit entwicklungspolitischen Fragen befaßt, nicht aber mit sicherheitspolitischen. Mit der Hinzuziehung Rußlands geht diese Institution über ihre Vorbilder – den „Nordischen Rat“ der skandinavischen Länder und den „Baltischen Rat“ der baltischen, der unter Rückgriff auf den in der Zwischenkriegszeit gleichnamigen Rat nach der Wiedergewinnung der Souveränität wieder ins Leben gerufen wurde – intentionell hinaus, indem sie statt einer sich als zusammengehörig empfindenden Staatengruppe eine solche mit bis dahin divergierenden, aber räumlich-subregional fokussierenden Interessen zusammenführte. Neu ist ferner, daß hier eine regionale Vormacht (bei aller gegenwärtigen Schwäche) beteiligt ist<sup>11</sup>.

Die Entwicklung in der Region mit unterschiedlichen Anlehnungen baltischer Staaten an Nachbarationen und einem wachsenden schwedischen Interesse, sich der NATO und den USA anzunähern, sowie deren zunehmendes Engagement im nördlichen Europa, insbesondere in Lettland, führten 1997 zu amerikanischen Sondierungen bezüglich einer Teilnahme am Rat der Ostseestaaten. Bei aller Nützlichkeit des in der OSZE erprobten Prinzips „offener“ Beteiligung drohte damit der Regionalcharakter dieser Institution überlastet und die gewünschte Balance regionaler und europaweiter Integration gestört zu werden. Hier war eine Grenze zwischen (sub-)regionalen und gesamt-europäischen (oder atlantischen – im Kontext

---

10 Dies war das Ergebnis eines Seminars des Forums für Sicherheit und Kooperation der OSZE zu regionaler Kooperation in Wien im Januar 1997.

11 Vgl. dazu die neuere, offiziöse Darstellung des Politischen Direktors im Auswärtigen Amt, Wolfgang Ischinger, Nicht gegen Rußland. Sicherheit und Zusammenarbeit im Ostseeraum, in: Internationale Politik, 53 (1998) 2, S. 33–40. Hier wird auch im Titel noch einmal die offizielle deutsche kooperative Linie im Verhältnis zu Rußland im Ostseeraum bestätigt. Aufsehenerregend war ein Jahr zuvor aus der Partei des deutschen Außenministers in bezug auf die Wirtschaftsbeziehungen formuliert worden, daß es notfalls „auch ohne Rußland“ gehen müsse. Vgl. Otto Graf Lambsdorff, Eine stabile Instabilität. Russische Wirtschaftskrise und deutsche Politik, in: Internationale Politik, 52 (1997) 4, S. 41–46. Das Land Schleswig-Holstein hatte sich wegweisend für eine forcierte Entwicklung der Ostseekooperation eingesetzt. Vgl. Gerd Walter, Ostseekooperation – eine Erfolgsgeschichte, in: Internationale Politik, 53 (1998) 2, S. 47–53.

sicherheitspolitischer Aspekte) Interessensphären erreicht, deren Überschreitung erhebliche strukturelle Unsicherheiten für die Gestaltwerdung Europas barg.

Die finnische Außenpolitik hat es in dieser Lage mit ihrem im Herbst 1997 aktualisierten Vorschlag einer „Nördlichen Dimension“ unternommen, die nordeuropäische Entwicklung wieder auf die Gleise gesamteuropäischer integrierter Politik zurückzuleiten<sup>12</sup>. Hierin werden ökologische und wirtschaftliche Entwicklungsanliegen des europäischen Nordens als Anliegen von gesamteuropäischer Bedeutung vorgetragen und damit die Regionalentwicklung zur Sache europäischer Gestaltungspolitik gemacht<sup>13</sup>.

## 2. Zu viele Institutionen – zu wenig Eliten

Diese finnische Initiative verlangt von europäischer Gestaltungspolitik Entscheidungen über die Strukturbildung im Verhältnis von subregionalen zu regionalen Institutionen. Finnland als eine kleine Nation hatte selbst den Spagat zwischen nördlichen Anliegen (im Nordischen Rat und im Rat der Barentssee-Anrainer) und den komplizierten Entwicklungen südlich seiner Grenzen zu leisten gehabt. Es mußte sich am ehesten darüber klar werden, daß insbesondere kleine Nationen durch diesen institutionellen ‚Artenreichtum‘ des nördlichen Europa an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit hinsichtlich der dafür erforderlichen Eliten gebracht wurden. Auch zeichnete sich ein Ende der Leistungsfähigkeit dieser subregionalen Kooperation gegenüber einer rapide

zunehmenden Involvierung der außerregionalen Vormächte USA und Rußland ab – die auszubalancieren lediglich durch eine Funktionsverlagerung auf Institutionen der europäischen Integration möglich erscheint.

---

## VI. Divergierende Zeithorizonte und transregionale Erschwerungen

---

Vor den baltischen Nationen liegt eine längerwährende Periode der Annäherung an die europäische Integration. Allein der Anschluß an die Euro-Währung dürfte ein bis zwei Dezennien in das nächste Jahrhundert hineinreichen. Dementsprechend groß sind die Anpassungs- und Umwandlungserfordernisse – die aus den eigenen, geschwächten Kräften nur schwierig und folglich auch langfristig erreichbar erscheinen. Die Globalisierung, in der Europa seine Position einnehmen muß, läuft aber so rapide ab, daß hierbei die Zeithorizonte eher kurz bemessen erscheinen. Um diesen Widerspruch zu überwinden, kann Europa die Potentiale seiner osteuropäischen „neuen Länder“ folglich nur rasch mobilisieren und für sich nutzbar machen, wenn diese bewußt und planvoll entwickelt werden. Die Verantwortung für eine solche planvolle Orientierung der baltischen Integrationsentwicklung (als eines spezifischen Teils derjenigen in Osteuropa) liegt ganz überwiegend auf seiten des westlichen Europa – seiner intergouvernementalen Politik noch mehr als derjenigen der Europäischen Kommission.

Hierfür scheint der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union nur wenig Zeit belassen zu sein. Die USA setzten mit solcher Dynamik und Effektivität neue Wegmarken der Modernisierung und weltweiten Technisierung, aber auch der Standards in sicherheitspolitischen Strukturen innerhalb der europäischen Entwicklung, daß demgegenüber die Gestaltungserfolge auf europäischer Seite eher zurückzubleiben scheinen.

Im baltischen Raum und dem der Ostsee insgesamt beansprucht das Verhältnis zu Rußland dabei zweifelsohne zunehmende Bedeutung, je rascher die Nach-Jelzin-Phase russischer Instabilitäten näherrückt. Die USA sind dabei seit einer Reihe von Jahren immer mehr davon abgegangen, sich auf dieses Kernland Eurasiens zu konzentrieren, und haben sich statt dessen der Stabilisierung seiner Peripherie zugewandt. Demgegenüber gilt die deutsche, von Kanzler Kohl personifizierte Ostpolitik – im Unterschied etwa zu der der skandinavi-

---

12 Vgl. Development of the Northern Dimension in the European Union. (Unofficial Translation of a Draft Memorandum), October 14, 1997; A Study on Interdependency between Russia and Baltic States Infrastructures, o. O., o. J.; UM (Ministry for Foreign Affairs), Action Plan for Central and Eastern Europe. Finlands Strategy for Cooperation in the Neighbouring Areas of North-West Russia and the Baltic Republics, Helsinki (1996); vgl. ergänzend die Rede des finnischen Unterstaatssekretärs Leif Fagernäs am 19. 3. 1998 in Bonn (vervielfältigtes Redemanuskript); Staatspräsident Martti Ahtisaari, Ansprache vom 26. 4. 1998 in Berlin; René Nyberg (Autor der Initiative), Ökonomische Interdependenz im Ostseeraum. Transportbedürfnisse Rußlands und des Baltikums, in: Internationale Politik, 53 (1998) 2, S. 41–46; Jasper von Altenbockum, Auf dem Weg zur modernen Hanse, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 7. Juli 1998, S. 16.

13 Unter diesem Aspekt ist insbesondere auf den Plan eines Energieringes hinzuweisen. Die mit diesem Projekt konzeptionell seit langem verfolgte Linie stellt sich als hinlänglich mit dem Vertrag über eine Europäische Energie-Charta harmonisiert dar (Europe Documents No. 1904, 19. Oktober 1994) und damit als einer der vielversprechenden und weiterführenden Ansätze europäischer integrierter Politik, wie sie von der finnischen Außenpolitik bewußt für ihre Präsidentschaft 1999 angesteuert wird.

schen Länder – als immer noch auf Rußland als vorrangiges Ziel gerichtet – und dies in kaum einer anderen Subregion deutlicher als in der baltischen.

Der baltische Raum wird also in der vor ihm liegenden längeren Phase der Annäherung an die westliche Integration davor bewahrt werden müssen, zu einem brisanten Interaktionsraum transregionaler Interessen zu werden, weil er als konzeptionelles Vakuum europäischer Politik erscheint.

---

## VII. Die Rahmenbedingungen der modernen Integration: Das Informationszeitalter, die Globalisierung, die Strukturebenen

---

### 1. Charakteristika der westeuropäischen Reform

Die die Integration tragenden „alten Länder“ Westeuropas müssen zu neuen Kräften kommen, um die Erweiterung als eine Investition in die Zukunft leisten zu können. Die Umwandlung der durch die Modernisierung der Arbeitsverhältnisse bedingten Arbeitslosigkeit in völlig neue Arbeitsverhältnisse – mit weitreichenden Folgen für die soziale, mentale und politische Architektur Europas – erscheint als dringlichstes Ziel. Mit dem Versuch einer Wiederherstellung der Vollbeschäftigung vergangener Zeiten kann dieses Ziel nur verfehlt werden. Nicht minder gerät dabei außer Sicht, daß es gerade die in der veralteten Industriestruktur des stalinistischen Sozialismus ganz andersartig begründete Arbeitslosigkeit im Osten Europas ist, die zugleich mit derjenigen im Westen in zukunftsfähige Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt werden muß.

Das erscheint ohne Installierung funktionstüchtiger neuer Formen europäischer politischer Willensbildung und ihrer Durchsetzung – also ohne die politische Vertiefung der Integration – kaum möglich. Um sie zu erreichen, wird in den bisher noch nationalstaatlich formulierten Zielsetzungen die Klarstellung der Gemeinsamkeit der künftigen Schicksale der europäischen Nationen unabdingbar. Aber Europapolitiker – allen voran die Europaparlamentarier – sind in den Parteien der ‚alten‘ Nationalstaaten immer noch nachrangige Außen-seiter. Dabei können die nationalstaatlichen Potentiale Europas den globalisierten Konkurrenzforderungen schon längst nicht mehr genügen. Die Wirtschaftsintegration läuft daher der politischen weit davon. Noch weniger genügen diese Potentiale dem Erfordernis, für die Errei-

chung prosperitätsbegründender Positionen im weltweiten Wettbewerb zur Standardsetzung in wegweisenden Technologien fähig zu sein. Noch ist keine europäische Entsprechung für Bill Gates auszumachen.

### 2. Charakteristika der osteuropäischen Transformation

Im Osten Europas hingegen – und auch hierfür ist das Baltikum als ehemaliger Teil der Sowjetunion kennzeichnend – erwachsen Arbeits- und Produktionslosigkeit aus den Transformationserfordernissen, für die es nirgends überzeugende Erfolgsrezepte gegeben hat. Die Abkehr von der vom Stalinismus geprägten, plangefesselten und zentralistisch-arbeitsteiligen Industriestruktur und Wirtschaftsform erbrachte zunächst nur eine Wiederbelebung der Dienstleistungen überwiegend auf einfachem Niveau, nicht jedoch industrielle Arbeitsplätze in früherem Umfang oder ein ausgewogenes Verhältnis von individuellem Unternehmertum, Mittelstand und wettbewerbsfähigen Industrien. Eine soziale und politische Stabilität kann von der nach wie vor lückenhaften volkswirtschaftlichen Leistungskraft noch nicht getragen werden. Hierfür sind zum mindesten konzeptionelle Entwicklungsperspektiven erforderlich.

Die europäische Integration verheißt in den Kandidatenländern illusorisch zuvörderst Wohlstand. Ein Verständnis von Mitgliedschaft als Wohlstandsteilhabe läßt aber außer acht, daß die Grundlagen des westlichen Wohlstands austauschbedürftig sind – die alten Grundlagen also nicht als Entwicklungsperspektive für die Beitrittskandidaten taugen. Auch eine alleinige Fixierung auf die volkswirtschaftlichen Funktionen von Markt und Handel bietet keine Lösung der staatlichen und gesellschaftlichen Probleme der Baltenstaaten. So wird etwa Lettland seine sozioökonomischen Probleme strukturell und durchgreifend nicht lediglich mittels russischen Energiestofftransits und Holzexports lösen können.

Angesichts der westeuropäischen Strukturänderungen kann die Zukunft der baltischen Staaten und ihre künftige Funktion für Europa also nicht lediglich auf Zwischenhandel mit dem eurasischen Raum gegründet werden. Das wird im 21. Jahrhundert keine entscheidende Funktionskategorie mehr sein. Diese Nationen würden dann in der europäischen ‚Funktionsgemeinschaft‘ statt zu integrierten Gleichen unter Gleichen lediglich zu ‚Ersatzdienstleistenden‘. Die europäische Heranführungsaufgabe kann also nicht darin bestehen,

daß in den baltischen Staaten lediglich eine Transformation stalinistischer Wirtschaft in die alterproben Formen westlicher Wirtschaften betrieben wird. Erforderlich wird vielmehr, sich sofort – ausgehend von der noch weitgehend unverfestigten gegenwärtigen Gestaltgebung – an den neuen Zielsetzungen und Strukturfordernissen unter den Bedingungen des 21. Jahrhunderts auszurichten. Für das *ganze* Europa steht eine Integration der Zielsetzungen an.

### 3. Das „Tertium datur“: Modernisierung

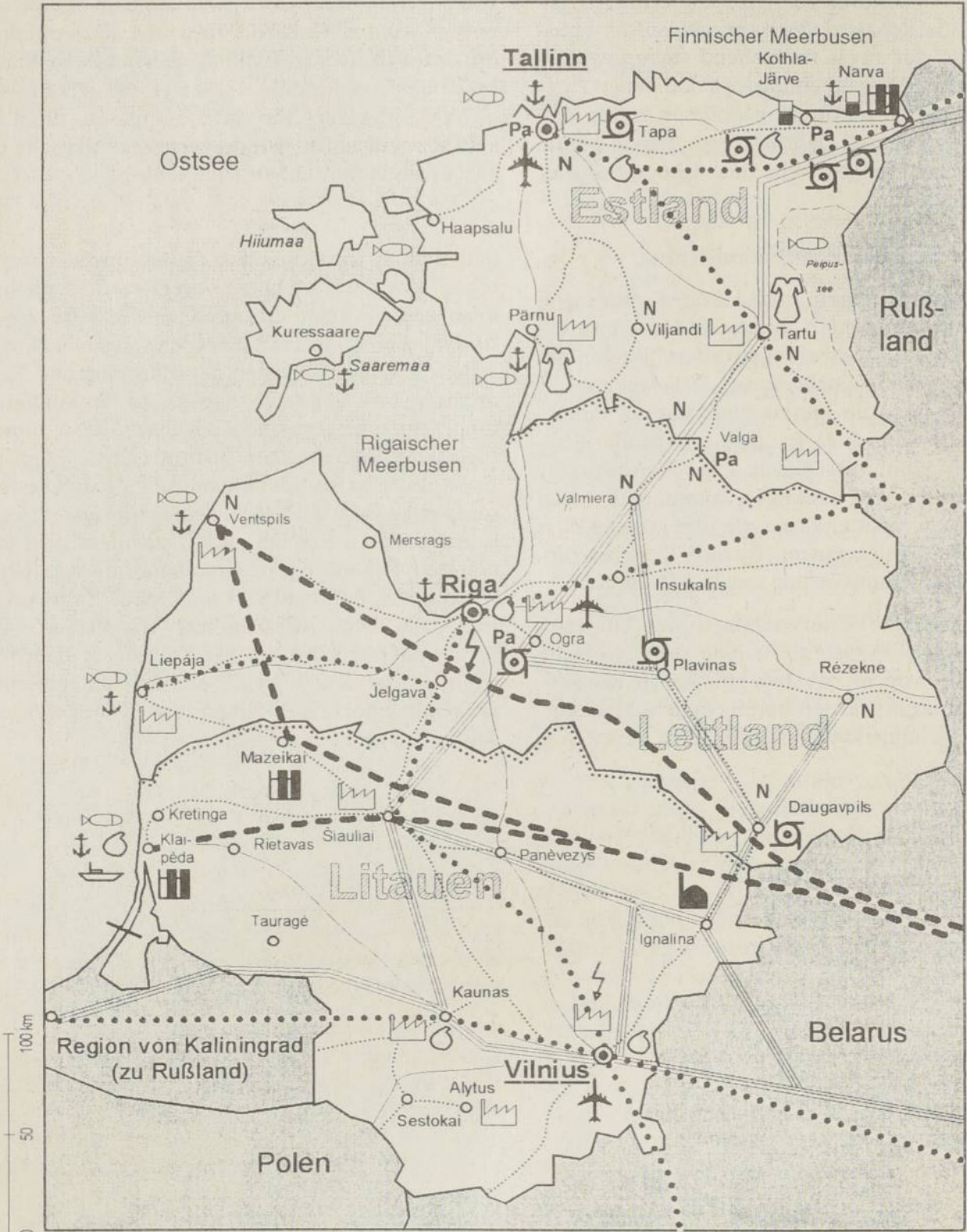
Welche Veränderungen und Herausforderungen das nächste Jahrhundert birgt, ist im Westen – nicht im Osten – bewußt geworden. Weder die Perestroika noch Jelzins Reformpolitik setzten geistige Kräfte frei, die hierzu Wesentliches beitragen. *Ex occidente lux*: Es gibt ein Modernisierungsgefälle von West nach Ost. Von dorthin müssen also die Wegweisungen kommen, die auch vom Baltikum nicht erwartet werden können. Die Modernisierung des ganzen Europa liegt konzeptionell in der Verantwortung seines Westens.

Aber die anderen Voraussetzungen des Modernisierungsbedarfs im Osten erlauben keine einfache Übertragung von im Westen greifenden Konzepten. Im Baltikum wurden bereits eigene Modernisierungswege eingeschlagen, für die es keine Vor-

bilder gab. Das „Tigersprung“-Programm des estnischen Außenministers zur breiten Einführung von Computerunterricht an Schulen folgte der entschlossenen Modernisierung der Kommunikations-Infrastruktur in Estland. Der lettische Staatspräsident vermittelte seinen Landsleuten, daß „Modernisierung“ für die besonderen Probleme seines Landes nicht minder wichtige ethnische und soziale als technische Inhalte habe.

Aus dem Erfordernis, die Zielsetzungen europäischer Modernisierung zu integrieren, erwachsen einer gemeinsamen europäischen Gestaltungspolitik entscheidende Herausforderungen. Die vorgesehene Planungszelle bei der Europäischen Kommission steht vor rasch anwachsenden Aufgaben. Ohne Nutzung zusätzlicher Kapazitäten – zumeist regierungsunabhängiger Institutionen – kann das Ende ihrer Leistungsfähigkeit allzu rasch erreicht sein. Hier erfordert die Modernisierung Integration auf neuen Ebenen und in europaweit zu bündelnden Dimensionen. Erst unter diesem Blickwinkel wird deutlich, daß solch neue Subregionen Europas wie das Baltikum nicht nur kleine Völker in peripheren Winkeln des Kontinents bedeuten, sondern daß sie zugleich Schlüsselemente einer funktionalen Neugestaltung des Kontinents und seiner Zukunft ausweisen.

# Wirtschaftsgeographische Karte der Baltischen Länder



- |           |                           |  |                     |  |                                 |  |                          |  |               |
|-----------|---------------------------|--|---------------------|--|---------------------------------|--|--------------------------|--|---------------|
|           | Landesgrenze              |  | Hauptstraßen        |  | Eisenbahn                       |  | Flughafen                |  | Häfen         |
|           | Öl-Pipeline               |  | Gas-Pipeline        |  | Stromleitung                    |  | Raffinerie               |  | Kraftwerk     |
|           | Ölschiefergewinnung       |  | Chemische Industrie |  | Metallindustrie u. Maschinenbau |  | Elektro-industrie        |  | Atomkraftwerk |
| <b>Pa</b> | Holz- und Papierindustrie |  | Schiffbau           |  | Textil- und Bekleidungsind.     |  | Nahrungsmittel-industrie |  | Fischerei     |

DIW 98

Quelle: Wochenbericht des DIW 23/98, S. 411.

## Makroökonomische Entwicklung in den baltischen Ländern 1992–1998

	1992	1993	1994	1995	1996	1997*
	Reales Bruttoinlandsprodukt, Veränderung in %					
Litauen	-37,7	-30,4	1,0	3,0	5,1	5,7
Lettland	-35,0	-16,0	0,6	-0,8	2,8	6,0
Estland	-14,2	-8,5	-1,8	4,3	4,0	10,0
	BIP je Einwohner (in US-\$, Kaufkraftparitäten)					
Litauen	4 336	3 020	3 049	3 140	3 300	3 489
Lettland	3 810	3 201	3 220	3 194	3 284	3 481
Estland	5 066	4 635	4 552	4 748	4 938	5 431
	Inflation (Verbraucherpreisindex), Veränderung in %					
Litauen	1 021	410	72	40	25	10
Lettland	951	109	36	25	18	8
Estland	1 077	90	48	29	23	11
	Produktionsstruktur, Anteile in %					
Litauen						
Landwirtschaft	11,6	11,0	7,3	9,3	13,2	-
Industrie	39,4	30,4	25,8	29,0	27,7	-
Bauwirtschaft	9,4	7,8	8,7	6,7	7,2	-
Dienstleistungen	39,6	50,8	58,2	55,0	51,9	-
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	-
Lettland						
Landwirtschaft	17,6	11,8	9,5	10,8	9,1	8,1
Industrie	28,4	24,1	20,1	22,6	22,2	21,2
Bauwirtschaft	5,0	4,3	5,9	5,1	4,9	4,6
Dienstleistungen	47,5	53,2	59,2	56,0	58,2	61,7
Sonstige	1,5	6,6	5,3	5,5	5,6	4,4
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Estland						
Landwirtschaft	13,6	10,9	8,8	6,6	6,2	-
Industrie	25,2	20,9	18,3	18,8	18,5	-
Bauwirtschaft	5,0	6,6	5,5	4,3	5,1	-
Dienstleistungen, Sonstige	56,2	61,6	67,4	70,3	70,2	-
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	-

\* Vorläufig

Quellen: Nationale Statistiken; EBRD; BMWi-Dokumentation Nr. 420: Wirtschaftslage und Reformprozesse in Mittel- und Osteuropa; Bank of Estonia: Monetary Developments & Policy Survey, Tallinn 1998; EBRD Transition Report Update, 1998.

Quelle: Wochenbericht des DIW 23/98, S. 412.

Konrad Meier



wurden dem Russischen Reich inkorporiert, wobei der Zar die Privilegien der deutschbaltischen Oberschicht (Ständeversammlung, evangelisch-lutherischer Glaube, Landesautonomie, deutsches Recht, deutsche Sprache, deutsche Verwaltung) bestätigte. Für die folgenden 200 Jahre blieb Estland nun von Kriegen verschont<sup>3</sup>.

Im 19. Jahrhundert fanden maßgebliche politische, ökonomische und soziale Veränderungen im Baltikum statt, die auch die Entwicklung im 20. Jahrhundert prägen sollten. Nachdem Dorpat seine Universität wieder eröffnen durfte (1802), wurde die drückende Leibeigenschaft in Estland (1816) sowie in Livland (1819) aufgehoben; die estnischen Bauern erhielten ihre persönliche Freiheit. In der Mitte des Jahrhunderts folgten weitere Agrarreformen, die es den Bauern erlaubten, nun auch eigenes Land zu erwerben. Die estnischsprachige Presse und Literatur, Theater und Musik, das Vereinswesen hatten ihre erste Blüte, so daß man für die Zeit von 1850 bis ca. 1890 vom „nationalen Erwachen“ der Esten, von der Bewußtwerdung des Bauernvolkes als eigenständige Nation sprechen kann. Sinnbildlicher Ausdruck hiervon war das 1869 in Dorpat stattfindende erste allgemeine estnische Sängerfest, dessen Tradition bis in die Gegenwart reicht. Gleichzeitig begann der politische Niedergang der bisher dominierenden deutschbaltischen Bevölkerungsschicht, die im Zuge der Russifizierungsmaßnahmen der zarischen Regierung in St. Petersburg immer mehr Privilegien verlor, die ihr bislang gewährt worden waren<sup>4</sup>.

Am Ende des 19. Jahrhunderts setzten auch in Estland gravierende ökonomische Umbrüche ein: Mechanisierung, Industrialisierung und Urbanisierung veränderten die baltischen Ostseeprovinzen des Russischen Reiches von Grund auf. Die Russische Revolution von 1905 griff auch auf Estland über; die dortigen Unruhen, die bei weitem nicht so blutig verliefen wie z. B. in Livland oder Kurland, wurden von zaristischen Truppen und Deutschbalten gemeinsam niedergeschlagen. Bis zum Ersten Weltkrieg gelangten infolge der zaghaften politischen Reformen des Zarenreiches Esten in politische Ämter, in Stadtverwaltungen,

3 Die Zeit vom Livländischen Krieg bis zur endgültigen Einverleibung der baltischen Gouvernements in das Zarenreich (1710 Estland und Livland, 1795 Kurland) behandelt wiederum Heinz von zur Mühlen, *Das Ostbaltikum unter Herrschaft und Einfluß der Nachbarmächte 1561–1710/1795*, in: ebd., S. 173–264, 555 f.

4 Vgl. Gert von Pistohlkors, *Die Ostseeprovinzen unter russischer Herrschaft 1710/95–1914*, in: ders. (Anm. 1), S. 265–450, 557–564.

ja sogar in die Reichsduma. Während des Krieges erfolgte die Zwangsliquidierung des deutschen Grundbesitzes, die Verwaltungsgrenzen der Gouvernements wurden – nun schon unter der Provisorischen Regierung – analog den Sprachgrenzen im April 1917 neu geordnet. Die sich im Folgemonat anschließenden Wahlen zum estnischen Landtag (Maapäev) waren die ersten demokratischen Wahlen im Gouvernement Estland. Im Verlauf der Revolutionswirren im Oktober und November 1917 errangen fürs erste die Bolschewiki die Macht in großen Teilen Estlands. Während Truppen des Deutschen Kaiserreiches im Februar 1918 auf estnischem Gebiet vorrückten, proklamierte das aus drei Personen bestehende Rettungskomitee (Päästekomitee), das vom Ältestenrat des Maapäev die höchste Gewalt übertragen bekommen hatte, am 24. Februar 1918 den selbständigen Freistaat Estland – wenige Stunden vor dem Einmarsch der Deutschen.

Deren Pläne zur Gründung eines baltischen Herzogtums wurden im Verlauf der letzten Kriegsmomente obsolet; nach dem Zusammenbruch des Deutschen Kaiserreiches wurden große Teile Estlands – genau ein Jahr nach Verkündung der Unabhängigkeit – von den Einheiten der Roten Armee besetzt. Dennoch gelang es estnischen Verbänden innerhalb weniger Monate – unterstützt von finnischen, weißrussischen und deutschbaltischen Kräften –, die Bolschewiki im sogenannten Freiheitskrieg aus dem Land zu vertreiben<sup>5</sup> und mit Sowjetrußland am 2. Februar 1920 in Tartu einen Friedensvertrag zu schließen, in dem „für immer und auf ewige Zeit“ die Grenzen der Republik Estland vom östlichen Nachbarn anerkannt wurden<sup>6</sup>.

Bereits im Oktober 1919 hatte das estnische Parlament ein Gesetz über die Enteignung des Groß-

5 Grundlegend immer noch: Eduard Laaman, *Eesti iseseisvuse sünn (Die Geburt der Selbständigkeit Estlands)*, Stockholm 1964. Daneben sind anzuführen: Eduard Laaman, *Eesti vabadussõja poliitiline ajalugu (Politische Geschichte des estnischen Freiheitskrieges)*, o. O. 1991; J. Maide, *Ülevaade eesti Vabadussõjast 1918–1920 (Überblick über den estnischen Freiheitskrieg 1918–1920)*, Tallinn 1933; August Traksmäa, *Lühike vabadussõja ajalugu (Kleine Geschichte des Freiheitskrieges)*, Tallinn 1992. Das Thema ist bisher ausschließlich von der estnischen Historiographie bearbeitet; daher wäre eine deutschsprachige Gesamtdarstellung sehr wünschenswert.

6 Zum Wortlaut vgl. Friedensvertrag zwischen Rußland und Estland, geschlossen in Jurjew am 2. Februar 1920, in: *Rußlands Friedens- und Handelsverträge 1918/1923*, auf Grund amtlichen Materials aus d. Russ. übertragen von Heinrich Freund, mit einer Einleitung von Paul Heilborn, Leipzig – Berlin 1924 (Osteuropa-Institut in Breslau. Quellen und Studien. Erste Abteilung: Recht und Wirtschaft, H. 8), S. 44–58.

grundbesitzes verabschiedet, das vor allem für die deutschbaltische Bevölkerungsschicht, die sich nach 1918 als nationale Minderheit in einem von ihr ca. 700 Jahre lang dominierten Land wiederfand, drastische ökonomische und soziale Auswirkungen beinhaltete. Gegen eine unzureichende staatliche Entschädigung verlor sie ihre wirtschaftliche Basis, so daß Teile dieser Minderheit für sich keine Zukunft in Estland mehr sahen und ins Reich auswanderten; der Staat verteilte das enteignete Land an estnische Neusiedler und Kleinbauern.

Ein weiteres, eminent wichtiges Gesetz für die Republik Estland in der Zwischenkriegszeit wurde im Februar 1925 verabschiedet: das über die Kulturautonomie der nationalen Minderheiten<sup>7</sup>. Aufgrund ihrer Liberalität besaßen die Gesetzesregelungen in bezug auf die Minderheitenfragen Vorbildcharakter über den baltischen Raum hinaus und fungierten quasi als „Eintrittskarte“ Estlands in den Völkerbund. Für die dreißiger Jahre läßt sich auch in Ostmitteleuropa die Hinwendung zu autoritären Regierungs- und Herrschaftsformen feststellen, Estland machte hierbei keine Ausnahme. Durch den Staatsstreich von Konstantin Päts im März 1934 wurde eine autoritäre Regierung installiert, die sich bis zum Zweiten Weltkrieg an der Macht hielt<sup>8</sup>.

Im Hitler-Stalin-Pakt vom 23. August 1939 sowie in den geheimen Zusatzprotokollen vom August und September 1939<sup>9</sup> war das Baltikum der sowjetischen Einflußsphäre zugeschlagen worden. Im Oktober 1939, der Zweite Weltkrieg hatte schon begonnen, wurden unter dem Schlagwort „heim ins Reich“ die Deutschbalten Estlands (und Lettlands) umgesiedelt und fanden eine – vorübergehende – Heimat im neugeschaffenen Reichsgau Wartheland<sup>10</sup>. Estland, das – wieder einmal in sei-

ner Geschichte – Spielball der Großmächte geworden war, ergab sich in sein Schicksal: Nach der Gewährung von ersten Stützpunkten für die Rote Armee folgten im Juni 1940 ein sowjetisches Ultimatum und der Einmarsch der sowjetischen Truppen; im Juli 1940 fanden Wahlen statt, und im August 1940 wurde Estland als Teilrepublik (ESSR) in den Staatsverband der Sowjetunion integriert<sup>11</sup>. Bereits in den Folgemonaten wurde eine massive Sowjetisierung durchgeführt; Inhaftierungen, Verbannungen und Hinrichtungen Tausender kennzeichneten das erste Jahr der Sowjetzeit. Von 1941 bis 1944 war Estland von den Deutschen okkupiert; auf die Rückkehr der Roten Armee wurde in den folgenden zehn Jahren mit einem erbitterten Partisanenkrieg durch die „Waldbrüder“ reagiert<sup>12</sup>. 70 000 Esten gelang die Flucht in den Westen: nach Schweden, Deutschland und weiter nach Großbritannien, Kanada, Australien und in die USA.

Im März 1949 folgte ein weiteres dunkles Kapitel in der estnischen Geschichte des 20. Jahrhunderts: Im Zuge der Kollektivierung der Landwirtschaft und der Einrichtung von Kolchosen und Sowcho sen auf dem Land wurden Tausende von Esten nach Sibirien deportiert – als Klassenfeinde, bourgeoise Elemente, Kapitalisten bezeichnet. Nach dem Tode Stalins 1953 und dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 konnte man auch in Estland eine Periode des „Tauwetters“ verspüren: Gerade in der Kunst und Literatur, in Musik und Theater gelang es den Esten, sich von dem verordneten

7 Vgl. Das Gesetz über die Kultur-Selbstverwaltung der völkischen Minoritäten in Estland, Berlin 1925; Gesetze und Verordnungen betreffend die deutsche Kulturselbstverwaltung, Reval 1926.

8 Grundlegend für die Jahre der Zwischenkriegszeit immer noch Georg von Rauch, Geschichte der baltischen Staaten, München 1990<sup>3</sup>.

9 Abgedruckt u. a. in: Ruth Kibelka (Hrsg.), Auch wir sind Europa. Zur jüngeren Geschichte und aktuellen Entwicklung des Baltikums. Baltische Pressestimmen und Dokumente, Berlin 1991, S. 143–151.

10 Vor allem die Erinnerungs- und Memoirenliteratur deutschbaltischer Umsiedler ließe sich hier als Quelle anführen, doch übersteigen die zur Veröffentlichung gekommenen Publikationen den zur Verfügung stehenden Raum. Das unbestrittene Standardwerk hierzu ist Dietrich A. Loeber, Diktierte Option. Die Umsiedlung der Deutsch-Balten aus Estland und Lettland 1939–1941. Dokumentation, Neumünster 1974<sup>2</sup>; leider ist das Werk vergriffen, eine Neuauflage ist in Planung. Des weiteren seien hier angeführt: Oskar Angelus, Die Umsiedlung der Estlanddeutschen

1939/40 in estnischer Sicht, in: Baltische Hefte, 15 (1969), S. 104–143; Jürgen von Hehn, Die Umsiedlung der baltischen Deutschen – das letzte Kapitel baltisch-deutscher Geschichte, Marburg 1984<sup>2</sup>; Jüri Kivimäe, „Aus der Heimat ins Vaterland“. Die Umsiedlung der Deutschbalten aus dem Blickwinkel estnischer nationaler Gruppierungen, in: Nordost-Archiv, (1995) 2, S. 501–520; Rex Rexheuser, Die Umsiedlung der Deutschbalten 1939. Versuch einer historischen Einordnung, in: Jahrbuch des baltischen Deutschtums, (1988), S. 9–27.

11 Damit endete nicht die völkerrechtliche Existenz der Republik Estland, obwohl dies immer wieder von sowjetischer Seite behauptet wurde. Eindrucksvoll widerlegt wird diese Behauptung von Boris Meissner u. a. in: Die sowjetische Intervention im Baltikum und die völkerrechtliche Problematik der baltischen Frage, Hamburg 1955; ders., 40 Jahre Besetzung und Annexion der baltischen Staaten durch die Sowjetunion, in: Jahrbuch des baltischen Deutschtums, (1980), S. 176 ff.; ders., Die staatliche Kontinuität, völkerrechtliche Stellung und außenpolitische Lage der baltischen Länder, in: ders. (Hrsg.), Die baltischen Nationen. Estland, Lettland, Litauen, Köln 1991<sup>2</sup>, S. 270–335.

12 Vgl. u. a. Mart Laar, Metsavennad (Die Waldbrüder), Tallinn 1993; Evald Laasi, Vastupanuliikumine Eestis 1944–1949 (Widerstandsbewegung in Estland 1944–1949), Tallinn 1992; Bernhard Viiding, Metsavenna elu (Das Leben eines Waldbruders), Tallinn 1990.

„sozialistischen Realismus“ immer weiter zu entfernen.

Die Breschnew-Ära wiederum, die „Zeit der Stagnation“, ließ das Land bisweilen in den Schlagzeilen der Weltpresse erscheinen: als Austragungsort der Olympischen Spiele, als Vorzeigerepublik der Sowjetunion, in der der Lebensstandard unvergleichlich höher war als in vielen anderen Teilrepubliken des Staates, als „Fenster zum kapitalistischen Westen“. Gleichzeitig wurde die seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs begonnene Sowjetisierung fortgeführt, die sich vor allem in hohen Einwanderungszahlen russischer, weißrussischer und ukrainischer Arbeiter nach Estland manifestierte – eine immense Hypothek für die heutige Entwicklung der Republik Estland.

---

## Die Wiedererringung der Unabhängigkeit

---

Mit der Machtübernahme durch Michail Gorbatschow im Jahre 1985 veränderte sich auch für die Estnische Sowjetrepublik die Entwicklung grundlegend. Der Mann, der mit den Schlagworten Glasnost und Perestroika antrat, um die Sowjetunion im Innern zu reformieren, löste damit aber gleichzeitig einen zentrifugalen Prozeß aus, an dessen Ende der Zusammenbruch des Sowjetimperiums und die Selbständigkeit der baltischen Teilrepubliken stehen sollten. Während der Regierung Breschnews waren kritische Stimmen wie die der estnischen Jugend von 1980, die ihren Unmut in einem „Brief der Vierzig“ artikuliert und sich dabei auf die Helsinki-Schlußakte von 1975 bezogen hatte, fast unbemerkt von der Weltöffentlichkeit unterdrückt worden. Mit dem Jahr 1987 aber entstand in Estland eine Bewegung, die zunächst nicht politisch motiviert war, sondern sich der Umweltschäden im Nordosten Estlands anzunehmen begann. Der extensive Brennschieferabbau im Raum um die Städte Kohtla-Järve und Sillamäe, Rakvere und Toolse – für Estland wie für die Sowjetunion ein wichtiger Industriezweig zur Energieerzeugung – hatte in den vergangenen Jahrzehnten dazu geführt, daß die Region buchstäblich in Asche und Abbauschutt versunken war. Die Pläne der Moskauer Zentrale für den Tagebau der Vorkommen hätten zur Folge gehabt, daß einem Drittel des estnischen Territoriums der Abstieg zur Industriegüste drohte<sup>13</sup>.

13 Zu den Anfängen der Ökologie-Bewegung in Estland im Jahr 1987 wie auch zu weiteren Entwicklungen auf dem Weg

Im Folgejahr wurde im April ein „Plenum der schaffenden Verbände“ ins Leben gerufen; am 22. Oktober folgte die Gründung der Volksfront, und am 16. November 1988 deklarierte der Oberste Sowjet der ESSR die Souveränität Estlands. Ziel war in diesem Herbst und Winter 1988 auch die politische, wirtschaftliche und kulturelle Souveränität Sowjetestlands innerhalb einer erneuerten sowjetischen Föderation<sup>14</sup>. Wenige Monate später verabschiedete das Parlament ein Sprachgesetz, mit dem Estnisch wieder zur Staatssprache erklärt wurde<sup>15</sup>. In den Folgemonaten wurde immer deutlicher, daß ein Verbleib in der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken um so unwahrscheinlicher wurde, je radikaler die Forderungen der Esten und je strikter die Reaktionen der Moskauer Zentrale wurden. Im Februar 1990 fanden die ersten Wahlen zu einem „Kongreß von Estland“ statt, dessen Abgeordnete (bei einer Wahlbeteiligung von 98 Prozent) nun Resolutionen beschlossen, die Republik Estland auf der Basis der estnischen Verfassung von 1938 wiederherzustellen, die Okkupationstruppen abzuziehen, die Staatsmacht einer Nationalversammlung zu übergeben und die Wiederherstellung der Republik in den Grenzen des Vertrages von Tartu voranzutreiben.

Auf der Grundlage des Wahlgesetzes von 1989 wählten die Esten am 18. März 1990 ein neues Parlament. Bei einer Wahlbeteiligung von 78 Prozent erhielten die Befürworter der Unabhängigkeit, zusammengeschlossen in der Volksfront, 79 von 105 Sitzen; das Parlament wählte am 1. April Edgar Savisaar zum Ministerpräsidenten. Die neue Regierung machte Gorbatschow den Vorschlag, unverzüglich mit Verhandlungen über die Unabhängigkeit Estlands zu beginnen. Das 21. Gesamt-estnische Sängerfest vom 30. Juni 1990 geriet schließlich zu einer Manifestation des Unabhängigkeitsbestrebens, an dessen Ende die Ankündigung Arnold Rütels stand: „Das nächste Sängerfest werden wir in einem freien Land feiern.“<sup>16</sup>

Im Januar 1991 richtete sich die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit vor allem auf Litauen. Dort kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen sowjetischen Truppen und für die Unabhängigkeit demonstrierenden Litauern. Der „Blutsonntag“ (13. Januar) forderte in Vilnius 14

zu Estlands Unabhängigkeit vgl. vor allem Marianna Butenschön, Estland, Lettland, Litauen. Das Baltikum auf dem langen Weg in die Freiheit, München 1992.

14 So der damalige estnische Ministerpräsident Indrek Toome; vgl. ebd., S. 65.

15 Am 22. Januar 1989.

16 Zit. nach M. Butenschön (Anm. 13), S. 97.

Menschenleben. In Estland selbst blieb die Lage gespannt, aber ruhig. Vertreter Estlands, Lettlands, Litauens und der Präsident der Russischen Föderation, Boris Jelzin, unterzeichneten gleichfalls am 13. Januar eine Erklärung, in der sie das Vorgehen der sowjetischen Führung verurteilten und gegenseitig ihre Souveränität anerkannten. Gewaltausbrüche in Lettland folgten am 20. Januar und machten deutlich, wie machtlos die Zentrale Moskau gegenüber dem Militär vor Ort war. Am 3. März 1991 wurde in Estland eine Volksbefragung über die Zukunft des Landes abgehalten. Bei einer Beteiligung von 83,9 Prozent stimmten 77,8 Prozent der Befragten für die Wiederherstellung der staatlichen Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Republik Estland – auch rund 30 Prozent der in Estland lebenden Russen stimmten also für die Republik<sup>17</sup>.

Eine letzte Wendung hin zur Selbständigkeit der baltischen Staaten folgte knapp ein halbes Jahr später. Am 19. August 1991 kam es in Moskau zu einem Putsch, der nach drei Tagen scheiterte. Am 21. August beschloß das estnische Parlament die sofortige Unabhängigkeit, Jelzin bestätigte sie umgehend. Selbst Gorbatschow erkannte Estland am 6. September an, nachdem die nördlichste Republik des Baltikums bereits eine breite Welle der Anerkennung aus dem Westen erfahren hatte. Am 9. Oktober 1991 nahmen die UdSSR und Estland diplomatische Beziehungen zueinander auf – Estland war wieder eine selbständige Republik.

---

## Die innenpolitische Entwicklung in Estland seit 1991

---

Nachdem in einem Referendum am 28. Juni 1992 die neue Verfassung<sup>18</sup> breite Unterstützung bei der Bevölkerung gefunden hatte, begannen die eigentlichen politischen Reformen mit dem Zusammen-treten des ersten freigewählten Parlaments im September 1992. Innerhalb der ersten, absichtlich kürzer gehaltenen Legislaturperiode (sie wurde im März 1995 beendet) wurden von der Regierung unter Ministerpräsident Mart Laar mehr als 400 neue Gesetze verabschiedet; doch bereits vor 1992

17 Vgl. ebd., S. 322.

18 Auszüge in deutscher Sprache finden sich bei Carmen Schmidt, *Der Minderheitenschutz in den baltischen Staaten*, Bonn 1993, S. 26–34; des weiteren in: *Recht in Ost und West*, 38 (1994), S. 25–29; zur rechtlichen Bewertung vgl. Henn-Jüri Uibopuu, *Die Kompetenzen des estnischen Staatspräsidenten nach der Verfassung von 1992*, in: *Recht in Ost und West*, 37 (1993), S. 65–77, 107–118.

war es zu wichtigen gesetzgeberischen Reformorientierungen gekommen, wie Parlamentssprecher Ülo Nugis 1995 feststellte<sup>19</sup>.

Das aktive Wahlrecht erhielten nur estnische Staatsangehörige, das aktive kommunale Wahlrecht auch Nichtstaatsbürger. Das Parlament (Riigikogu) zählt 101 Abgeordnete, wobei sich die Wahlrechtsbestimmungen sehr stark am deutschen Wahlrecht orientieren<sup>20</sup>. Einer Zersplitterung der Parteienlandschaft im Parlament wurde durch Einführung einer Fünf-Prozent-Klausel Einhalt geboten. Ein Westeuropa vergleichbares Parteiensystem konnte sich bislang noch nicht herausbilden, weder inhaltlich noch formal. Die Mitgliederzahl ist relativ niedrig, eine Orts- und Kreisarbeit existiert praktisch kaum. So gerieten und geraten Wahlen sehr stark zu Persönlichkeitswahlen, bei denen weniger die Programme einzelner Gruppierungen im Vordergrund stehen<sup>21</sup>. Die Exekutive wurde durch Schaffung des Präsidentenamtes gegenüber der Legislative gestärkt. Erster Präsident der Republik Estland wurde am 5. Oktober 1992 Lennart Meri: Historiker, Schriftsteller, vormals Botschafter seines Landes und Außenminister. Bei der zweiten Wahl am 20. September 1996 konnte sich Meri nach fünf Wahlgängen erneut durchsetzen<sup>22</sup>.

Während in der ersten Legislaturperiode die konservativen Parteien, Koalitionen und Wählerbündnisse dominierten – allen voran die Vaterlandspartei (Isamaa) des Ministerpräsidenten –, sind es seit der zweiten Parlamentswahl vom März 1995 die gemäßigten Parteien der Mitte wie Reformpartei, Zentrumspartei und Sammlungspartei (Koond-erakond), die die Politik bestimmen. Deren Führer Siim Kallas, Edgar Savisaar oder Tiit Vähi sind zwar gleichzeitig als Vertreter der alten Nomenklatura bekannt, doch realisierten diese auch die

19 Von den 2 000 Gesetzen, die ein Staat zum Funktionieren brauche, seien 1992 bereits zwei Drittel vorhanden gewesen; vgl. Ülo Nugis in: *Hommikuleht* vom 2. März 1995, S. 3; *Postimees* vom 2. Februar 1995, S. 3.

20 Zu den Inhalten vgl. Boris Meissner, *Die Entwicklung Estlands nach Wiederherstellung der Unabhängigkeit in innenpolitisch-staatsrechtlicher und außenpolitisch-völkerrechtlicher Hinsicht*, in: Friedrich Scholz/Wolfgang Tenhagen (Hrsg.), *Die Baltischen Staaten im 5. Jahr der Unabhängigkeit*, Münster 1997, S. 69–89.

21 Vgl. u. a. auch die Umfrageergebnisse, dokumentiert von David Arter, *Estonia after the March 1995 Riigikogu Election: Still an Anti-Party System*, in: *The Journal of Communist Studies and Transition Politics*, 11 (1995) 3, S. 149–271.

22 Er erhielt 196 von 372 Stimmen; vgl. Undine Bollow/Villu Zirnask, *Estland*, in: Werner Weidenfeld (Hrsg.), *Mittel- und Osteuropa auf dem Weg in die Europäische Union. Bericht zum Stand der Integrationsfähigkeit 1996*, Gütersloh 1996, S. 55–75, hier S. 56.

Loslösung Estlands von der Sowjetunion. Mit dem Wahlbündnis „Unsere Heimat ist Estland“ (Meie Kodu on Eestimaa) gelangten erstmals russischsprachige Staatsbürger ins Parlament.

Nachdem bis 1995 eine relativ große Stabilität in der Regierungspolitik festzustellen war, ist für die folgenden Jahre eine immer kürzer werdende Zeitspanne bis zum nächsten Regierungswechsel zu beobachten, ohne daß die Grundlinien der Politik hierbei verändert würden. Bedenklich erscheinen jedoch die Skandale und Skandalchen, die immer wieder das Parlament erschüttern: der Abhörskandal um den Innenminister Edgar Savisaar im September 1995, der Korruptionsverdacht gegenüber Ministerpräsident Tiit Vähi im Februar 1997<sup>23</sup> oder Vorwürfe des Amtsmißbrauchs wie bei Siim Kallas in seiner Funktion als oberster Währungshüter. Während das politische System 1995 nach Umfragen noch von 84 Prozent der estnischsprachigen und 56 Prozent der russischsprachigen Bevölkerung getragen wurde<sup>24</sup>, geben die Umfrageergebnisse im März 1997 eine andere Stimmung wieder<sup>25</sup>.

Seit März 1997 steht Mart Siimann, der stellvertretende Vorsitzende der Sammlungspartei, einer Minderheitskoalition vor. Eine stabile Grundlage für diese Regierung war seiner Ansicht nach im Mai 1998 nicht mehr gegeben, weshalb er vorschlug, den regulären Termin für Neuwahlen zum Parlament vom März 1999 auf den Juni 1998 vorzuziehen – ein Ansinnen, das auch Meris Zustimmung fand. Die Opposition erklärte sich bereit, gegen die Erfüllung von Bedingungen die Regierung durch ein Mißtrauensvotum zu stürzen und so den Weg zu Neuwahlen freizumachen. Der Ministerpräsident mußte sich jedoch den Vorwurf gefallen lassen, man könne eine Regierung nicht ernst nehmen, welche die Opposition bitte, sie zu stürzen<sup>26</sup>. Siimanns eigene Partei verweigerte die Unterstützung dieser Pläne, so daß er sein Minderheitskabinett wohl bis zum vorgesehenen Wahltermin weiterführen müssen.

Interessengruppen und gesellschaftliche Organisationen haben sich seit 1991 nur sehr zögerlich entwickelt – ein Indiz für die allgemeine Politikverdrossenheit der Bevölkerung angesichts 50jähriger Bevormundung. Gewerkschaften bestehen zwar,

23 Sie führten schließlich auch zu seinem Rücktritt am 13. Februar 1997.

24 Vgl. Richard Rose (Hrsg.), *New Baltic Barometer II: A Survey*, Glasgow 1995, S. 36.

25 Vgl. *Die Welt* vom 1./2. März 1997: Die Politiker seien „durch und durch korrupt“.

26 Vgl. Pläne für Neuwahlen in Estland gescheitert, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 12. Mai 1998.

treten aber nicht durch besondere Aktivitäten hervor; langsam bilden sich Ansätze lokaler Gruppen zur Förderung von Dialog und gemeinsamer Politik innerhalb der Bevölkerung. Der Aufbau der örtlichen Verwaltung ist im wesentlichen abgeschlossen; was große Probleme bereiten dürfte, sind die kommunalen Finanzen, die über die Einkünfte der jeweiligen Landkreise geregelt werden müssen.

---

## Die außenpolitische Entwicklung seit 1991

---

Bereits wenige Wochen nach Wiedererlangung der Unabhängigkeit und nach der Anerkennung der Eigenstaatlichkeit durch viele westliche Regierungen unternahm die Regierung Estlands intensive Anstrengungen, die Orientierung des Landes nach Westen hin voranzutreiben: Es ist Mitglied der UNO seit 17. September 1991, der OSZE seit 15. Oktober 1991, Vollmitglied im Europarat am 15. Mai 1993, Freihandelsabkommen mit den anderen baltischen Staaten im Juni 1993.

Aufgrund der geographischen Lage Estlands muß ein Schwerpunkt seiner Außen- und Sicherheitspolitik auf Rußland gerichtet sein. Es erschien den estnischen Politikern zugleich aber notwendig, die Annäherung auch an das westliche Militärbündnis der NATO zu suchen. Fürs erste jedoch kann diese Annäherung nur im Rahmen der „Partnership for Peace“ geschehen, da Rußlands Doktrin vom „nahen Ausland“ den baltischen Staaten eine Integration in die NATO zu verwehren sucht, sofern nicht der Westen die sicherheitspolitischen Bedenken Moskaus zu zerstreuen versteht. Gegenüber dem östlichen Nachbarn verfolgt Estland inzwischen eine Politik des „positiven Engagements“, nachdem es bis in das Jahr 1996 hinein immer wieder zu Friktionen mit Moskau gekommen war. Einer der strittigen Verhandlungspunkte war die Forderung Tallinns, Rußland solle bei den anstehenden Grenzverhandlungen den Friedensvertrag von Tartu aus dem Jahr 1920 anerkennen. Obwohl inzwischen diese Forderung nicht mehr aufrechterhalten wird und das Parlament in Tallinn dem Vertrag zugestimmt hat, unterblieb bislang dessen Ratifizierung durch Moskau (vgl. unten).

Ein außenpolitischer Erfolg des Staatspräsidenten war die vertragliche Vereinbarung über den Rückzug noch im Lande befindlicher russischer Truppen zum 31. August 1994. Diese als Juli-Abkom-

men bezeichnete Regelung präzisiert u. a. auch den Status der russischen Militärpensionäre, ihre Belange und Lebensverhältnisse auf estnischem Territorium.

Wesentlich für die estnische Außenpolitik war und ist das Bestreben, eine Annäherung an bzw. die Aufnahme in die EU zu erreichen. Dem Vertrag über Zusammenarbeit in Wirtschaft und Handel mit der EU vom 11. Mai 1992, dem Freihandelsabkommen mit der EU vom 18. Juni 1994, der Vorbereitung eines Europa-Abkommens mit der EU Ende 1994 und dem Assoziierungsabkommen mit der EU vom 12. Juni 1995 folgte am 28. November 1995 Estlands offizieller Antrag auf Beitritt zur EU. Als bislang größten außen- und wirtschaftspolitischen Erfolg kann man bewerten, daß Estland im Juli 1997 von der EU-Kommission als einer der sechs zukünftigen osteuropäischen Kandidaten für eine EU-Erweiterung und als einzige der baltischen Republiken vorgeschlagen wurde. Die Beitrittsverhandlungen begannen am 1. Januar 1998 und dauern an. Vor allem aufgrund der wirtschaftspolitischen Weichenstellungen der Jahre seit 1991 und der auf einen EU-Beitritt ausgerichteten Politik wurde dieses außenpolitische Ziel erreicht.

---

## Die ökonomische Entwicklung in Estland seit 1991

---

Bis heute lassen sich drei Schwerpunkte in der Wirtschaftspolitik der jeweiligen Regierungen feststellen: die Liberalisierung der Preise, die Privatisierung und die wohl wichtigste, gleichzeitig riskanteste wirtschaftspolitische Maßnahme: die Währungsreform im Juni 1992. Mit Schaffung der Estnischen Krone (EEK) löste man sich aus der Rubel-Zone und nahm dabei in Kauf, die bislang bestehenden ökonomischen Beziehungen aufs Spiel zu setzen. Immerhin waren noch 1992 90 Prozent des Außenhandels mit der Sowjetunion bzw. den GUS-Staaten abgewickelt worden, für 1997 jedoch konnte Estland eine vollkommene Wende vermelden: 75 Prozent des Außenhandels wurden nunmehr mit dem Westen getätigt<sup>27</sup>, wobei die Europäische Union hier zum Haupthandelspartner wurde: 54 Prozent der Ausfuhren gingen in die Union, 66 Prozent der Einfuhren kamen aus der Union<sup>28</sup>. Gleichzeitig ist die Währung seit 1992 fest

27 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23. Juni 1997.

28 Vgl. taz vom 17. Juli 1997.

an die D-Mark gekoppelt (Wechselkurs: 1 DM = 8 EEK).

Die positive außenwirtschaftliche Entwicklung verdankt Estland in erster Linie seinen guten ökonomischen Beziehungen zu Finnland sowie zu den anderen skandinavischen Staaten, die sich sehr stark im Baltikum engagieren. Deutlich wird dies an der Export- bzw. Importstruktur des Landes im Vergleich der Jahre 1995 und 1996<sup>29</sup>: Bei den Exporten Estlands liegen Finnland, Rußland, Schweden, Lettland und Deutschland mit insgesamt 64,5 Prozent bzw. 61,9 Prozent an der Spitze; bei den Importen sind es wiederum Finnland, Rußland, Deutschland, Schweden und Italien mit 69,4 Prozent bzw. 64,1 Prozent, wobei Finnland bereits doppelt so viel nach Estland exportiert wie Rußland. Für 1997 liegen die Zahlen bei ähnlichen Prozentwerten, wobei der Gesamtumfang der Im- und Exporte weiter ansteigt. Zu verdanken ist dies der liberalen Außenhandelspolitik, die keine Zölle bzw. Quotenbeschränkungen kennt, wenn auch die Vertreter der Landwirtschaft auf Zölle für Agrarprodukte drängen. Ein Resultat des boomenden Außenhandels ist jedoch das wachsende Außenhandelsdefizit, das 1993 1,2 Mrd. EEK und 1995 bereits 8,1 Mrd. EEK betrug; für 1997 ist von einem Defizit in zweistelliger Milliardenhöhe auszugehen.

Neben der Währungsreform war es die Liberalisierung der Preise, die 1992 dafür verantwortlich war, daß Estland eine Inflationsrate von 953,5 Prozent hatte. Mit Hilfe einer außerordentlich restriktiven Geldpolitik der Zentralbank gelang es, die Rate bis 1997 auf 16 Prozent zu drücken<sup>30</sup>; für 1998 ist ein einstelliger Wert nicht ausgeschlossen. Gleichzeitig hat Estland in den Jahren seit der Wiedererlangung der Unabhängigkeit und einem abrupten Rückgang unmittelbar nach 1991 seit dem zweiten Halbjahr 1993 ein nach europäischen Maßstäben recht hohes jährliches Wirtschaftswachstum zu vermelden, das bis zu 5 Prozent (1997) betrug. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Estland beläuft sich derzeit auf etwa 23 Prozent des EU-Durchschnitts.

Der dritte Bereich der drastischen Wirtschaftsreformen betrifft die Privatisierung, beginnend mit

29 Zu den Zahlenangaben vgl. Länderanalysen der Frankfurter Allgemeinen Zeitung GmbH Informationsdienste: Baltikum, Stand: September 1997.

30 Vgl. Bank of Estonia. State Statistical Office, Report 1996: Die Inflationsrate betrug 1993 35,6 Prozent, 1994 41 Prozent, 1995 29,2 Prozent, 1996 23 Prozent; vgl. auch Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23. Juni 1997 sowie Eesti majandusülevaade 1995–1996 (Wirtschaftsüberblick Estlands 1995–1996), Tallinn 1996, S. 10.

dem Gesetz über die Grundlagen der Eigentumsreform 1992. Nach der Phase der Privatisierung von Handels- und Dienstleistungsunternehmen in den Jahren 1993 bis 1995 begann im Anschluß daran die Veräußerung staatlicher Großunternehmen. Die Maßnahmen orientierten sich eng am deutschen Treuhand-Modell, und bereits 1994 konnte Estland einen Anteil des Privatsektors am BIP von 60 Prozent vermelden<sup>31</sup>.

Der Auslandsanteil am Privatsektor ist gesondert zu berücksichtigen und beträgt ca. 20 Prozent. Wieder sind es die skandinavischen Länder, die bei Direktinvestitionen in Estland führen: Auf Finnland und Schweden entfallen 61,6 Prozent bzw. 5 151,8 Mio. EEK, ihnen folgen Rußland, Großbritannien, Österreich und die USA, während Deutschland erst die neunte Stelle mit 1,5 Prozent bzw. 126,5 Mio. EEK einnimmt<sup>32</sup>. Eine so starke Unternehmensbeteiligung innerhalb Estlands durch das Ausland dürfte durch die – im Vergleich zu anderen westeuropäischen Standorten – immer noch vorteilhaften Produktions- und Lohnkosten verursacht werden; zudem favorisiert die estnische Regierung ein lineares Besteuerungsmodell, bei dem für Einkommen und Gewinne 26 Prozent an den Staat abzuführen sind. Zwar gibt es Pläne, von einem einheitlichen Steuersatz für Privatpersonen und Körperschaften zugunsten einer progressiven Besteuerung Abschied zu nehmen, doch dürfte die Durchführung einer Steuerreform angesichts der innenpolitischen Kräfteverhältnisse noch einige Zeit in Anspruch nehmen.

Insgesamt ist für Estlands wirtschaftliche Entwicklung – nicht nur im Vergleich mit den beiden anderen baltischen Republiken – festzuhalten, daß die seit 1991/92 betriebene rigorose Finanz- und Wirtschaftspolitik der wechselnden Regierungen wesentlich dazu beigetragen hat, daß Estland heute bei fast allen relevanten Daten Erfolge aufweisen kann, selbst wenn diese bisweilen durch große Opfer der Bevölkerung erkauft wurden.

31 Vgl. Cornelius Hasselblatt/Ivi Proos/Villu Zirnask, Estland, in: Werner Weidenfeld (Hrsg.), Mittel- und Osteuropa auf dem Weg in die Europäische Union. Bericht zum Stand der Integrationsfähigkeit, Gütersloh 1995, S. 51–71, hier S. 59. Für das dritte Quartal 1995 wurden bereits 77,9 Prozent des BIP als Anteil des Privatsektors vermeldet; vgl. U. Bollow/V. Zirnask (Anm. 22), S. 66.

32 Stand: 31. 3. 1996; vgl. Eesti Pank, Internationale Investitionsposition Estlands, Tallinn 1996, S. 21. Vgl. auch Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23. Juni 1997, die die Direktinvestitionen von 500 deutschen Unternehmen mit einer Investitionshöhe von 16,3 Mio. DM vermeldet.

## Die soziale Entwicklung in Estland seit 1991

In den aktuellen „United Nations Development Papers“ von 1996<sup>33</sup> wird festgehalten, daß sich die Lebensbedingungen der Mehrheit der estnischen Bevölkerung noch nicht verbessert hätten, daß der schnelle Übergang zum freien Markt und die forcierte ökonomische Entwicklung nicht einhergingen mit der Errichtung eines Sozialstaates und daß innerhalb der Bevölkerung seit 1995 allmählich das Schwinden eines optimistischen Grundgefühls festzustellen sei. Nur 0,1 Prozent der Bevölkerung betrachteten sich als reich, 11 Prozent als ökonomisch abgesichert – 1991 waren es noch 2 Prozent bzw. 59 Prozent gewesen<sup>34</sup>. Die Gewinner der rigorosen Wirtschaftspolitik waren und sind junge, gut ausgebildete Personen, die schnell lukrative Arbeitsmöglichkeiten erhalten, während die „kleinen Leute“ – Rentner, Pensionäre und kinderreiche Familien – als Verlierer des Umschwungs bezeichnet werden müssen und oft am Rande des Existenzminimums leben<sup>35</sup>. Bei einem monatlichen Durchschnittslohn von 2 649 EEK im 1. Quartal 1996 – staatlicherseits festgelegt, betrug der Mindestlohn 680 EEK monatlich – belief sich die einheitliche Grundrente auf 492 EEK<sup>36</sup>.

1996 waren bei einer Einwohnerzahl von insgesamt 1,56 Millionen 644 000 Personen erwerbstätig; die offizielle Arbeitslosenquote betrug 1996 nach Angaben des Statistischen Amtes 4,4 Prozent, 1997 im Mai 4,2 Prozent<sup>37</sup>. Für den Fall der Arbeitslosigkeit zahlt der Staat einen symbolischen Betrag von 180 EEK<sup>38</sup>. Bei den zur Verfügung stehenden Arbeitslosenzahlen, die zwischen 2 und 12 Prozent schwanken, ist zwischen amtlichen Angaben und inoffiziellen, der Realität sehr viel näher kommenden Schätzungen zu unterscheiden. Der Rückgang der Arbeitslosenzahlen in den

33 Abrufbar im Internet unter <http://www.ciesin.ee/undp/nhdr96/eng> mit den Kapiteln: Trends, Bildung, Umwelt, Habitat, Familie, Gesundheit/Sicherheit u. a. m.

34 Vgl. ebd., Kap. 6 Familie, S. 4.

35 Vgl. C. Hasselblatt/I. Proos/V. Zirnask (Anm. 31), S. 69. Laut Meldung der Baltic Times vom 12. bis 18. Juni 1997, S. 4, sind es ca. 15–20 Prozent der Bevölkerung, die unterhalb des Existenzminimums leben.

36 Vgl. U. Bollow/V. Zirnask (Anm. 22), S. 64f. Anfang 1997 wurde die Grundrente auf 650 EEK angehoben; vgl. Hamburger Abendblatt vom 19. August 1997.

37 Vgl. Ulrich Fritsche/Dieter Löscher, Estland. Die Rolle des Staates in der Wirtschaft, Hamburg 1998 (HWWA-Report 175), S. 19. Vgl. auch das aktuelle Literaturverzeichnis zu den Wirtschaftsdaten Estlands, ebd., S. 98 ff.

38 Vgl. U. Bollow/V. Zirnask (Anm. 22), S. 65.

offiziellen Statistiken erklärt sich dadurch, daß jeder, der länger als ein Jahr ohne Arbeit ist, automatisch nicht mehr als arbeitslos geführt wird<sup>39</sup>. Des weiteren sind regionale Unterschiede nicht von der Hand zu weisen: Während die Zentren Tallinn, Tartu und Pärnu geringe Arbeitslosenzahlen haben, ist der Prozentsatz im strukturschwachen Südosten des Landes (Võrumaa) erschreckend hoch. Die Entwicklung findet vorrangig in der Metropole Tallinn (450 000 Einwohner) statt, während die ländlichen Regionen verarmen und die Bevölkerung ihr Heil in der Migration sucht.

Die Bildung wird zum wichtigsten Indikator für die eigene soziale Position, für Prestige und Reichtum. Nur wer eine gute Ausbildung vorweisen kann, hat Chancen in der estnischen Gesellschaft. Zwar unternimmt der Staat immense Anstrengungen, in den Schulen für die neuesten technischen Standards zu sorgen und alle Schulen mit Computern auszurüsten<sup>40</sup>, doch muß gleichzeitig eingeräumt werden, daß 1995/96 3 Prozent der Kinder die Grundschule nicht besuchten, Lehrmaterial fehlt bzw. veraltet ist und junge, ausgebildete Lehrer in besser bezahlte Berufe in Industrie und Dienstleistungsunternehmen abwandern<sup>41</sup>.

Die Lebensverhältnisse im allgemeinen haben sich wohl gebessert, doch sind die Lebenshaltungskosten für die oben angesprochenen Bevölkerungsschichten zu stark in die Höhe geschneit<sup>42</sup>. Durchschnittlich wurden 1996 zwar nur 13–16 Prozent des Einkommens für die Wohnung, vor allem für Heizung und Warmwasser, aufgewendet<sup>43</sup>; gleichzeitig haben aber 58 Prozent der Bevölkerung Zahlungsprobleme<sup>44</sup>. Seit 1992 entstanden pro Jahr ca. 500 Privathäuser, wobei staatlicherseits die Mittel für den Wohnungsbau bis 1995 fast eingestellt wurden.

Die Lebenserwartung der estnischen Bevölkerung ist – verglichen mit 1981 – bis 1990 um 4,3 Jahre zurückgegangen, bis 1993 um 7 Jahre; die Kindersterblichkeit nimmt zu, erste Maßnahmen der staatlichen Gesundheitspolitik greifen nur sehr langsam. Ein weiteres Konfliktfeld ist die innere Sicherheit. Der Anstieg der Verbrechenzahlen

wird verschärft durch Straftaten, die bislang in Estland unbekannt waren: Bandenkriminalität, Sprengstoffanschläge, Drogen, organisiertes Verbrechen<sup>45</sup>.

Auf dem Gebiet der Sozialpolitik ist allgemein festzuhalten, daß hier die Anstrengungen der bisherigen Regierungen nicht weit genug gediehen sind. Nach dem Machtwechsel 1995 waren die gemäßigten Parteien der Mitte mit dem Programm angetreten, die Wirtschaftsreformen „sozial abzufedern“, doch bis 1998 kann von durchschlagenden Erfolgen auf diesem Gebiet nicht die Rede sein. Dies hängt u. a. auch damit zusammen, daß die Staatseinnahmen durch das geringe Steueraufkommen bislang ein stärkeres Engagement noch nicht erlauben. In der Gesellschaft Estlands besteht die Gefahr, daß auseinanderbricht, was nicht mehr zusammengehören will: Junge – Alte, Reiche – Arme<sup>46</sup>.

---

## Die Frage der Minderheiten – nur ein innenpolitisches Problem?

---

Etwa ein Drittel der Bevölkerung Estlands nach 1991 sind Nicht-Esten, die zum Großteil nicht einmal estnische Staatsangehörige sind – eine problematische Folge fünfzigjähriger sowjetischer Annexion und Besiedlung<sup>47</sup>. Estland – und nicht Rußland – ist hierbei recht schnell und zu Unrecht ins Kreuzfeuer der internationalen Kritik geraten. Ein Blick auf die rechtlichen Bestimmungen zeigt, daß die Situation weit besser ist als in vielen anderen Staaten und zweifellos über dem europäischen Standard liegt<sup>48</sup>. Die Einbürgerung ist vergleichsweise einfach: Nach Wiedereinführung des Staatsbürgerschaftsgesetzes vom 11. April 1938 im November 1991 konnte jeder die estnische Staats-

45 Vgl. ebd., Kap. 7 Gesundheit/Sicherheit.

46 Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 3./4. Mai 1997.

47 Einen historischen Überblick zum Thema „Minderheiten in Estland“ bieten die Abhandlungen in: Nordost-Archiv, 28 (1995) 2: Estland und seine Minderheiten. Esten, Deutsche und Russen im 19. und 20. Jahrhundert. Des weiteren sind unverzichtbar: Cornelius Hasselblatt, Minderheitenpolitik in Estland. Rechtsentwicklung und Rechtswirklichkeit, Hamburg 1996 (hier auch eine umfassende Bibliographie zum Thema); Maria Geistlinier/Aksel Kirch, Estonia. A new Framework for the Estonian majority and the Russian minority, Wien 1996; Maria u. Aksel Kirch, Russians in Contemporary Estonia: From Adaptation to Integration, in: Proceedings of the Estonian Academy of Sciences. Humanities and Social Sciences, 45 (1996), S. 205–227.

48 Vgl. u. a. Cornelius Hasselblatt, Minderheitenpolitik in der Republik Estland in Geschichte und Gegenwart, in: Zeitschrift für Ostforschung, 43 (1994), S. 553–566.

39 Vgl. <http://www.ciesin.ee/undp/nhdr96/eng>, Kap. 3 Arbeitsmarkt.

40 Vgl. ebd., Kap. 2 Bildung, S. 2: 1 300 PC für alle 750 Schulen; ca. 20 Prozent haben bereits Anschluß an das Internet.

41 Vgl. ebd., Kap. 2, S. 1.

42 Von 1995 bis 1996 um 34,3 Prozent; vgl. U. Bollow/V. Zirnask (Anm. 22), S. 73.

43 Vgl. <http://www.ciesin.ee/undp/nhdr96/eng>, Kap. 5 Umwelt, S. 3.

44 Vgl. ebd., S. 4.



bürgerschaft erlangen – sofern er sie nicht schon besaß –, der sich bereits zwei Jahre lang in Estland aufhielt, estnische Sprachkenntnisse mittels einer Prüfung nachweisen konnte und kein Angehöriger der sowjetischen Sicherheitsorgane war. Die Neufassung des Gesetzes von 1995 sah die Verlängerung der Aufenthaltsdauer auf fünf Jahre vor und umfaßte des weiteren ein Treuegelübde zur Verfassung und eine Prüfung zur estnischen Sprache.

Nach Erlangung der Selbständigkeit und Auflösung der Sowjetunion war das russischsprachige Drittel der estnischen Gesamtbevölkerung staatenlos geworden. Bis zum Sommer 1996 erhielten ca. 80 000 Personen durch Einbürgerung die estnische Staatsangehörigkeit; mehr als 100 000 entschieden sich für die russische – die Mehrheit blieb also nach wie vor staatenlos<sup>49</sup>. Besonders problematisch aber war und ist die Frage der russischsprachigen Minderheit im Nordosten des Landes, zumal in der Stadt Narva, aber auch an anderen Orten im Land, wo der russischsprachige Bevölkerungsanteil über 90 Prozent beträgt. Populistische Parolen – von welcher Seite auch immer – können die Problemlage nicht entschärfen, sondern schüren eher noch die Konflikte, die 50 Jahre lang von einer Diktatur durch die Siedlungspolitik hervorgerufen und durch Repressalien unterdrückt worden sind.

Weitere Gesetzesregelungen in Estland gewähren Nicht-Staatsbürgern auch das aktive Wahlrecht bei Kommunalwahlen sowie nationalen Minderheiten die volle Kulturautonomie<sup>50</sup>. Gesetze allein reichen jedoch oft nicht aus, um die bestehenden Konfliktpotentiale abzubauen. Die konkrete Durchführung stößt oftmals auf Hindernisse, wenngleich keine groben Benachteiligungen, die man als ethnisch motiviert bezeichnen könnte, festgestellt worden sind. Allein die Umfrageergebnisse von Ende 1994 zeigen, wie es um die Integrationswilligkeit der Nicht-Esten bestellt ist: Über 90 Prozent von ihnen wollen nicht auswandern bzw. zurückkehren, schon gar nicht nach Rußland<sup>51</sup>.

49 Vgl. U. Bollow/V. Zirnask (Anm. 22), S. 59. Vgl. auch taz vom 13. März 1997: Danach hatten bis März 1997 ca. 100 000 Russen die estnische Staatsbürgerschaft erhalten, ca. 130 000 waren staatenlos.

50 Vgl. Cornelius Hasselblatt, Das estnische Gesetz über die Kulturautonomie der nationalen Minderheiten, in: WGO – Monatshefte für Osteuropäisches Recht, 35 (1993), S. 367–370, dt. Gesetzestext S. 370–375.

51 Vgl. Hommikuleht vom 12. November 1994, S. 17.

---

## Fazit

---

Bei der Anpassung des politischen Systems an EU-Normen weist Estland unbestreitbare Erfolge auf. Ungeachtet der auch für das frühere Estland typischen raschen Regierungswechsel<sup>52</sup> haben sich die Regierungsinstitutionen bewährt. Das Parteiensystem muß als grundsätzlich stabil gelten. Gesellschaftliche Organisationen wie z. B. Gewerkschaften sind hingegen noch wenig entwickelt. Die Kommunalverwaltung kann als konsolidiert gelten. Das Rechtssystem wurde schnell transformiert. Die Verfassung entspricht westlichen Standards.

Auch bei den ökonomischen Grunddaten – Inflation, Bruttoinlandsprodukt, Export- und Importzahlen und Arbeitslosigkeit – kann Estland den zurückgelegten Reformkurs als Erfolg verbuchen. Die Integration in den europäischen Markt und die europäische Staatenwelt ist gelungen. Die damit einhergehenden sozialen Verwerfungen, Erschwernisse, Disparitäten in der Gesellschaft können jedoch nicht nur unter Verweis auf statistische Erfolge minimiert werden. Die Teilung der Gesellschaft in Reich und Arm, Jung und Alt muß als drängendes Problem erkannt und angegangen werden, die „soziale Abfederung“ ist bislang noch keiner politischen Kraft im Lande gelungen.

Ein weiteres, unbedingt zu entschärfendes Problem – das der russischsprachigen Nicht-Staatsbürger – muß allein schon deshalb in Kürze einer Lösung zugeführt werden, weil gerade unter Berufung auf die angebliche „Unterdrückung“ der russischen Minderheit in Estland die russische Seite die Unterzeichnung des Grenzvertrages bislang verweigert hat und weil mit dieser Bevölkerungsgruppe immer ein Potential für Moskau vorhanden ist, sich in innere Angelegenheiten Estlands einzumischen. So lange hier kein „Silberstreif am Horizont“ erkennbar ist, wird auch die weitere Integration Estlands in die EU – geschweige denn eine größere Annäherung an die NATO – nur fernes Zukunftsdenken bleiben.

52 In der Zwischenkriegszeit betrug die Lebensdauer der Regierungen durchschnittlich nicht ganz neun Monate; vgl. C. Hasselblatt/I. Proos/V. Zirnask (Anm. 31), S. 51, Anm. 2.

# Lettlands Weg von der sowjetischen Vergangenheit in die europäische Zukunft

---

## Geschichte

---

Die 1918 entstandene Republik Lettland ist eine staatliche Neugründung des 20. Jahrhunderts. Sie entsprach erstmals in der Geschichte territorial dem Siedlungsgebiet der Letten, die ethnisch und sprachlich zusammen mit den Litauern die baltische Völkerfamilie bilden.

Die Umbrüche des 19. Jahrhunderts (Bauernbefreiung, Industrialisierung und Urbanisierung) hatten in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Kurland und Südlivland zum Entstehen einer lettischen Nationalbewegung geführt, die rasch in Gegensatz zur deutschbaltischen Oberschicht trat. Radikalisiert durch die Revolution von 1905 und dynamisiert durch die deutsche Besetzung des Baltikums im Ersten Weltkrieg, die russische Revolution und den Zusammenbruch der Monarchien Rußlands und Deutschlands, proklamierten führende bürgerliche und sozialdemokratische Politiker am 18. November 1918 in Riga eine unabhängige, demokratische Republik. Unterstützt von den Ententemächten konnte sie sich in einem anschließenden Freiheitskrieg bis zum Januar 1920 gegen lettische Anhänger Lenins und die rote Armee einerseits sowie Einheiten Weißer Russen und revisionistische deutsche Verbände andererseits auch militärisch durchsetzen<sup>1</sup>.

Mit der völkerrechtlichen Anerkennung Lettlands durch Sowjetrußland im lettisch-russischen Friedensvertrag vom 11. August 1920, in dem dieses „freiwillig und für ewige Zeiten allen Souveränitätsrechten ... gegenüber dem lettischen Volke und Lande“ entsagte<sup>2</sup>, durch die Westmächte am

26. Januar 1921 sowie der Verabschiedung einer Verfassung am 15. Februar 1922 wurde die Phase der Staatsgründung abgeschlossen.

So sehr die junge Republik beim Wiederaufbau des im Ersten Weltkrieg stark zerstörten Landes erfolgreich war, so sehr belasteten strukturelle Probleme den jungen Nationalitätenstaat<sup>3</sup>. Historische Legitimationsdefizite – die Letten konnten im Gegensatz zu den Litauern und Polen nicht auf mittelalterliche oder neuzeitliche Staatsbildungen zurückblicken –, 18 Regierungswechsel bis 1934 und bis zu 27 im Parlament (Saeima) vertretene Parteien<sup>4</sup>, die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise und die politischen Entwicklungen in Mitteleuropa führten am 15. Mai 1934 zu einem Umsturz durch den Staatsgründer Kārlis Ulmanis. Sein im europäischen Vergleich gemäßigt autoritäres Regime verstand sich zunehmend als Protagonist eines lettischen Nationalstaates anstelle eines lettländischen Nationalitätenstaates<sup>5</sup>. In Konflikten mit der deutschen Minderheit suchte es Integrationsdefizite unter den Letten selbst, vor allem im östlichen Landesteil Lettgallen<sup>6</sup>, zu verdecken. Andererseits genossen Deutsche, Juden, Russen,

---

Zeitschrift für Rechtswissenschaft, (1926/27) 4, Sonderbeilage.

3 1925 setzte sich die Gesamtbevölkerung Lettlands von 1 844 805 Personen (1913: ca. 2 552 000) aus 73,4 Prozent Letten, 3,9 Prozent Deutschen, 12,6 Prozent Russen und Weißrussen, 5,2 Prozent Juden, 2,8 Prozent Polen sowie kleineren Gruppen von Esten, Litauern u. a. zusammen. 96,5 Prozent der Bevölkerung besaßen die Staatsangehörigkeit Lettlands. Vgl. Otrā tautas skaitīšana Latvijā (Die zweite Volkszählung in Lettland), Riga 1925, S. 16 und 52.

4 Vgl. Latviešu Konversācijas vārdnīca (Lettisches Konversationswörterbuch), Bd. 14, Riga 1936, S. 27329; Ādolfs Šilde, Latvijas vēsture 1914–1940 (Lettlands Geschichte 1914–1940), Stockholm 1976, S. 710–717.

5 Vgl. Jürgen von Hehn, Lettland zwischen Demokratie und Diktatur. Zur Geschichte des lettländischen Staatsstreichs vom 15. Mai 1934, München 1957; Alvars Stranga, LSDSP ün 1934, gada 15. maija apvērsums. (Die lettische Sozialdemokratie und der 15. Mai 1934), Riga 1994.

6 Noch 1935 waren in Lettgallen nur 61,5 Prozent der Bevölkerung Letten, die sich oftmals primär konfessionell als Katholiken oder regional als „Hiesige“ definierten. 29 Prozent der lettgallischen Bevölkerung waren Russen und Weißrussen. Vgl. Ceturtā tautas skaitīšana Latvijā (Die vierte Volkszählung Lettlands), Riga 1936/37, S. 329 ff.

1 Vgl. Andrejs Plakans, *The Latvians. A Short History*, Stanford 1995; Ernst Benz, *Die Revolution von 1905 in den Ostseeprovinzen Rußlands*, Mainz 1990; Georg von Rauch, *Geschichte der baltischen Staaten*, München 1990; Jürgen von Hehn u. a. (Hrsg.), *Von den baltischen Provinzen zu den baltischen Staaten*, Bd. 1 (1917–1918), Bd. 2 (1918–1920), Marburg 1971 und 1977.

2 Rudolf von Freymann, *Der lettländisch-russische Friedensvertrag von 1920 und seine Verwirklichung*, in: *Rigaische*

Weißrussen und Polen bis zur sowjetischen Besetzung die Vorzüge einer – nach 1934 allerdings beschnittenen – Schulautonomie, die auch Züge einer Kulturautonomie aufwies<sup>7</sup>.

Trotz Abschluß von Nichtangriffsverträgen mit der UdSSR (1932) und Deutschland (1939) wurde Lettland im geheimen Zusatzprotokoll zum „Hitler-Stalin-Pakt“ vom 23. August 1939 der sowjetischen Interessensphäre zugeteilt und deutscherseits ab Oktober mit der Umsiedlung der deutschen Minderheit in das deutsch besetzte Wartheland Polens begonnen<sup>8</sup>. Unter Bruch des lettisch-sowjetischen Beistandspaktes vom 5. Oktober 1939 besetzte die Rote Armee am 17. Juni 1940 das Land und inszenierte hier parallel zu Estland und Litauen am 14./15. Juli 1940 Neuwahlen. Am 5. August 1940 wurde Lettland „auf Bitten“ der „Volksregierung“ als Unionsrepublik in den sowjetischen Staatsverband eingegliedert<sup>9</sup>. Am 25. August 1940 beschloß eine prosovietische Marionettenregierung unter A. Kirchenšteins die Umbenennung in eine Lettische Sozialistische Sowjetrepublik (LSSR).

Zu den dauerhaften Folgen der achtundvierzigjährigen sowjetischen Annexion – unterbrochen durch drei Jahre deutsche Okkupation im Zweiten Weltkrieg, der 1941/42 der Großteil der jüdischen Bevölkerung Lettlands<sup>10</sup> und 1944 Teile der lettischen liberaldemokratischen Führung zum Opfer fielen<sup>11</sup> – gehört die Vernichtung der lettischen

Eliten, die 1936 unter den lettischen Kommunisten im sowjetrussischen Exil begann<sup>12</sup>, in mehreren Deportationswellen (1941 und 1945) fortgesetzt wurde und zuletzt der Bevölkerungsschicht der Bauern (1949) galt<sup>13</sup>. Nachdem Lettland bereits zwischen 1914 und 1920 etwa 30 Prozent der Bevölkerung durch Krieg und Flucht verloren hatte, wurde diese zwischen 1940 und 1955 durch Krieg, Terror, Deportationen, Flucht in den Westen und Partisanenkrieg gegen die Rote Armee abermals um etwa 36 Prozent dezimiert<sup>14</sup>.

Den traumatisierten Überlebenden einer geköpften Nation blieb nach 1953 zunächst nur die Anpassung. 1959 begegnete Moskau lettischer nationalkommunistischer Opposition gegen eine überzogene Industrialisierungs- und damit verbundene Einwanderungspolitik („Russifizierung“) mit Parteisäuberungen. Aktiver Widerstand beschränkte sich im folgenden auf kleinere Gruppen im Untergrund und den Bereich der Kultur, vor allem der Literatur. Eine für andere osteuropäische Staaten typische Dissidentenszene hat Lettland nicht entwickelt. Deren Funktionen übernahm teilweise das gut organisierte lettische Exil in Deutschland, Schweden und den USA<sup>15</sup>.

Formen kollektiven passiven Widerstands hingegen mündeten 1986 in den politischen Aufbruch

7 Vgl. Michael Garleff, Die kulturelle Selbstverwaltung der nationalen Minderheiten in den baltischen Staaten, in: Boris Meissner (Hrsg.), Die baltischen Nationen, Köln 1991<sup>2</sup>, S. 87–107.

8 Vgl. Jürgen von Hehn, Die Umsiedlung der baltischen Deutschen. Das letzte Kapitel baltisch-deutscher Geschichte, Marburg 1982.

9 Vgl. W. J. H. Hough, The annexation of the Baltic States and its effort on the development of law prohibiting forcible seizure of territory, in: New York Law School Journal of International and Comparative Law, 6 (1985), S. 300–533; The Occupation and Annexation of Latvia 1939–1940. Documents and Materials, Riga 1995.

10 1935 lebten in Lettland 93 479 Juden, davon besaßen 86 430 die Staatsangehörigkeit Lettlands. Unter den am 14. Juni 1941 von den Sowjets deportierten 14 194 Personen befanden sich 1 121 Juden, weiteren ca. 15 000 gelang bis zum 3. Juli 1941 die Flucht vor der Wehrmacht in die UdSSR. Vgl. Leo Dribins, Ebreji Latvijā (Juden in Lettland), Riga 1996, S. 14 und 24f.; Andrew Ezergailis, The Holocaust in Latvia 1941–1944, Riga 1996.

11 Hierzu gehörten vor allem die Mitglieder des 1943 im Untergrund gegründeten Zentralrates Lettlands (LZR), der in Kurland sowohl gegen Deutschland als auch gegen die Sowjetunion bewaffneten Widerstand leistete und für die Wiederherstellung eines unabhängigen, demokratischen Lettlands auf der Grundlage der Verfassung von 1922 eintrat. Prominentester Vertreter war der im Februar 1945 im KZ Stutthof ums Leben gekommene Sohn des ersten Staats-

präsidenten Lettlands Jānis Čakste, Konstantīns Čakste. Zwischen 1941 und 1945 waren allein im KZ Stutthof etwa 7 000 Letten inhaftiert. Vgl. Edgars Andersons/Leonidas Silīņš, Latvijas Centrālā Padome – LCP. Latviešu nacionālā pretestības kustība 1943–1945 (Der Zentralrat Lettlands. Die lettische nationale Widerstandsbewegung 1943–1945), Uppsala 1994, S. 346 und 354.

12 1927 lebten etwa 202 000 Letten in der UdSSR, die ein umfangreiches kulturelles Leben mit Zentrum in Moskau entwickelten. Von ihnen waren etwa 9 Prozent Mitglieder der Kommunistischen Partei; überdurchschnittlich viele lettische Kommunisten nahmen in Partei und Armee Sowjetrußlands führende Stellungen ein. Bis 1939 kamen in der UdSSR etwa 70 000 Letten während des stalinistischen Terrors um. Nach der Besetzung Lettlands 1940, vor allem aber ab 1944 machte sich in der SSR Lettland der Mangel an nationalen kommunistischen Kadern bemerkbar, der zu einer im Vergleich zu Estland und Litauen stärkeren Russifizierung führte. Vgl. Edgars Andersons, Latvijas vēsture 1920–1940. Ārpolitika I (Lettlands Geschichte 1920–1940. Außenpolitik I), Stockholm 1982, S. 121–137.

13 Außer in den kleineren Deportationswellen zwischen 1940 und 1953 und der Deportation vom 14. 6. 1941 wurden zwischen dem 25. und 29. 3. 1949 42 133 Personen, vor allem Bauern, deportiert. Vgl. Latvijas arhīvi. Represēto saraksts (Lettlands Archive. Liste der Verfolgten), 1949, Nr. 1, Riga 1995, S. 3.

14 Vgl. Romuald J. Misiunas/Rein Taagepera, The Baltic States. Years of Dependence, 1940–1990, Berkeley – Los Angeles 1993, S. 358.

15 Vgl. R. J. Misiunas/R. Taagepera, ebd.; Egils Levits, Lettland unter der Sowjetherrschaft und auf dem Weg zur Unabhängigkeit, in: B. Meissner (Anm. 7), S. 139–153.

Lettlands und seiner baltischen Nachbarrepubliken, für den die Reformen Gorbatschows seit 1985 die Grundlagen bildeten. Über kulturökologische Protestbewegungen und „Kalenderunruhen“ an Gedenktagen (Deportationen, Hitler-Stalin-Pakt, Unabhängigkeitstag) kam es am 7./8. Oktober 1988 zur Bildung einer oppositionellen „Volksfront Lettlands“. Der Oberste Sowjet der LSSR deklarierte, dem estnischen Vorbild folgend, am 28. Juli 1989 die Souveränität Lettlands innerhalb der UdSSR und erklärte nach freien Wahlen am 4. Mai 1990 die Umwandlung der LSSR in die Republik Lettland, die nach einer Übergangsphase die völlige staatliche Unabhängigkeit erhalten sollte.

Nach blutiger Gewaltanwendung durch sowjetische Sondereinheiten am 21. Januar 1991 in Riga unterstrich die Gesamtbevölkerung Lettlands in einer Volksbefragung am 3. März 1991 mit 73,7 Prozent der Stimmen noch einmal ihren Willen nach faktischer Unabhängigkeit. Während des Augustputsches in Moskau erklärte das Parlament in Riga am 21. August die Übergangsphase für beendet. Nach dem Scheitern des Putsches erkannten Rußland unter Jelzin (24. August 1991), die UdSSR unter Gorbatschow (6. September 1991) sowie die meisten westlichen Staaten die De-facto-Unabhängigkeit der baltischen Staaten an, die mit der Aufnahme in die Vereinten Nationen (17. September 1991) nach einem halben Jahrhundert in die internationale Völkergemeinschaft zurückkehrten.

---

## Innenpolitik und Gesellschaft

---

Der politische Reformprozeß der Republik Lettland konnte bis 1994 strukturell abgeschlossen werden. Ziel der Reformen seit Gründung der Volksfront Lettlands war die Wiederherstellung der staatlichen Unabhängigkeit als Voraussetzung einer selbstbestimmten Innen- und Außenpolitik, die Neudefinition des Staatsvolkes durch gesetzliche Neuregelung der Staatsbürgerschaft sowie die Schaffung institutioneller Rahmenbedingungen für das Funktionieren einer parlamentarischen Demokratie und einer Marktwirtschaft. Die Reformen wurden unter Rückgriff auf die demokratischen Strukturen Lettlands zwischen 1918 und 1934 (1993 Wiedereinsetzung der Verfassung von 1922) und unter Aufnahme rechtlicher, wirtschaftlicher und sozialer Impulse der westlichen Demokratien durchgeführt. Zur Gewährleistung des staatlichen Funktionierens wurden vor allem im rechtlichen

Bereich übergangsweise Regelungen aus der Sowjetzeit beibehalten.

Stagnierten während der Regierungszeit von Ivars Godmanis (1990–1993) zunächst die Reformen und konzentrierte sich nach dem Wahlsieg des Bündnisses „Lettlands Weg“ im Juni 1993 das Kabinett unter Valdis Birkavs (8. 7. 1994–16. 9. 1994) zunächst auf den Umbau der Legislative, so sah die Regierung unter Māris Gailis (16. 9. 1994–21. 12. 1995) ihre Hauptaufgabe in der Verbesserung der Effizienz der Exekutive. Nach den Parlamentswahlen vom 30. 9./1. 10. 1995, die Erfolge für linke und rechte Parteien erbrachten, und der Übernahme der Regierungsgeschäfte durch den parteilosen Unternehmer Andris Šķēle (21. 12. 1995–6. 8. 1997) verlangsamte sich der Reformprozeß – abgesehen von Erfolgen bei der Privatisierung und der Haushaltspolitik – erneut. Seit dem Rücktritt Šķēles am 27. Juli 1997 und der Übernahme der Regierungsgeschäfte durch Guntars Krasts am 7. August 1997 trägt die lettische Innenpolitik krisenhafte Züge. Ausgerechnet während der lettisch-russischen Krise im März/April 1998 traten Innenminister Ziedonis Čevērs und vier weitere Minister zurück. Die Arbeitsfähigkeit der 6. Saeima ist gegenüber der 5. Legislaturperiode rückläufig, die Zahl der fraktionslosen Abgeordneten stieg auf inzwischen 19 von 100. Im Rahmen seiner beschränkten Kompetenzen versucht Staatspräsident Guntis Ulmanis (seit 7. Juli 1993, wiedergewählt am 18. Juni 1996), stabilisierend zu wirken.

Ein Parteiensystem im westlichen Sinne existiert in Lettland nicht. Zwar lassen sich die meisten Parteien ansatzweise in das Schema rechtspopulistisch, nationalkonservativ, liberal-konservativ, sozialdemokratisch und sozialistisch einordnen; unter Parteien sind jedoch eher Personen- und Interessenverbände auf Zeit zu verstehen, die selten mehr als die gesetzlich vorgesehenen 200 Mitglieder aufweisen<sup>16</sup>.

Das Legitimationsdefizit der politischen Klasse und die Politikverdrossenheit der Bevölkerung werden durch häufige Korruptionsskandale verstärkt. Zwischen 1993 und 1995 sank die Wahlbeteiligung daher von 89,9 auf 71,9 Prozent. Das Vertrauen der Bevölkerung genießen hingegen vor allem die Medien, die Kirche und nichtstaatliche Organisationen. Politische Stabilität erhoffen viele – wie vor den Wahlen 1995 – von einem Wahlsieg neuer, unkompromittierter Parteien wie etwa der

16 Vgl. als Überblick: Marcis Gobins/Manfred Kerner, Politische Parteien Lettlands, in: Osteuropa, 47 (1997) 2, S. 139–149.

Volkspartei (TP, Andris Šķēle) oder der Neuen Partei (JP, Raimonds Pauls).

---

## Wirtschaft

---

Stand nach 1991 zunächst der Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft im Vordergrund der wirtschaftlichen Reformen (Währungsreform 1993, Privatisierung, Bekämpfung der Inflation, Umorientierung des Außenhandels), so zielt Lettlands Wirtschaftspolitik seit dem Antrag auf EU-Mitgliedschaft (1995) vor allem auf Wettbewerbsfähigkeit, den Ausbau der Infrastruktur und die Vorbereitung auf den Europäischen Binnenmarkt.

Nach der Krise zwischen 1991 und 1995 zeigte die wirtschaftliche Entwicklung Lettlands 1996 mit einem durchschnittlichen Wachstum von 2,8 Prozent erstmals wieder positive Tendenzen<sup>17</sup>. 1997 wurde ein Wirtschaftswachstum von 5,9 Prozent erreicht, für 1998 werden 6,0 Prozent prognostiziert. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) lag, nach Kaufkraft berechnet, 1997 bei 3 481 US-Dollar (USD) je Einwohner. Die Inflationsrate war 1997 mit 8 Prozent unter den baltischen Staaten am niedrigsten.

1997 entfielen 31,8 Prozent der Wirtschaft auf das produzierende Gewerbe, 28,9 Prozent auf den stetig wachsenden Bereich der Dienstleistungen (vor allem Banken und Telekommunikation) und 9,9 Prozent auf den landwirtschaftlichen Sektor. 60 Prozent des BIP wurden im Privatsektor erwirtschaftet. Der Bestand an ausländischen Direktinvestitionen stieg von 26,9 Mio. USD 1992 auf 847,4 Mio. USD, darunter Deutschland mit 61,6 Mio. USD.

Die Arbeitslosigkeit wurde trotz Stilllegung zahlreicher, ehemals sowjetischer Großbetriebe zunächst nicht zu einem vorherrschenden sozialen Problem. Die offizielle Arbeitslosenquote (1997: 7,0 Prozent) dürfte jedoch weniger die soziale Realität, die besonders auf dem Lande und in Lettgallen regionale Strukturentwicklungen notwendig macht, als vielmehr die während der sowjetischen Phase erlernten sozialen Fähigkeiten des Sicheurdurchwurstelns widerspiegeln.

---

17 Vgl. hier und im folgenden: Wirtschaftslage und Reformprozesse in Mittel- und Osteuropa, Berlin 1997; Litauen, Lettland und Estland auf dem Weg in die EU: Neuorientierung der Infrastrukturpolitik, in: DIW Wochenbericht, 23/98; Wirtschaftslage und Reformprozesse in Mittel- und Osteuropa. Estland, Lettland, Litauen, in: HWWA-Report Nr. 182, Hamburg 1998, S. 26–28.

Wie auch in Estland und Litauen bereitet in Lettland vor allem ein wachsendes Außenhandelsdefizit Sorgen, das 1997 mit 1 051 Mio. USD den ausgeglichenen Staatshaushalt von 960 Mio. USD überstieg. Im Export steht die Europäische Union mit 48,9 Prozent (Import: 53,2 Prozent), gefolgt von Rußland/GUS mit 29,5 Prozent (Import: 19,7 Prozent) an erster Stelle. Der Exportanteil nach Deutschland nahm von 7,9 Prozent im Jahr 1992 auf 13,8 Prozent im Jahr 1997 zu. Die Exporte nach Estland und Litauen stiegen im gleichen Zeitraum von 4,9 Prozent auf 11,7 Prozent.

Vor dem Hintergrund des zunehmenden innerbaltischen Wettbewerbs um den Transithandel zwischen Ost und West – vor allem um russische Rohstoffexporte – mißt Lettland dem Ausbau der Infrastruktur auf den Gebieten Verkehr, Telekommunikation und Energie eine wichtige Bedeutung zu. Die Integration in die europäische Infrastrukturplanung im Bereich der Ostsee („Via-Baltica“-Schnellstraße von Helsinki nach Warschau, Ausbau der Eisenbahnverbindungen zwischen dem Baltikum und Mittel- und Westeuropa, Elektrizitätsverbund „Baltischer Ring“ sowie „Nordischer Gasring“) erfordert allerdings erhebliche finanzielle Unterstützung westlicher Investoren.

---

## Außen- und Sicherheitspolitik

---

Lettlands Außenpolitik ist in erster Linie eine Funktion seiner Sicherheitspolitik. Hauptziele bilden der Eintritt in die Europäische Union sowie die Einbindung in europäische und transatlantische Sicherheitsstrukturen. Nebenziele sind der Aufbau bilateraler Beziehungen, in erster Linie zu den USA, Deutschland und den skandinavischen Staaten. Lettland ist Mitglied der Vereinten Nationen, der OSZE, des Europarates, des Ostseerates, des Nato-Kooperationsrates, assoziiertes Mitglied der WEU und Vertragspartner der „Partnerschaft für den Frieden“.

Die lettisch-russischen Beziehungen sind durch das Bemühen Moskaus gekennzeichnet, eine Nato-Mitgliedschaft der baltischen Staaten zu verhindern, ihre Mitgliedschaft in der Europäischen Union und anderen europäischen Organisationen kalkulierbar zu gestalten sowie seine politische und ökonomische Einflußnahme in der baltischen Region im Rahmen einer Politik des „nahen Auslandes“ aufrechtzuerhalten<sup>18</sup>. Mit dem Abzug der

---

18 Vgl. Aivars Stranga, Russia and the Security of the Baltic States: 1991–1996, in: Atis Lejiņš/Daina Bleiere (Hrsg.), The

letzten Militärangehörigen im April 1997 ist der am 30. April 1994 vereinbarte Abzug der ehemals sowjetischen Truppen aus Lettland zwar beendet<sup>19</sup>, Rußland verknüpft jedoch die Paraphierung des seit November 1997 ausgehandelten lettisch-russischen Grenzvertrages mit der Lösung vermeintlicher Menschen- und Minderheitenrechtsfragen in Lettland und beeinträchtigt damit den Prozeß der EU-Integration Lettlands.

Daneben hat Rußland vor allem Interesse an den baltischen eisfreien Häfen. Ein großer Teil des russischen Erdöl-, Mineraldünger- und Chemikalienexportes wird weiterhin über den Hafen Ventspils (Windau) abgewickelt – eine wichtige Einnahmequelle nicht nur für den lettischen Staatshaushalt<sup>20</sup>.

Sowohl Aspekte der Bankenkrise Lettlands im Sommer 1995 wie auch die lettisch-russische Krise seit März 1998<sup>21</sup> – beide Krisen jeweils ein halbes Jahr vor den lettischen Parlamentswahlen – deuten darauf hin, daß Rußland sich besonders in Lettland, dem innenpolitisch labilsten und strategisch wichtigsten der drei baltischen Staaten mit gleichzeitig der größten russischsprachigen Bevölkerungsgruppe, einer „Joystick-Politik“ bedient, die die Erprobung von Einflußszenarien und westlichen Reaktionen darauf sowie mittelfristig die Behinderung der Westintegration Lettlands zum Ziel haben könnte.

Baltic States. Search for Security, Riga 1996, S. 141–185; ders., Baltic-Russian Relations: 1995 – Beginning of 1997, in: Atis Lejiņš/Žaneta Ozoliņa (Hrsg.), Small States in a Turbulent Environment: The Baltic Perspective, Riga 1997, S. 184–237.

19 Das lettisch-russische Abkommen vom 30. 4. 1994 sieht allerdings noch eine Präsenz von maximal 599 russischen Militärpersonen und 199 Zivilpersonen bis zum Jahr 2000 in der ehemals sowjetischen Radarfrühwarnanlage Skrunda vor. Vgl. Latvijas Republikas Saeimas un Ministru Kabineta Ziņotājs, 26. 1. 1995, Nr. 2, S. 181 und 187.

20 Mit 36,7 Mio. Tonnen Güterumschlag (etwas mehr als die bremischen Häfen) lag der Hafen von Ventspils 1997 an 13. Stelle in Europa. Vgl. Vilis Seleckis, Ēnas pār Ventspili (Schatten über Windau), Riga 1998, S. 249 und 327.

21 Im März und April 1998 stilisierte Moskau einige „diplomatic non-events“ in Lettland (3. 3.: Auflösung einer nichtgenehmigten Demonstration durch die Polizei; 16. 3.: Gedenkveranstaltung lettischer Veteranen, die – ab 1943 von der Wehrmacht größtenteils zwangsrekrutiert – teilweise gegen die Rote Armee zum Einsatz gekommen waren; 2. 4.: Sprengstoffanschlag auf die jüdische Synagoge in Riga; 6. 4. Explosion eines Sprengkörpers unweit der russischen Botschaft in Riga, beide Anschläge ungeklärt) zu einer russisch-lettischen „Krise“, die in dem Vergleich Lettlands mit dem Pol-Pot-Regime Kambodschas durch den Moskauer Bürgermeister Lushkov (28. 3.), der Befürwortung wirtschaftlicher „Maßnahmen“ gegenüber Riga durch Präsident Jelzin (7. 4.) und Verbrennungen der lettischen Staatsflagge durch russische Demonstranten vor lettischen Vertretungen in Moskau und Pskov gipfelte.

Dynamisch entwickelten sich hingegen die Beziehungen Lettlands, wie auch seiner beiden baltischen Nachbarstaaten, zur Europäischen Union<sup>22</sup>. Nach rascher Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Brüssel 1991 ersetzte bereits am 12. Juni 1995 ein Assoziierungsabkommen („Europa-Vertrag“, in Kraft seit dem 1. Februar 1998) das Handels- und Kooperationsabkommen vom 11. Mai 1992 sowie das Freihandelsabkommen vom 18. Juli 1994. Nach Beantragung der EU-Mitgliedschaft am 27. Oktober 1995 befindet sich Lettland gegenwärtig in der Vorbereitungsphase für Verhandlungen über die Aufnahme. Trotz Erfolgen vor allem auf ökonomischem Gebiet wird das Überprüfungsverfahren der EU-Kommission („screening“) aufgrund der innenpolitischen Unstabilitäten, der offenen Frage der Staatsbürgerschaft sowie der getrübbten Nachbarschaftsbeziehungen zu Rußland im Herbst 1998 wohl zu einer ungünstigeren Bewertung der Verhandlungsreife Lettlands als der Estlands oder Litauens kommen.

Von sicherheitspolitischer Bedeutung ist die militärische Kooperation Lettlands mit der NATO im Rahmen der „Partnerschaft für den Frieden“, die durch zahlreiche bilaterale Militärabkommen – vor allem mit Deutschland, Polen, den skandinavischen Staaten und den USA – gestützt wird. Auch die am 16. Januar 1998 zwischen den USA und den drei baltischen Staaten unterzeichnete Partnerschaftscharta („Baltic Charta“) sieht zwar keine ausdrückliche Sicherheitsgarantie vor, die USA bleiben jedoch „überzeugt, daß ... die ersten zur Mitgliedschaft (in die NATO) eingeladenen Staaten nicht die letzten sein werden“<sup>23</sup>. Das Dokument sieht neben politischer und ökonomischer Zusammenarbeit Unterstützung für eine neu zu schaffende „Beistandsgruppe für Sicherheit im Ostseeraum“ (BALTSEA) sowie die gesamtbaltische Verteidigungskooperation im Rahmen des Baltischen Bataillons (BALTBAT), des Baltischen Marineverbandes (BALTRON), des Baltischen Flugsicherungssystems (BALTNET) und einer Baltischen Verteidigungsakademie (BALT-DEFCOLL) vor. Im militärischen Bereich bleibt Lettland jedoch mit einem Verteidigungshaushalt von nur 0,7 Prozent des Staatshaushaltes Sorgenkind baltischer Sicherheitspolitik.

Lettland ist die treibende Kraft der innerbaltischen Zusammenarbeit im Rahmen des am 12. Mai 1990 gegründeten Baltischen Rates. Ziele

22 Vgl. Dzintra Bungs, The Baltic States: Problems and Prospects of Membership in the European Union, Ebenhausen 1998.

23 Internationale Politik, (1998) 2, S. 125–130, hier S. 128.

sind die Koordinierung der Außen- und Sicherheitspolitik, die Harmonisierung der Rechtsgebung sowie des Vorgehens beim Schutz der Grenzen und der Bekämpfung der Kriminalität. Freihandelsabkommen über Industriegüter vom 13. September 1993 und landwirtschaftliche Produkte vom 17. Juni 1996 dienen der Vorbereitung eines innerbaltischen Marktes mit 7,8 Millionen Menschen. Divergierende Interessen bei dem Bemühen um die EU-Mitgliedschaft lassen die baltische Zusammenarbeit in jüngster Zeit jedoch wieder in den Hintergrund treten.

## Menschen- und Minderheitenrechte

Nach dem Beitritt Lettlands zur Menschenrechtskonvention der Vereinten Nationen (4. Mai 1990) und zur Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK, 10. Februar 1995) sowie der Ergänzung der Verfassung um ein Verfassungsgesetz über „Menschen- und Bürgerrechte und -pflichten“ (10. Dezember 1991) gelten die Menschenrechte in Lettland weitestgehend als garantiert<sup>24</sup>. Das im Januar 1995 angenommene „Programm zum Schutz und zur Förderung der Menschenrechte“ sowie die Schaffung eines „Staatlichen Büros für Menschenrechte“ mit Ombudsmann-Funktion im Juli gleichen Jahres vertieften den Schutz der Menschenrechte auch in der Praxis. Der Beschluß der Regierung Lettlands vom 26. Mai 1998 zur Unterzeichnung des 6. Zusatzprotokolls der EMRK und damit zur Abschaffung der Todesstrafe muß allerdings noch von der Saeima ratifiziert werden. Empfehlungen der Vereinten Nationen, des Europarates und der OSZE gelten allerdings weiterhin der Verbesserung des Strafvollzugs sowie der Absicherung der Rechte von Kindern, Flüchtlingen und Asylsuchenden.

Als unmittelbare Folge der sowjetischen Annexion, der Deportationen von Letten und der zwangsweisen Russifizierung ist der Begriff der Minderheit in Lettland ambivalent<sup>25</sup>. Zwischen 1940 und 1989 sank der Anteil der Titularnation

der Letten von 77 Prozent (1935) auf 52 Prozent, gleichzeitig wuchs der Anteil der Ostslawen (Russen, Weißrussen und Ukrainer) als Resultat der sowjetischen Industrie-, Siedlungs- und Herrschaftspolitik von 10,3 Prozent auf 42 Prozent.

Zwar ist nach dem Rückzug der sowjetischen Armee und einer Ausreisewelle 1992/93 der Anteil der Letten an der Bevölkerung landesweit wieder auf 56,7 Prozent gestiegen, die Begriffe Mehr- und Minderheit bleiben jedoch relativ; in sechs der sieben größten Städte des Landes bildeten die Letten 1997 gegenüber der russischsprachigen Gruppe der Russen, Ukrainer und Weißrussen die Minderheit, darunter in der Hauptstadt Riga mit 38,5 Prozent, in Daugavpils (Dünaburg) mit 14,2 Prozent und in der wichtigen Hafenstadt Ventspils mit 46,9 Prozent<sup>26</sup>. Sektoral wird im politischen und kulturellen Bereich ein lettisches, im ökonomischen Bereich ein slawisches Übergewicht vermutet. Viele Bestimmungen im Sprachen- oder Bildungsbereich haben daher gleichzeitig den Charakter von Schutzbestimmungen für die Titularnation.

Die Bevölkerung Lettlands kann gegenwärtig nach folgenden Merkmalen unterschieden werden<sup>27</sup>:

- *historisch*: die Titularnation der Letten, die kleine autochthone Gruppe der Liven, die Angehörigen der Minderheiten, die bereits zwischen den Weltkriegen die Staatsangehörigkeit des Landes besaßen (Russen, Weißrussen, Juden, Deutsche, Polen u. a.) sowie ab 1940/45 die sowjetischen Einwanderer;
- *ethnisch*: Letten, Russen, Personen ohne eindeutige Nationalität (z. B. aus Mischehen) Weißrussen, Ukrainer, Polen, Litauer, Juden, Roma, Deutsche, Tataren, Esten, Armenier, Liven und andere;
- *sprachlich*: Lettischsprachige, Russischsprachige, verschiedene kleinere Gruppen anderer Sprachen;
- *rechtlich* bezogen auf die Staatsbürgerschaft: Staatsbürger, Nichtstaatsbürger, Ausländer, Personen ohne gültige Dokumente („Illegale“).

24 Vgl. Carmen Schmidt, Der Minderheitenschutz in den baltischen Staaten, Bonn 1993, S. 53.

25 Im Verständnis des Europarates bezeichnet der Begriff „nationale Minderheit“ eine Gruppe von Personen, die im Hoheitsgebiet dieses Staates ansässig und dessen Staatsbürger sind; vgl. Europäische Grundrechtezeitschrift, 22 (1995), S. 268. Im Falle Estlands und Lettlands wird der Begriff in der Regel jedoch auf alle Nichtangehörigen der beiden Titularnationen der Esten und Letten – ungeachtet der Staatsbürgerschaft – bezogen.

26 Vgl. Demographic Yearbook of Latvia, Riga 1997, S. 34 f.

27 In der Realität können diese Merkmale bedeuten, daß ein ethnischer Lette weder die Staatsbürgerschaft Lettlands besitzt noch ausreichend Lettisch spricht, während unter Umständen jemand, der russisch spricht, ethnisch ein Ukrainer mit Staatsbürgerschaft Lettlands sein kann; so beherrschten 1995 96 Prozent der Bevölkerung Lettlands die russische, aber nur 87 Prozent die lettische als Mutter- oder Zweitsprache; vgl. Central and Eastern Eurobarometer, March 1996, Annex Figure 44.

Die Grundlage der Minderheitenpolitik Lettlands bilden das „Gesetz über die freie Entwicklung nationaler und ethnischer Gruppen und deren Recht auf Kulturautonomie“ vom 19. März 1991, das Bildungsgesetz vom 19. Juni 1991 sowie die Novelle des Sprachengesetzes vom 31. März 1992. Demnach genießen Minderheiten Vereinigungsfreiheit, haben das Recht auf muttersprachlichen Schulunterricht und eingeschränkt die Möglichkeit, im amtlichen Verkehr neben der Staatssprache Lettisch auch die russische, deutsche oder englische Sprache zu verwenden. Vor Gericht ist die Muttersprache zugelassen. Demgegenüber sind Minderheiten nur partiell an der politischen Gestaltung des Landes beteiligt und nur als Staatsbürger wahlberechtigt. Klagen über Diskriminierungen haben ihren Grund häufig in unzureichender Unterscheidung zwischen Minderheiten- und staatsbürgerlichen Rechten.

Das staatliche Schulsystem Lettlands unterscheidet in bezug auf die Unterrichtssprache fünf Schultypen: Schulen mit lettischer Unterrichtssprache, Schulen mit lettischer *und* russischer Unterrichtssprache, einzelne Klassen andersnationaler Unterrichtssprache an lettischen oder russischen Schulen, reine Minderheitenschulen mit andersnationalen Unterrichtssprachen (Polnisch, Ukrainisch, Weißrussisch, Litauisch, Estnisch, Hebräisch) sowie Schulen mit russischer Unterrichtssprache<sup>28</sup>. Da letztere aber von Kindern unterschiedlicher Nationalität besucht werden<sup>29</sup>, handelt es sich eher um postsowjetische als um russische Schulen im nationalen Sinne. Die Tendenz, Kinder nichtlettischer Herkunft auf lettischsprachige Schulen zu schicken, nimmt zu<sup>30</sup>. Mit seinem ausdifferenzierten, multisprachlichen Schulsystem steht Lettland – neben Estland und der Schweiz – in Europa führend da. Diskutiert wird allerdings ein allmählicher Übergang zur lettischen Unterrichtssprache an staatlich finanzierten Schulen.

## Staatsbürgerschaft

Im Mittelpunkt der minderheitenpolitischen Diskussion steht in jüngster Zeit vor allem die Frage

28 Vgl. Educational Institutions in Latvia at the Beginning of School Year 1997/98, Riga 1998, S. 40 f.

29 Im Schuljahr 1994/95 waren nur 73 Prozent der Schüler an russischsprachigen Schulen Russen; vgl. Latvijas Vēstnesis Nr. 46 vom 24. 3. 1995, S. 1.

30 Vgl. Latvia. Human Development Report, Riga 1997, S. 62.

der Einbürgerung von Teilen der nach 1945 ins Land gekommenen Bevölkerung. Nach Inkrafttreten eines neuen Staatsbürgerschaftsgesetzes am 11. August 1994<sup>31</sup> besitzen etwa 28 Prozent der Bevölkerung – vergleichbar mit Luxemburg – nicht die Staatsbürgerschaft des Landes (vgl. Übersicht). Aufgrund einer bis zum Jahr 2003 geplanten altersgruppenbezogenen Einbürgerung („window-system“) konnten aber bis zum 31. 5. 1998 lediglich 8 125 Personen neu eingebürgert werden. Daneben erhielten allerdings zusätzlich etwa 60 000 Personen (aus Mischehen, mit lettischsprachiger Schulausbildung usw.) auf dem Wege der einfachen Registrierung die Staatsbürgerschaft. Bis zum 16. April 1998 lagen etwa 171 000 Anträge auf Nichtstaatsbürgerpässe (vergleichbar mit Heimatlosenpässen) vor, die deren Inhabern bis auf das Wahlrecht im wesentlichen die gleichen Rechte wie den Staatsbürgern Lettlands einräumen<sup>32</sup>. Als Gründe für das schleppe Interesse weiter Bevölkerungsgruppen an einer raschen Einbürgerung werden Ängste vor der Sprach- und Geschichtsprüfung, zu hohe Gebühren, als Folge Visazwang für Reisen nach Rußland sowie Einberufung zum Wehrdienst in Lettland angeführt.

### Übersicht: Bevölkerung Lettlands nach Nationalität und Staatsbürgerschaft (1. 1. 1997)

Nationalität	Gesamt	in v. H. der Bevölkerung	v. H. der Nationalität sind lettische Staatsbürger
Letten	1 393 611	56,7	99,2
Russen	741 980	30,2	38,9
Weißrussen	104 213	4,2	20,1
Ukrainer	68 173	2,8	7,0
Polen	62 182	2,5	62,7
Litauer	34 893	1,4	34,8
Juden	12 770	0,5	49,7
Roma	7 939	0,3	90,6
Deutsche	3 589	0,1	31,5
Sonstige	26 914	1,3	verschieden
Gesamt	2 456 264		

Quelle: Latvia. Human Development Report 1997, Riga 1997, S. 49.

31 Gesetz über die Staatsbürgerschaft vom 22. Juli 1994. Deutsche Übersetzung in: WGO – Monatshefte für Osteuropäisches Recht, (1994) 5, S. 304–314; Detlef Henning, Zum Staatsbürgerschaftsgesetz Lettlands vom 22. Juli 1994, in: ebd., S. 297–304.

32 Zu den Zahlen vgl. Einbürgerungsverwaltung sowie Department für Staatsbürgerschaft und Immigration der Republik Lettland, OSZE-Mission Riga.



Aufgrund internationaler Empfehlungen, unter dem Eindruck russischer Forderungen sowie der zunehmenden innenpolitischen Einsicht, daß eine rasche Integration großer Bevölkerungsgruppen für die innenpolitische Stabilität und außenpolitische Sicherheit des Landes notwendig ist, beschloß die Saeima am 22. Juni 1998 Änderungen des Staatsbürgerschaftsgesetzes. Das umstrittene „window-system“ soll abgeschafft, die Einbürgerung von nach dem 21. August 1991 in Lettland geborenen Kindern (ca. 18 000) ermöglicht sowie die Sprach- und Geschichtsprüfung vereinfacht werden<sup>33</sup>. Gleichzeitig beantragten allerdings 36 Abgeordnete einen zweimonatigen Aufschub des Inkrafttretens der Gesetzesänderungen, um eine Volksabstimmung vorbereiten zu können.

Die Unentschiedenheit in der sehr komplexen Frage der Staatsbürgerschaft hat vor allem westliche Partner, die sich um eine Beilegung der lettisch-russischen Differenzen bemühen, verstimmt. Sie spiegelt aber einen Grundkonflikt lettischer Politik wider: Einerseits sollen unter dem Stichwort „Deokkupation“ die Folgen der sowjetischen Annexion und ihrer Siedlungspolitik für die lettische Nation gemildert werden, andererseits benötigt Lettland für das 21. Jahrhundert die Sicherheit europäischer und transatlantischer Strukturen, deren Gewährung durch den Westen wiederum von einem gutnachbarschaftlichen Verhältnis zu Rußland abhängig gemacht wird. Lettische Minderheitenpolitik wird so zusehends zu einer Funktion europäisch-russischer Beziehungen – und dies bedeutet für viele nationalgesinnte lettische Parla-

mentarier bereits wieder den Verlust innenpolitischer Souveränität.

So fragen sie beispielsweise vor dem Hintergrund ihrer Erfahrungen mit der deutschen Minderheit nach 1933, ob eine formale Zuerkennung der Staatsbürgerschaft auch automatisch staatliche Loyalität bedeute und ob die Tatsache, daß es in Lettland trotz der tragischen Vergangenheit im Unterschied zu einigen westeuropäischen Staaten bisher nicht zu ausländerfeindlichen Ausschreitungen gekommen ist, nicht gerade darauf hinweise, daß Lettland besondere Fähigkeiten entwickelt habe, jenseits formaljuristischer Defizite eine multiethnische Gesellschaft möglichst konfliktfrei zu gestalten. In der Tat haben jüngste soziologische Untersuchungen eine überraschende Übereinstimmung der Bevölkerung in sozialen und moralischen Fragen einerseits und eine relative Bedeutungslosigkeit nationaler Kriterien in Alltagsfragen andererseits bestätigt<sup>34</sup>.

Diese in Lettland langsam einsetzende Diskussion um eine demokratisch integrierte, einerseits multiethnische, andererseits überwiegend in lettischer Sprache sich verständigende politische Nation wird von der Hoffnung getragen, die tragische Geschichte Lettlands des 20. Jahrhunderts überwinden zu können. Gelingt das lettische Experiment, wäre dies im Falle einer Mitgliedschaft Lettlands in der Europäischen Union ein wichtiger Gewinn auch für das übrige Europa, Rußland eingeschlossen.

<sup>33</sup> Die Änderungen wurden publiziert in: Latvijas Vēstnesis, Nr. 190/191 vom 30. 6. 1998.

<sup>34</sup> Vgl. Latvia. Human Development Report (Anm. 30), S. 48–66; Projekts „Ceļā uz pilsonisku sabiedrību“. Latvijas iedzīvotāju aptauja, 1997. g. novembris – 1998. g. janvāris (Projekt „Auf dem Weg zu einer bürgerlichen Gesellschaft“), Umfrage November 1997 – Januar 1998), Riga 1998.

# Der schwere Weg nach Westen: Litauen 1990–1998

---

## Geschichtlicher Rückblick

---

Als einziges baltisches Land verfügt Litauen über eine historische Staatlichkeit. In seiner größten Ausdehnung umfaßte das Großfürstentum Litauen Gebiete zwischen der Ostsee und dem Schwarzen Meer. Die immer stärker werdende polnische Einflußnahme führte schließlich zur Gründung des polnisch-litauischen Doppelstaates (Union von Lublin 1569). Damit war das Schicksal des Landes mit dem Polens verknüpft, so daß Litauen im Gefolge der polnischen Teilungen zum Territorium des Zarenreiches gehörte<sup>1</sup>. Der erst spät im 19. Jahrhundert entstandenen litauischen Nationalbewegung galt das historische Großfürstentum als Legitimationsquelle der eigenen Ansprüche. Die Epoche nach der Union von Lublin wurde als Phase des Niederganges verstanden, so daß die Abgrenzung gegenüber Polen das Selbstverständnis der litauischen Intelligentsia noch mehr als die teilweise scharfe Russifizierungspolitik prägte.

Während des Ersten Weltkrieges besetzten deutsche Truppen im Herbst 1915 Litauen. Von Beginn an war das Land Objekt der unterschiedlichen deutschen politischen Zielsetzungen. Die Bevölkerung litt unter der Besatzungsmacht, die die Ressourcen des Landes ausplünderte, Männer in Arbeitsbataillone zwang und obligatorisch bereits in der Grundschule den Deutschunterricht einführte. Erst 1917 vermochte die deutsche Politik in Litauen mehr als den Teil eines zukünftigen polnischen Königreiches zu erkennen. In Vilnius wurde die Gründung eines litauischen Landesrates gestattet, in dem die Militärs allerdings nicht mehr als einen Erfüllungsgehilfen der eigenen Pläne und ein willfähiges Instrument sahen. Die Taryba, so die litauische Bezeichnung, sollte sich jedoch rasch emanzipieren. Während die Deutschen die indirekte Annexion Litauens planten, strebten die litauischen Politiker nach einer wirklichen Unabhängigkeit. Als Anfang 1918 die deutschen Pläne allzu offensichtlich wurden, entschloß sich die Taryba zu einem symbolischen Schritt: Am

16. Februar 1918 proklamierte sie die Unabhängigkeit. Das zukünftige Staatswesen sollte auf demokratischer Basis aufgebaut sein; einer frei gewählten Nationalversammlung blieb es jedoch vorbehalten, die endgültige Staatsform zu entscheiden. Der Zusammenbruch des Deutschen Reiches im November 1918 machte den Weg endgültig frei. Zwar mußte sich der junge Staat noch gegen deutsche Freikorps sowie gegen die nach Westen marschierende Rote Armee und polnische Truppen verteidigen, aber 1920 konnte die litauische Republik als endgültig gesichert betrachtet werden.

Außenpolitisch war Litauen mit zwei Hypotheken belastet: Bereits während der ersten Sitzungen der Taryba stand unumstößlich fest, daß Vilnius – die alte Metropole des Großfürstentums – auch die Hauptstadt des neuen Staates werden sollte. Doch Polen besetzte im Oktober 1920 handstreichartig die Stadt und das umliegende Gebiet. Damit wurden die historischen Vorbehalte der litauischen Politiker gegen diesen Nachbarn durch die Gegenwart in eindeutiger Weise bestätigt. Litauen weigerte sich, das polnische Vorgehen anzuerkennen und beharrte auf seinen Ansprüchen auf Vilnius. Es gab fast während der gesamten Zwischenkriegszeit keine diplomatischen Beziehungen zwischen Litauen und Polen, der Konflikt um Vilnius zerstörte jegliche Hoffnung auf ein gemeinsames Vorgehen der 1918/19 in Ostmitteleuropa entstandenen Staaten.

Die zweite territoriale Konfliktzone lag an der Grenze des Deutschen Reiches. Im Versailler Vertrag war das Memelgebiet von Deutschland abgetrennt und alliierter Hoheit unterstellt worden. In Ostpreußen lebte eine als Preußisch-Litauer oder Kleinlitauer bezeichnete Minderheit, so daß Litauen sich den Anschluß des Memelgebietes erhoffte. Als sich diese Aspirationen auf diplomatischem Wege nicht zu erfüllen schienen, wurde ein angeblich von Kleinlitauern durchgeführter „Aufstand“ im Memelgebiet inszeniert, um die Region unter eigene Kontrolle zu bekommen. Der Einmarsch im Januar 1923 schuf zwar vollendete Tatsachen, doch mußte Litauen der Entente einen besonderen Status des Gebiets zugestehen (eigener Landtag, Zweisprachigkeit usw.). Die deutsch

1 Vgl. Manfred Hellmann, Grundzüge der Geschichte Litauens und des litauischen Volkes, Darmstadt 1990<sup>4</sup>.

bestimmte Führungsschicht des Memelgebietes verhinderte in Zusammenarbeit mit der diplomatischen Vertretung des Reiches in Memel und gestützt auf das Memelstatut, daß Litauen in der Region wirklich Fuß fassen konnte<sup>2</sup>.

Die litauische Außenpolitik befand sich in einem Teufelskreis. Zum einen gehörte man in Vilnius zu den revisionistischen Mächten, zum anderen vertrat man in Memel den durch Versailles geschaffenen Status quo. Dieser Widerspruch war unlösbar, verhinderte eine klar definierte Zielsetzung und kulminierte Ende der dreißiger Jahre in der Katastrophe der ersten Republik. Drei Ultimaten besiegelten Litauens Schicksal: Im März 1938 nutzte Polen einen Grenzzwischenfall, um Litauen endlich zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu zwingen, was mehr oder weniger als Offenbarungseid in der Vilniusfrage zu verstehen war; im März 1939 erzwang das Deutsche Reich den litauischen Rückzug aus Memel, und im Juni 1940 annektierte die Sowjetunion im Gefolge des Hitler-Stalin-Paktes die drei baltischen Staaten.

Innenpolitisch hatte das Land bereits 1926 der Demokratie den Rücken gekehrt. Als eine linksliberale Regierung die bisherige christdemokratisch-konservative Regierungskoalition ablöste und erste Schritte unternahm, den Einfluß der katholischen Kirche einzudämmen, polnischsprachige Minderheitenschulen einzurichten und politische Häftlinge (meist Bolschewiki) zu amnestieren, putschten am 17. Dezember 1926 unter stillschweigender Duldung der Konservativen Offiziere der Garnison in Kaunas. Unter Führung eines der bekanntesten Politiker Litauens, Antanas Smetona, etablierte sich ein autoritäres Präsidialregime, das bis Juni 1940 an der Macht bleiben sollte.

Die sowjetische Herrschaft, unterbrochen durch das nicht minder entsetzliche Zwischenspiel der zweiten deutschen Besatzung (1941–1944), sollte zum traumatischen Erlebnis der litauischen Gesellschaft in diesem Jahrhundert werden. Tausende wurden deportiert und im stalinistischen Gulag-System ermordet. Bis ca. 1954 kämpften litauische Partisanen, die Waldbrüder, in gnadenlosen Auseinandersetzungen gegen die Sowjets. In Litauen gibt es keine Familie, die nicht Opfer der frühen Sowjetphase zu beklagen hat. Für das heutige litauische Selbstverständnis kommt diesen Ereignissen verständlicherweise eine exzeptionelle

2 Vgl. dazu vor allem Vytautas Žalys, Ringen um Identität. Warum Litauen zwischen 1923 und 1939 im Memelgebiet keinen Erfolg hatte (Kova dėl identiteto. Kodėl Lietuvai neišėkė Klaipėdoje tarp 1923–1939 m), Lüneburg 1993.

Bedeutung zu. Bis Ende der achtziger Jahre totgeschwiegen, genießen die Überlebenden heute einen besonderen Status als Symbol des litauischen Freiheitskampfes.

Doch zeichnete sich bereits in den sechziger Jahren ein Trend ab, der für die Wiedererringung der Unabhängigkeit große Bedeutung besitzt. Der Anteil der litauischsprachigen Mitglieder der Kommunistischen Partei Litauens betrug konstant zwischen 70 und 80 Prozent<sup>3</sup>. Trotz der teilweise scharfen Kirchenpolitik und der periodisch auftretenden Sowjetisierungsmaßnahmen verstanden sich große Teile der KP als *litauische* Kommunisten.

---

## Der Kampf um die Unabhängigkeit

---

Ende 1989 übernahm Litauen die Führung der baltischen Staaten im Kampf um die Unabhängigkeit. Die litauische KP (LKP) erklärte sich im Dezember 1989 als erste sozialistische Partei der Sowjetunion für unabhängig von der KPdSU. Die große Mehrheit der LKP trug diese Entscheidung mit; unzweideutig hatte man sich für Litauen und gegen Moskau entschieden. Im Rahmen der Volksfrontbewegung der baltischen Staaten war es auch in Litauen zur Gründung einer Nationalbewegung gekommen. Sajudis („Bewegung“) wurde immer mehr zum Konkurrenten der KP, obwohl der Großteil ihrer Mitglieder auch der kommunistischen Partei angehörte. Die ersten freien Wahlen zum Obersten Sowjet brachten einen klaren Sieg von Sajudis; Vytautas Landsbergis wurde zum Parlamentspräsidenten gewählt.

Bereits am 11. März 1990 proklamierte das Parlament die Wiederherstellung der litauischen Unabhängigkeit<sup>4</sup>. Moskau antwortete mit einer Wirtschaftsblockade, um die „unbotmäßige“ Republik in die Knie zu zwingen. Anfang Januar 1991 eskalierte die Situation dann endgültig: Vilnius wurde durch sowjetische Truppen mehr oder weniger von der Außenwelt abgeschnitten; vor dem Parlament und dem Fernsehturm in Vilnius standen Tag und Nacht Demonstranten, um die legitime Regierung und die Medien vor den permanent durch die Stadt fahrenden Armeeeinheiten zu schützen. Am 13. Januar 1991 stürmten sowjetische Spezialeinheiten den Fernsehturm und richteten dabei ein

3 Vgl. Alfred Erich Senn, Gorbachev's Failure in Lithuania, New York 1985, S. 13.

4 Da die Annexion durch die Sowjetunion völkerrechtswidrig war, hatte der litauische Staat während der 50 Jahre Sowjetherrschaft weiterexistiert.

Blutbad unter den unbewaffneten Demonstranten an: 13 Litauer, darunter eine 24jährige Frau, wurden von Panzern überrollt oder erschossen.

Obwohl die Hintergründe dieser Aktion bis heute nicht völlig geklärt sind, dürfte feststehen, daß der Überfall auf den Fernsehturm die Initialzündung für die Etablierung einer Präsidialherrschaft Gorbatschows in Litauen sein sollte. Neben der westlichen Reaktion verhinderte jedoch das eindrucksvolle Verhalten der litauischen Bevölkerung diese Pläne. Hunderttausende aus dem ganzen Land gaben den Toten das letzte Geleit und demonstrierten damit für die Unabhängigkeit des Landes. Trotz der angespannten Atmosphäre hielten Bevölkerung und Regierung am gewaltfreien Widerstand fest, nicht ein sowjetischer Soldat wurde angegriffen. Friedlich erkämpften sich die Balten ihre Souveränität. Dieser Prozeß fand im August 1991 mit dem mißlungenen Moskauer Putsch seinen Abschluß, der die internationale Anerkennung der baltischen Staaten beschleunigte.

Der wiedergegründete litauische Staat umfaßt ein Territorium von 65 200 km<sup>2</sup>; in ihm leben ca. 3,7 Millionen Menschen, von denen mehr als 80 Prozent litauischsprachig sind. Die größten Minderheiten stellen Russen (8,3 Prozent) und Polen (7 Prozent) dar. Ein Minderheitenproblem wie in Estland und Lettland existiert daher nicht, zumal Litauen 1989 in einem bemerkenswerten Schritt allen nichtlitauischen Einwohnern freistellte, innerhalb einer Frist von zwei Jahren die litauische Staatsangehörigkeit ohne jegliche Bedingungen erwerben zu können<sup>5</sup>.

---

## Transformation: Von der Planwirtschaft zum freien Markt

---

Nach den dramatischen Ereignissen der Jahre 1989–1991 hatte Litauen zwar die staatliche Souveränität errungen, doch die Ökonomie stand noch ganz im Zeichen der 50 Jahre staatlich gelenkter Wirtschaftsentwicklung. Erst während der Sowjetperiode kann wirklich von einer Industrialisierung Litauens gesprochen werden; die erste Republik war in ökonomischer Hinsicht noch deutlich agrarisch geprägt. 40 Prozent der Unternehmen waren allerdings als All-Unions-Betriebe

klassifiziert, was auf ein besonderes Problem hinweist: Die enge Verflechtung mit der Sowjetunion stellte eine zusätzliche Erschwernis für die wirtschaftliche Transformation dar. Litauen entschied sich für einen graduellen Weg der Systemtransformation, um die sozialen Kosten möglichst gering zu halten. Das alte System wollte man nicht zerstören, ohne zugleich neue Strukturen aufgebaut zu haben. Die zukünftige Wirtschaftsordnung sollte auf freier Marktwirtschaft basieren, wobei der Staat eine starke soziale Komponente sicherzustellen hatte (Wohlfahrtsstaat)<sup>6</sup>.

Einen Schlüsselbereich stellt die Privatisierung dar. In Litauen stand dabei zunächst die Bodenreform im Mittelpunkt. Die Probleme waren auf administrativer Ebene gewaltig, denn das Land sollte den ehemaligen Besitzern bzw. deren Erben entweder zurückgegeben oder eine Abfindung gezahlt werden. Zunächst konnte man nicht mehr als 50 ha erwerben, bis schließlich durch mehrere Nachfolgegesetze die Parzellengröße bis auf 150 ha angehoben wurde. Mehr als 80 Prozent des Landes befinden sich nunmehr wieder in privater Hand, wobei sich in den letzten Jahren ein Effekt zeigte, der zukünftig negativ zu Buche schlagen kann: Zwischen 1994 und 1996 sank die Durchschnittsgröße der landwirtschaftlichen Betriebe von 8,5 auf 7,6 ha, was die Konkurrenzfähigkeit dieser Betriebe bei einem EU-Eintritt in Frage stellen dürfte.

Die Privatisierung der staatlichen Betriebe erfolgte zunächst über Privatisierungsgutscheine. Jeder Bürger konnte einen solchen Investitionscheck erhalten, wobei auch der Gedanke mitspielte, allen Staatsangehörigen gleiche Startmöglichkeiten in die neue Zeit zu verschaffen. Erst 1995 (faktisch erst ab August 1996) begann die zweite Phase, die nun in- und ausländischen Investoren den kompetitiven Zugriff auf die großen staatlichen Betriebe ermöglicht. Ein abschließendes Urteil über den Prozeß ist derzeit noch nicht möglich; quantitativ beträgt der Anteil der Privatwirtschaft inzwischen mehr als 80 Prozent, wobei allerdings darauf hinzuweisen ist, daß diese Zahl auch viele neugegründete Betriebe und Unternehmen umfaßt<sup>7</sup>.

6 Vgl. Tomas Bartusevičius, Probleme der Systemtransformation am Beispiel der Wirtschaft der Republik Litauen, in: Litauisches Kulturinstitut (Hrsg.), Jahrestagung 1993, Lampertheim 1994, S. 53 ff.

7 Angaben nach United Nations Development Programme (Hrsg.), Lithuanian Human Development Report 1997. Quelle: www.undp.lt/HDR/1997; Frankfurter Allgemeine Zeitung Informationsdienste (Hrsg.), Baltikum Hauptbericht April 1998, Frankfurt a. M. 1998, S. 20 ff.

Im Sommer 1993 führte Litauen den Litas als Landeswährung ein. Um die Konvertierbarkeit zu sichern, wurde die Landeswährung durch ein *currency board* fest an den US-Dollar gebunden (4 Litas = 1 US \$), was Spekulationen verhindern half und eine restriktive Finanzpolitik gestattete. Allerdings führt der fixe Wechselkurs zu einem Defizit in der Leistungsbilanz, so daß sich der Ruf nach einer Freigabe der Währung in letzter Zeit verstärkte. Von Regierungsseite wurde jüngst bestätigt, daß innerhalb der nächsten zwei Jahre eine Auflösung des *currency board* geplant sei<sup>8</sup>. Die Reform des Geld- und Finanzwesens erlitt Ende 1995/Anfang 1996 einen herben Rückschlag, als kurz hintereinander einige der größten litauischen Geschäftsbanken zusammenbrachen und viele Litauer ihre Einlagen verloren. Die Krise eskalierte in einen Regierungsskandal, dem schließlich der damals amtierende Ministerpräsident Adolfas Sleževičius zum Opfer fiel<sup>9</sup>. Inzwischen hat sich die Lage, nicht zuletzt aufgrund der positiven Trends der letzten Jahre, wieder konsolidiert.

Die ersten Jahre nach 1991 brachten einen dramatischen Einbruch in allen Wirtschaftsbereichen: Allein 1992 fiel die Produktion im Vergleich zum Vorjahr um 51,6 Prozent, die Inflationsrate lag in diesen Jahren zwischen 20 und 30 Prozent. Liberalisierung und Privatisierung führten zeitgleich zu einem rapiden Anstieg von Mieten und Nebenkosten, so daß das Land in eine tiefe Krise geriet. Noch 1993 fiel das Bruttoinlandsprodukt gegenüber 1992 um 30 Prozent!

1994 zeigten sich erste Hoffnungsschimmer; inzwischen ist von einer anhaltenden wirtschaftlichen Erholung und konstantem Wachstum auszugehen. Im Jahresdurchschnitt 1997 blieb die Inflationsrate erstmals unter 10 Prozent, was – verbunden mit Lohnerhöhungen – zu einer deutlichen Entlastung der litauischen Privathaushalte führte. Auch eine Konsolidierung des Staatshaushaltes ist in den letzten Jahren erreicht worden.

Als Gesamtindikator der Situation kann das Bruttoinlandsprodukt (BIP) angesehen werden, das 1996 um 4,2 Prozent und 1997 um 6 Prozent stieg (1998 geschätzt: 8 Prozent). Die Wachstumsdynamik ist unverkennbar, zumal die Anteile des

privaten Sektors am BIP sehr große Zuwachsraten aufweisen (1992: 37 Prozent; 1996: 68 Prozent). Private Betriebe dominieren inzwischen den Handel und die Landwirtschaft; 70 Prozent der gesamten Agrarproduktion werden auf privatem Land erzeugt<sup>10</sup>. Die ökonomische Abhängigkeit von Rußland wurde massiv abgebaut. Zwar ist Rußland sowohl im Import als auch im Export weiterhin der Haupthandelspartner Litauens, doch bereits an zweiter Stelle der Ausfuhrländer steht die Bundesrepublik. Westliche Direktinvestitionen werden in den nächsten Jahren weiter zunehmen, da sich das Investitionsklima deutlich verbessert hat.

Zwar bleiben noch viele Aufgaben im politisch-administrativen Bereich (etwa Abbau der Schattenwirtschaft, Reform der Steuererhebung, Zollgesetzgebung, Ausbau der Infrastruktur usw.) zu lösen, doch ist offensichtlich, daß Litauen die schwierigste Phase der ökonomischen Umgestaltung hinter sich gebracht hat. Statistisch scheint die Talsohle durchschritten, doch ist die weitaus wichtigere Frage, welche Wirkungen die Transformation auf die Bevölkerung hat.

---

## Die sozialen Folgen der Transformation

---

Im Jahre 1996 begingen von je 100 000 Litauern 46 Menschen Selbstmord – eine der höchsten Selbstmordraten in der Welt<sup>11</sup>. Auch wenn die Motive für eine solche Tat sicherlich vielschichtig sind, so weist der massive Anstieg seit 1990 doch auf die schwierigen Lebensbedingungen großer Teile der Bevölkerung hin. Mit der hohen Inflation und den steigenden Preisen konnte das Lohnniveau trotz der positiven gesamtwirtschaftlichen Entwicklung der jüngsten Zeit nicht Schritt halten. Allein der Brotpreis stieg zwischen 1993 und 1995 um 135 Prozent. Besonders schmerzhaft für die Bevölkerung sind die inzwischen hohen Wohnungs-Nebenkosten. Heizung, Elektrizität und Wasser zehren große Teile des Monatseinkommens auf<sup>12</sup>. Für eine vor kurzem noch sowjetisch-paternalistisch ausgerichtete Gesellschaft sind dies neue, schmerzhaft ermittelte Erkenntnisse, die die Erfahrungen mit der Systemtransformation in bestimm-

8 Vgl. Bericht der Weltbank, in: Lithuania [www.worldbank.org](http://www.worldbank.org).

9 Vgl. Joachim Tauber, Politik und Gesellschaft in Litauen 1995/96: Politische Normalität – soziale Defizite, in: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien (Hrsg.), Der Osten Europas im Prozeß der Differenzierung. Fortschritte und Mißerfolge der Transformation, München u. a. 1997, S. 117 f.

10 Vgl. Anm. 7.

11 Vgl. Lithuanian Human Development Report, ebd.

12 Vgl. Thomas Bartusevičius, Die wirtschaftliche Entwicklung in Litauen seit 1993, in: Litauisches Kulturinstitut (Hrsg.), Jahrestagung 1995, Lampertheim 1996, S. 103.

mender Weise prägen. Als wichtigstes Problem sehen daher auch 77 Prozent der Litauer den Rückgang des Lebensstandards an, 72 Prozent halten es für die bedeutendste Aufgabe des Staates, materiellen Wohlstand zu garantieren<sup>13</sup>.

Dabei zeigt sich immer mehr ein Auseinanderklaffen innerhalb der litauischen Gesellschaft. Während diejenigen, die im privaten Sektor tätig sind, in der Regel mit der Entwicklung zufrieden sind, gibt es klare Verlierer des Systemwechsels: Zu ihnen zählen die Rentner, die Landbevölkerung und Angestellte des öffentlichen Dienstes. Deutlich wird dies, wenn man den Durchschnittslohn im Banken- und Finanzwesen (1471 Litas) mit dem in der Landwirtschaft (279 Litas) vergleicht<sup>14</sup>. Der hohe Lohnunterschied belegt die derzeit unausgewogene Einkommensstruktur und die damit verbundenen sozialen Folgen in drastischer Weise.

Das reformierte Sozialsystem steht bereits heute am Rande seiner Belastbarkeit. Für sozialpolitische Maßnahmen existiert daher nur ein eng begrenzter Spielraum, der zu Recht für Rentenanhebungen genutzt wird. Auch wenn die offiziellen Arbeitslosenzahlen ein relativ niedriges Niveau ausweisen (1997: 5,6 Prozent<sup>15</sup>), belasten auch sie das Sozialsystem in zunehmendem Maße.

Im Bildungswesen zeigen sich inzwischen Auswirkungen in besonders deutlicher Weise. Da Pädagogen zu den am schlechtesten bezahlten Arbeitnehmern zählen, ist die Abwanderung in den privaten Sektor (z. B. als Dolmetscher oder Reiseleiter) eine verlockende Alternative. Daher sind insbesondere Lehrkräfte für westeuropäische Sprachen inzwischen schwer zu finden. Rund ein Drittel der Studienabgänger strebt von vornherein nicht an, in den Schuldienst zu gehen<sup>16</sup>.

Die strikte Haushaltspolitik verhindert eine rasche Besserung der Lage. Zwar wurden in den letzten Jahren Löhne und Pensionen kontinuierlich erhöht, doch reicht dies längst noch nicht aus, um großen Teilen der Bevölkerung einen – wenn auch niedrigen – Lebensstandard zu sichern, den sie zur Sowjetzeit genossen. Die Lage hat sich allerdings durch die Konsolidierung seit etwa 1996 entspannt:

Durch die niedrige Inflation schloß sich die Schere zwischen Einkommen und Preisen etwas<sup>17</sup>.

Die Unzufriedenheit mit dem Einkommen in staatlichen Diensten führt dazu, daß Korruption weit verbreitet ist. Obwohl alle litauischen Regierungen der Bestechlichkeit den Kampf angesagt haben, ist dem Übel wohl nicht allein durch administrative Maßnahmen beizukommen. Die hohe Anfälligkeit staatlicher Bediensteter für private Zuwendungen ist auf deren soziale Lage zurückzuführen, wobei auch die alte Sowjetmentalität eine Rolle spielt. Unter diesen Umständen kann sich ein Vertrauen der Bevölkerung in die Verwaltung nicht einstellen; nur 2 Prozent der Litauer sind stolz auf ihre Regierung und nur 37 Prozent halten sie für vertrauenswürdig<sup>18</sup>.

Daß die Geduld der Menschen inzwischen erschöpft ist, zeigte sich jüngst im Fall der litauischen Telefongesellschaft. Als bekannt wurde, daß für die bislang kostenfreien Ortsgespräche Gebühren erhoben werden sollten, kam es zu den größten Massenprotesten in Litauen seit der Unabhängigkeit<sup>19</sup>. Schließlich wurde sogar das Parlament zu einer Sondersitzung einberufen, und alle politischen Parteien gaben ihre Stellungnahme zum Telefonstreit ab. Besonders bedenklich war, daß die Tariferhöhung im Zusammenhang mit der Privatisierung der litauischen Telefongesellschaft stand. Man glaubte, ein übles Spiel zwischen Regierung und den Käufern der Lietuvos Telekomas zu erkennen, das auf Kosten der Bevölkerung ausgetragen wurde. Die Demonstrationen wandten sich daher nicht nur gegen die Erhebung einer Gebühr für Ortsgespräche, sondern auch gegen die Privatisierung der Telefongesellschaft. Der stellvertretende Parlamentspräsident meinte sogar, sicherlich sei die geplante Maßnahme nicht populär, aber es gebe keinen anderen Weg, wenn Litauen in die Europäische Union aufgenommen werden wollte<sup>20</sup>. Unter dem öffentlichen Druck wurden schließlich Tariferhöhung und Privatisierung der Telefongesellschaft aufgeschoben.

Der Vorfall zeigt aber auch, daß die litauische Gesellschaft sich in den vergangenen acht Jahren in vielfacher Hinsicht verändert hat. Die Öffentlichkeit hat inzwischen ihren Platz in der politi-

13 Vgl. Lithuanian Human Development Report (Anm. 7), Kapitel 7.

14 Vgl. ebd., Kapitel 3.4. Die Angaben stammen vom November 1996.

15 Vgl. ebd., Kapitel 4.1. Nimmt man die versteckte Arbeitslosigkeit hinzu, kann für 1997 von einer Arbeitslosenquote von 14 Prozent ausgegangen werden.

16 Vgl. J. Tauber (Anm. 9), S. 121.

17 Der durchschnittliche Monatslohn lag im März bei 947 Litas, d.h. um 24 Prozent höher als im März des Vorjahres. Vgl. den Bericht der litauischen Nachrichtenagentur ELTA vom 27. April 1998, in: www.elta.lt.

18 Vgl. Lithuanian Human Development (Anm. 7), Kapitel 7.

19 ELTA (Anm. 17) vom 3. und 4. Februar 1998. Geplant war, pro Minute sieben Centas zu verlangen.

20 Vgl. ebd. vom 4. Februar 1998.

schen Kultur Litauens gefunden. Das hohe Interesse an der Politik<sup>21</sup> resultiert auch aus der Presse-landschaft. Die litauischen Zeitungen haben mit investigativem Journalismus in den letzten Jahren so manchen Skandal aufgedeckt und nehmen ihre Rolle als „vierte Gewalt“ durchaus ernst. Als im Bankenskandal 1995/96 ruchbar wurde, daß Ministerpräsident Sleževičius aufgrund von Insiderwissen seine Privatkonten kurz vor dem Zusammenbruch einer der größten litauischen Banken geleert hatte, erhob sich massiver öffentlicher Protest, dem der keineswegs rücktittswillige Ministerpräsident schließlich weichen mußte<sup>22</sup>. So überrascht es nicht, daß die Medien bei Umfragen von mehr als 70 Prozent der Bevölkerung für vertrauenswürdig gehalten werden und damit regelmäßig die Spitzenposition einnehmen<sup>23</sup>.

Ein weiteres Problem, das die Öffentlichkeit bewegt, ist der massive Anstieg der Kriminalität. Neben dem sinkenden Lebensstandard halten die Litauer die Verbrechensbekämpfung für die drängendste Frage<sup>24</sup>. Wurden 1988 noch 21 337 Straftaten registriert, so betrug deren Zahl 1996 68 053. Die allgemein verbesserte Lage führte zwar auch im Bereich der Kriminalität zu einem gewissen Rückgang (vor allem bei Schwerverbrechen), doch bleibt die Situation bedenklich. Hinzu kommt, daß ein besonders massiver Anstieg der Jugendkriminalität zu beobachten ist: Fast die Hälfte der ermittelten Täter ist zwischen 14 und 24 Jahre alt. Daneben sieht sich das unabhängige Litauen mit bislang unbekanntem Delikten wie der Wirtschaftskriminalität oder dem organisierten Verbrechen konfrontiert<sup>25</sup>. Trotz aller Regierungsmaßnahmen ist es bislang nicht gelungen, das Vertrauen der Bevölkerung in die innere Sicherheit wiederherzustellen<sup>26</sup>.

Zweifellos stellen die persönlichen Erfahrungen mit der Transformation eine Belastung der Demokratie in Litauen dar. Der Versuch, durch einen gradualistischen Systemwechsel soziale Härten

möglichst zu vermeiden, muß als gescheitert betrachtet werden. Die Zustimmungsraten zu einzelnen Bereichen des öffentlichen Lebens machen dies deutlich: Parlament, Regierung und Präsident können nur bei etwas mehr als einem Drittel der Bevölkerung auf Zustimmung hoffen. Den Justiz-, Finanz- und Sicherheitsbehörden stehen mehr als 80 Prozent der Litauer mit Vorbehalten gegenüber. Dem Bankensystem trauen gar nur 5 Prozent der Bevölkerung<sup>27</sup>. So ist die Skepsis der Menschen gegenüber einer völligen Liberalisierung der Wirtschaftsbeziehungen deutlich ausgeprägt: 57 Prozent glauben, der Staat müsse die eigene Wirtschaft vor ausländischer Konkurrenz schützen, und 44 Prozent sind der Meinung, auch die Regelung der Arbeitsbeziehungen gehöre in den staatlichen Aufgabenbereich<sup>28</sup>.

Aufgefangen werden diese Hypothesen derzeit noch durch die wiedergewonnene Unabhängigkeit und die Erfahrungen während der 50jährigen sowjetischen Besatzung. Die Eigenstaatlichkeit ist die unumstrittene Legitimation der litauischen Republik: 60 Prozent der Litauer sind stolz auf die historische Vergangenheit ihres Landes<sup>29</sup>. Die sich abzeichnende Konsolidierung muß allerdings politisch gefestigt werden, um die Vorbehalte der Bevölkerung abzubauen und den Lebensstandard der Menschen zu sichern und langfristig zu heben. Nur dann kann die litauische Demokratie nicht nur auf eine emotionale, sondern auch auf rationale Zustimmung hoffen.

Die litauische Gesellschaft steht vor weiteren großen Wandlungen. Das derzeit noch paternalistisch ausgerichtete Vertrauen auf den Staat – verbunden mit einer paradoxen Geringschätzung staatlicher Einrichtungen – verhindert Eigeninitiative und Eigenverantwortung. Beispielhaft läßt sich das an der Steuermoral in Litauen belegen. Selbst Unternehmen deklarieren ein weitaus niedrigeres Gehalt ihrer Angestellten, als diese de facto erhalten. Nebenbeschäftigungen, in Litauen weit verbreitet, werden grundsätzlich nicht angegeben. So entzieht sich ein breiter Bereich der Wirtschaftsleistungen dem Fiskus, wobei eine stillschweigende Übereinkunft zwischen allen Beteiligten herrscht. Die Schattenwirtschaft wird inzwischen auf rund 18 Prozent der gesamten Wirtschaftsleistung Litauens geschätzt<sup>30</sup>.

21 Vgl. ebd.

22 Vgl. J. Tauber (Anm. 9), S. 117 f.

23 Vgl. ELTA (Anm. 17) vom 27. November 1996.

24 75 Prozent vertreten diese Meinung. Vgl. Lithuanian Human Development (Anm. 7), Kapitel 7.

25 Ausführlich dazu Ministry of Justice of the Republic of Lithuania (Institute of Law) (Hrsg.), International Crime Victim Survey in Lithuania. Final Report, Vilnius 1997, S. 14 ff.

26 Nur 21 Prozent halten die Polizei für vertrauenswürdig, während 73 Prozent den Sicherheitsbehörden mißtrauisch gegenüberstehen. (Lithuanian Human Development Report 1997 [Anm. 7], Kapitel 7.)

27 Vgl. ebd.

28 Vgl. ebd. 43 Prozent sehen den Staat auch als Präzeptor in Moralvorstellungen.

29 Vgl. ebd.

30 Vgl. ebd., Kapitel 2.

Während das Verständnis von Rolle und Funktion des Staates noch deutlich alte Vorstellungen aufweist, zeigen sich im demographischen Bereich erste klare Anzeichen des Systemwandels. Zwischen 1990 und 1996 ging die Zahl der Heiraten um 44 Prozent zurück, immer mehr Partner verzichten auf den Trauschein, ein zunehmender Teil der jungen Generation lebt als Single. Heirateten während der Sowjetperiode viele Litauer in jungen Jahren, was eine hohe Scheidungsrate (fast jede zweite Ehe wurde geschieden) bedingte, so zeigt sich nun ein deutlicher Trend, später zu heiraten, was offensichtlich auch zum Rückgang der Scheidungen und dem Sinken der Geburtenrate beiträgt. Diese Veränderungen weisen darauf hin, daß der traditionell patriarchalisch geprägten litauischen Gesellschaft in den nächsten Jahrzehnten große Umbrüche bevorstehen werden.

---

## Das politische System

---

Litauen ist eine parlamentarische Demokratie. Die Verfassung garantiert die Menschenrechte, die Unabhängigkeit der Justiz, sichert nationalen Minderheiten ihre Rechte, garantiert Glaubens-, Gewissens- und Religionsfreiheit. Das Parlament, der Seimas, wird auf vier Jahre gewählt, Parteien der nationalen Minderheiten unterliegen nicht der Fünf-Prozent-Klausel. Neben dem Seimas wird der Staatspräsident vom Volk gewählt, und zwar für fünf Jahre. Auch er besitzt Gesetzesinitiativrecht und schlägt dem Seimas den Ministerpräsidenten vor. Ein Spezifikum der litauischen Verfassung ist das Recht des Präsidenten, das Parlament aufzulösen, das aber dadurch eingegrenzt wird, das der neugewählte Seimas mit einer 3/5-Mehrheit neue Präsidentschaftswahlen beschließen kann (Art. 87). Bisher wurde von Art. 87 noch kein Gebrauch gemacht. Die Stellung des Präsidenten gegenüber Parlament und Regierung ist zwar stärker als beim rein repräsentativen deutschen Bundespräsidenten, reicht aber weder an die des französischen Staatsoberhauptes noch gar an die des amerikanischen Präsidenten heran. Die stärkste Funktion des Amtes bezeichnet der Art. 84 der Verfassung, denn der Präsident „... soll die Grundlagen außenpolitischer Fragen festlegen und die Außenpolitik, zusammen mit der Regierung, durchführen“. Diese „Richtlinienkompetenz“ bedarf der immer neuen Ausrückung zwischen Staatsoberhaupt und Regierung, was bislang aber keine Probleme aufwarf<sup>31</sup>.

<sup>31</sup> Zur Verfassung vgl. Zenonas Namavičius, Die Verfassung der Republik Litauen. Verfassungsgeschichte, Men-

Die Wahlen zum Parlament brachten immer wieder Überraschungen. Nachdem die litauischen Wähler im Februar 1990 Sajudis mit einer breiten Mehrheit ausgestattet hatten und der damalige Parlamentspräsident Vytautas Landsbergis zur Galionsfigur des litauischen Unabhängigkeitskampfes geworden war, rechnete man für den Herbst 1992 eigentlich mit einem Sieg der Landsbergis-Fraktion.

Statt dessen gelang der ehemaligen kommunistischen Partei, die sich seit Dezember 1990 Demokratische Arbeitspartei Litauens nennt (LDDP = Lietuvos demokratinė darbo partija), ein erdrutschartiger Wahlsieg. Im Gegensatz zum konservativen Lager verfügte die LDDP über eine entwickelte Infrastruktur auch in den ländlichen Gebieten, hatte mit Algirdas Brazauskas einen überaus populären Parteivorsitzenden und stand unzweifelhaft für ein unabhängiges Litauen. Im Wahlkampf mahnte die LDDP einen sozial verträglicheren und langsameren Systemwandel an, was bei vielen Wählern Zustimmung fand. Der Sieg der sozialdemokratisch orientierten Reformkommunisten war deshalb auch keine Rückkehr zum sozialistischen System alter Prägung. Im Februar 1993 wurde Brazauskas dann folgerichtig mit 60 Prozent der Stimmen zum litauischen Präsidenten gewählt<sup>32</sup>. Doch konnte die LDDP ihren großen Erfolg nicht in eine dauerhafte Unterstützung umwandeln. Zum einen war Brazauskas aufgrund seines Amtes zur Überparteilichkeit verpflichtet und mußte daher den Parteivorsitz abgeben und aus der LDDP austreten, zum zweiten erschütterten immer wieder Skandale Regierung und Partei, und zum dritten konnte die LDDP ihre Versprechungen einer sozial verträglicheren Transformation nicht einlösen. Die Verlangsamung der Reformen in manchen Schlüsselbereichen wie etwa der Privatisierung wurde im Westen sehr kritisch beurteilt<sup>33</sup>, was aber zumindest teilweise auf die unsinnige Einschätzung der LDDP als kommunistische Partei zurückzuführen ist. Auch unter der LDDP wurde der Kurs nach Westen nicht verlassen, über die prinzipielle innere und äußere Ordnung Litauens herrschte

schenrechte, Staatsaufbau, in: Litauisches Kulturinstitut (Hrsg.), Jahrestagung 1993, Lampertheim 1994, S. 39 ff. Namavičius, seit 1993 litauischer Botschafter in der Bundesrepublik, war selbst von den ersten Überlegungen 1988 bis zu den Beratungen der Verfassungskommission des Seimas maßgeblich beteiligt.

<sup>32</sup> Vgl. J. Tauber (Anm. 9), S. 116 ff.; ders., Die Auseinandersetzung mit der kommunistischen Vergangenheit in Litauen, in: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, 28/1997.

<sup>33</sup> Vgl. FAZ Informationsdienste (Anm. 7), S. 20.



Partei	Stimmen in v.H.	Sitze (inkl. Direktmandate)	
		1996	1992
Tėvynės Sąjunga/Lietuvos konservatoriai Vaterlandsunion/Konservative Litauens	29,80	70	–
Lietuvos krikščionių demokratų partija (LKDP) Christdemokraten Litauens	9,91	14	16
Lietuvos demokratinė darbo partija (LDDP) Demokratische Arbeitspartei Litauens	9,52	11	73
Lietuvos centro sąjunga Zentrumsunion Litauens	8,24	14	2
Lietuvos socialdemokratų partija Sozialdemokratische Partei Litauens	6,60	10	8
Lietuvos moterų partija Frauenpartei Litauens	3,67	1	–
Lietuvos lenkų rinkimų akcija Aktion der polnischen Wähler	2,98	2	4
Lietuvos liberalų sąjunga Bund der Liberalen Litauens	1,84	3	0
Lietuvos socialistų partija Sozialistische Partei Litauens	0,73	0	–

Quelle: Litauische Wahlkommission (<http://rc.lrs.lt/rinkimai/seim96>).

und herrscht eine parteiübergreifende Übereinstimmung.

Die herbe Niederlage 1992 führte 1993 zur Gründung einer aus Sąjūdis hervorgehenden konservativen Partei. Die Vaterlandsunion/Konservative Litauens (TS/LK = Tėvynės sąjunga/Lietuvos konservatoriai) verkörpert unter ihrem Parteivorsitzenden Landsbergis noch prononcierter das national-konservative Lager als die litauischen Christdemokraten (LKDP = Lietuvos krikščionių demokratų partija). Das Wiedererstarken der Konservativen zeichnete sich bereits bei den Kommunalwahlen im März 1995 ab und führte bei den Parlamentswahlen am 20. Oktober 1996 zu einer katastrophalen Niederlage der LDDP. Die Vaterlandsunion und die Christdemokraten bildeten eine Koalition, die über eine breite Mehrheit verfügt. Zum Ministerpräsidenten wurde Gediminas Vagnorius gewählt, der das Amt bereits vom Januar 1991 bis Juli 1992 innehatte; Landsbergis feierte ein Comeback als Parlamentspräsident. Die Tabelle zeigt das Ergebnis der Parlamentswahl 1996 für die wichtigsten Parteien und gibt zugleich Auskunft über die litauische Parteienlandschaft.

Auffällig bleibt, daß die politische Mitte im Parteienspektum unterdurchschnittlich repräsentiert ist. Dennoch hat sich in Litauen inzwischen ein ausdifferenziertes Parteiensystem entwickelt, das derzeit keine Anfälligkeit für extremistische Stimmungen

zeigt. Hierzu trug und trägt sicherlich bei, daß die bisherigen Regierungswechsel die demokratische Ausrichtung der Parteien und politischen Eliten eindrucksvoll belegten. Das politische System hat seine ersten Bewährungsproben glänzend bestanden.

Dies zeigte sich auch während der Präsidentschaftswahlen. Lange war darüber gerätselt worden, ob der amtierende Präsident Brazauskas, der bei Meinungsumfragen auch heute noch die höchste Zustimmungsraten verzeichnen kann, eine Wiederwahl anstreben werde. Brazauskas gab seinen Verzicht im Oktober 1997 bekannt und begründete seine Entscheidung neben gesundheitlichen Gründen vor allem damit, daß seine Person zu sehr mit der kommunistischen Vergangenheit Litauens (seit 1988 war Brazauskas Chef der LKP) identifiziert werde, es sei Zeit für eine neue, unbelastete Generation, das Steuer in die Hand zu nehmen<sup>34</sup>.

Schließlich kam es zu einer Stichwahl zwischen dem 44-jährigen Arturas Palauskas, der von den linken Kräften unterstützt wurde, und dem 71-jährigen Valdas Adamkus, der ursprünglich von

34 Vgl. Jo Ekscelecijos Lietuvos Respublikos Prezidento Algirdo Brazausko kalba per Lietuvos televizija (Rede ihrer Exzellenz, des Präsidenten der litauischen Republik Algirdas Brazauskas im Fernsehen Litauens), 9. Oktober 1997, in: <http://rc.lrs.lt/prezident/kalba>.

der Zentrumsunion nominiert worden war. Bereits im ersten Wahlgang war Landsbergis, dessen guter Ruf im Westen im krassen Gegensatz zu seiner Popularität in Litauen steht, mit 16 Prozent der Stimmen ausgeschieden. In einer äußerst knappen Entscheidung behielt Adamkus am 4. Januar 1998 mit 968 032 Stimmen die Oberhand vor Palauskas (953 775 Stimmen). Adamkus selbst ist Exillitauer, seine Familie ging Ende des Zweiten Weltkrieges in die USA. Als früherer Chef einer dortigen Umweltbehörde verfügt der neue Präsident über Erfahrungen im Verwaltungswesen und steht wegen seiner Biographie für einen dezidiert westlichen Kurs<sup>35</sup>. Trotz des meist sachlichen und ruhigen Wahlkampfes betrug die Wahlbeteiligung bei der Stichwahl mehr als 70 Prozent – eine Quote, die zuletzt im Herbst 1992 erreicht worden war. Zwischen 1992 und 1997 war die Wahlbeteiligung von 50 auf 40 Prozent zurückgegangen, was sicherlich ein gewisses Indiz für die Stimmung der Bevölkerung darstellt, andererseits aber auch nicht überinterpretiert werden sollte.

Insgesamt läßt sich festhalten, daß die politischen Institutionen in Litauen fest verankert sind, Machtwechsel sich in demokratischer Weise abspielen und die politische Elite fest zur demokratischen Regierungsform steht.

---

## NATO und EU: Eckpfeiler der Außenpolitik

---

Die grundsätzliche außenpolitische Zielsetzung ist in Litauen unumstritten: Man sucht die Integration in transatlantische und europäische Strukturen. Als erstes Land, das ehemals Teil der Sowjetunion gewesen war, stellte Litauen am 4. Januar 1994 den Antrag auf Vollmitgliedschaft in der NATO. Präsident Brazauskas erklärte dazu bei seinem ersten offiziellen Besuch in Brüssel am 27. Januar 1994: „Die Sicherheit und Stabilität eines Landes sind unbedingte Voraussetzungen, damit eine Demokratie und ein freier Markt funktionieren können. Wir sind überzeugt, daß Litauens nationale Sicherheit ein untrennbarer Bestandteil der europäischen Sicherheit als Ganzes ist. Litauen kann seine Sicherheit allein nicht garantieren. Wir meinen, daß die europäische und damit auch die litauische Sicherheit nur durch die politische, wirtschaftliche und militärische Integration der betroffenen Län-

35 Eine erste Einschätzung bei Alfred Erich Senn, *The 1998 Lithuanian Presidential Election*, in: *Analysis of Current Events*, 10 (1998) 2, S. 1 ff.

der erreicht werden kann, wobei die wichtigsten Institutionen einer solchen Integration die Europäische Gemeinschaft und die NATO sind.“

Im Hintergrund des baltischen Strebens nach Sicherheit steht die russische Politik, die sich immer wieder zu verbalen Angriffen gegen die baltischen Staaten hinreißen läßt. Brazauskas sprach das Problem in seiner Brüsseler Rede klar an: „Rußlands Stellungnahmen über seine spezifischen Interessen und sein außergewöhnlicher Anspruch, den Frieden in dem sogenannten ‚nahen Ausland‘ und dem ehemaligen Gebiet der Sowjetunion aufrechterhalten zu wollen, entsprechen nicht völlig dem Geist des Völkerrechts oder der ‚Partnerschaft für den Frieden‘. Verlautbarungen über spezifische russische Interessen in den baltischen Staaten sind außergewöhnlich schwer zu verstehen, allein schon deswegen, weil Litauen und die anderen baltischen Staaten niemals ein rechtmäßiger Bestandteil der Sowjetunion waren.“<sup>36</sup> Für Litauen stellt dabei nicht die russische Minderheit im Lande das eigentliche Problem dar, sondern die russische Exklave Kaliningrad, in der nach wie vor starke russische Militärkräfte konzentriert sind<sup>37</sup>.

Die Entscheidungen des Madrider NATO-Gipfels im Juli 1997 lösten daher in Litauen – auch wenn offiziell Zurückhaltung geübt wurde – Enttäuschung aus. Lag die Zustimmungquote zum NATO-Beitritt im Februar 1997 noch bei 47,7 Prozent, so sank sie bereits kurz vor dem Gipfel, als sich abzeichnete, daß die baltischen Staaten nicht in die erste Runde der Beitrittsländer aufgenommen würden, auf 36,2 Prozent<sup>38</sup>. Inzwischen setzt Litauen, das als zweites osteuropäisches Land der „Partnerschaft für den Frieden“ beitrug, bei seinen Bemühungen neben den USA<sup>39</sup> und den skandinavischen Staaten auch auf das neue

36 Zit. in: Joachim Tauber, *Litauen und die NATO*, in: *Ost-europa*, 6 (1994), S. A 322 ff.

37 Zur Problematik vgl. die vom Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien herausgegebenen Berichte Nr. 17/1993 (Kaliningrad [Königsberg]. Eine russische Exklave in der baltischen Region. Stand und Perspektiven aus europäischer Sicht); Nr. 21/1993, 25/1993 (Dieter Bingen, *Das Gebiet Kaliningrad [Königsberg]: Bestandsaufnahmen und Perspektiven. Deutsche Ansichten I und II*).

38 Vgl. ELTA (Anm. 17) vom 2. Juli 1997. Keine Meinung hatten im Februar 29,6 Prozent und im Juli 33,6 Prozent der Befragten. Die Zustimmung zum EU-Beitritt fiel (noch vor den Empfehlungen der EU-Kommission) von fast 50 Prozent auf 40,2 Prozent.

39 Vgl. etwa die *Charter of Partnership among the United States of America and the Republic of Estonia, the Republic of Latvia and Republic of Lithuania*, January 16, 1998, in: [www.state.gov/www/regions/eur](http://www.state.gov/www/regions/eur).

NATO-Mitglied Polen. Die litauisch-polnischen Beziehungen, die unmittelbar nach der Unabhängigkeit Belastungen durch die jeweiligen Minderheiten in den beiden Staaten und den historischen Streit um Vilnius ausgesetzt waren, haben sich kontinuierlich verbessert. Zum 80. Jahrestag der litauischen Unabhängigkeitserklärung am 16. Februar 1998 weilte der polnische Präsident Alexander Kwasniewski als einziges ausländisches Staatsoberhaupt in Vilnius; den neugewählten Präsidenten Adamkus führte seine erste Auslandsreise nach Warschau<sup>40</sup>. Militärisch arbeiten die beiden Staaten inzwischen bei der Luftraumkontrolle zusammen; geplant ist ein gemeinsames polnisch-litauisches Bataillon für internationale Friedensmissionen<sup>41</sup>.

Auch die EU wird vorerst keine Gespräche über einen Beitritt Litauens beginnen; von den baltischen Staaten wurde nur Estland zu Beitrittsverhandlungen aufgefordert. Die litauische Regierung machte für die Entscheidung der EU-Kommission zum einen veraltete Daten, auf denen die Entscheidung beruhe, verantwortlich, deutete zum anderen aber auch relativ klar an, daß die EU-Empfehlung nach politischen und nicht rein sachlichen Kriterien gefällt worden sei. Ende April 1998 reagierte die litauische Regierung scharf auf Äußerungen des estnischen Präsidenten Lennart Meri, der gegenüber polnischen Pressevertretern gesagt hatte, Estland werde, falls die EU es fordere, eine Visumpflicht für lettische und litauische Staatsbürger einführen, wenn Estland damit schneller in die Gemeinschaft aufgenommen werde. In ihrer Stellungnahme wies die litauische Regierung darauf hin, daß die Entscheidung der EU das Baltikum spalte und damit innere und äußere Spannungen provoziere. Zugleich wurde nochmals betont, daß die EU Beitrittsverhandlungen mit Staaten beginne, deren Wirtschaftsdaten weit schwächer seien als die Litauens<sup>42</sup>. Aus der Luft gegriffen sind diese Befürchtungen sicherlich nicht, wie der Streit um die Telefentarife zeigte, als erstmals europakritische Argumente unter der Bevölkerung Wirkung zeigten, indem behauptet wurde, sowohl die Gebühren für Ortsgespräche als auch die Privatisierung der Telefongesellschaft sei Teil der Angleichung an EU-Standards.

So hofft man in Litauen weiterhin auf klare Signale aus dem Westen; Präsident Adamkus verpflichtete sich und sein Land bei seinem ersten

Auftritt vor dem NATO-Rat am 23. April 1998 mit deutlichen Worten: „I am here to reconfirm the principle aspiration of our state and its people, which are: integration into the European and transatlantic structures, political and economic cooperation and good neighbourly relations. During my term in office, I will make every effort to ensure that Lithuania becomes a member of NATO and the EU.“<sup>43</sup>

---

## Anwalt der Balten? Ein litauischer Blick auf die Bundesrepublik

---

Die Bundesrepublik genoß unmittelbar nach der Wiedererlangung der Unabhängigkeit großes Ansehen in Litauen. Als nächstgelegener westlicher Nachbar stellte und stellt sie das wichtigste Reiseziel der litauischen Bevölkerung in Westeuropa dar. Die Sympathien für Deutschland wurden auch durch die Vereinigung hervorgerufen, in der viele Litauer eine Parallele zum Freiheitskampf der baltischen Völker sahen, obwohl die Bundesregierung aus litauischer Sicht zuvor eine „vorsichtige Kaufmannspolitik“ betrieben hatte<sup>44</sup>.

Inzwischen gibt es rege Kontakte zwischen den beiden Staaten. Viel dazu beigetragen haben die vielfältigen vertraglichen Regelungen, der gegenseitige Kulturaustausch und die Hilfestellungen, die die Bundesrepublik in vielen Bereichen bietet. Besonders hervorzuheben ist auch das Engagement vieler Bundesländer, die Projekte in wirtschaftlichen und kulturellen Bereichen durchführen<sup>45</sup>. Das Engagement Deutschlands in Litauen wird zusätzlich durch viele private Initiativen unterstützt.

Im außenpolitischen Bereich setzte sich die Bundesrepublik dafür ein, daß Litauen den Status eines assoziierten Mitgliedes der EU erhielt und unterstützte den Abschluß eines Freihandelsabkommens mit der EU. Wichtig ist auch die regio-

---

43 Address by H. E. Mr. Valdas Adamkus, President of the Republic of Lithuania, Brussels, 23. April 1998, in: [www.nato.int/docu/speech](http://www.nato.int/docu/speech).

44 Vgl. Alfonsas Eidintas, Deutschland und die Staatlichkeit Litauens im 20. Jahrhundert, in: Nordost-Archiv N. F., (1992), S. 38, in Bezugnahme auf Vincas Bartusevičius, Vokietijos politika Lietuvos atžvilgiu (Deutschlands Politik gegenüber Litauen), in: Atgimimas, (1991) 40, S. 43.

45 Ausführlicher dazu Joachim Tauber, Die deutsch-litauischen Beziehungen seit 1990, Vortrag auf der Tagung „Supermacht oder Partner? Deutschlands neue Rolle in Osteuropa“ der Evangelische Akademie Hofgeismar vom 4. bis 6. Juli 1997 (im Druck).

40 Vgl. ELTA (Anm. 17) vom 16. Februar 1998 und 1. April 1998.

41 Vgl. ebd. vom 25. März 1998.

42 Vgl. ebd. vom 30. April 1998.

nale Initiative des Rates der Ostseeanrainerstaaten, dem Litauen wie die anderen baltischen Staaten als vollberechtigtes Mitglied angehört. So spielte Deutschland bei der Annäherung der baltischen Republiken an Europa zweifellos eine bedeutende Rolle, die auch Außenminister Klaus Kinkel im August 1996 klar zum Ausdruck brachte: „Deutschland versteht sich als Anwalt der Menschen dieser Region. Es ist deshalb Ziel deutscher Außenpolitik, Estland, Lettland und Litauen in den europäischen Institutionen noch stärker formell zu verankern. So wollen wir dazu beitragen, Unabhängigkeit und Stabilität dieser drei Länder zu stärken... Estland, Lettland und Litauen haben in ganz besonderer Weise die Last der europäischen Geschichte in diesem von zwei schrecklichen Kriegen und über vierzig Jahre Kalten Krieges gezeichneten Jahrhundert zu tragen gehabt. Sie waren Opfer einer verbrecherischen Politik, die diesen Ländern ihre Unabhängigkeit und Staatlichkeit raubte. Anschließend mußten sie über ein halbes Jahrhundert hinweg deren Folgen tragen... Deutschland anerkennt mit Blick auf eben diese Geschichte seine besondere Verantwortung für die baltischen Staaten.“<sup>46</sup>

Doch zeichnet sich inzwischen klar ab, daß die litauischen Hoffnungen auf die Bundesrepublik zwar nicht enttäuscht wurden, aber doch von Vilnius nunmehr pragmatischer eingeschätzt werden. Hauptansprechpartner sind die USA, die skandinavischen Länder und seit einiger Zeit Polen.

Ein anderes Problem hat das Ansehen der Bundesrepublik in Litauen in breiten Bevölkerungskreisen zumindest verringert, wenn nicht geschädigt. Noch immer können Litauer nicht ohne Visum nach Deutschland reisen. Bei der großen Zahl von Reisewilligen bilden sich vor der mitten im Zentrum von Vilnius gelegenen deutschen Botschaft täglich große Menschenmengen, die aus allen Teilen des Landes anreisen. Trotz jahrelanger Verhandlungen besteht die Visumpflicht nach wie vor. Das Problem hat inzwischen den Deutschen Bundestag aktiv werden lassen; am 9. Dezember

46 Klaus Kinkel in der Leipziger Volkszeitung vom 27. August 1996. Quelle: <http://www.auswaertiges-amt.government.de/>.

1997 stellte eine interfraktionelle Gruppe den Antrag, die Bundesregierung solle Verhandlungen mit den baltischen Staaten über gegenseitige Visumsfreiheit aufnehmen. Der Auswärtige Ausschuß des Deutschen Bundestages schloß sich am 29. April 1998 dieser Initiative an<sup>47</sup>.

Trotz der geschilderten Problematik läßt sich festhalten, daß Deutschland seit August 1991 bemüht war, Litauen in vielfältiger Weise zu unterstützen, so daß die vergangenen sieben Jahre ohne Übertreibung als beste Periode der deutsch-litauischen Beziehungen in diesem Jahrhundert bezeichnet werden können.

---

## Fazit

---

Acht Jahre nach dem Beginn der Systemtransformation hat Litauen erstaunliche Fortschritte gemacht. Außenpolitisch ist die baltische Republik klar westlich orientiert. Das Land verfügt über ein funktionierendes politisches System, makroökonomische Daten zeigen seit geraumer Zeit klar positive Trends. Schwierig ist die Situation im sozialen Bereich; der Großteil der Bevölkerung mußte einen sinkenden Lebensstandard in Kauf nehmen, was zu einer teilweise extremen sozialen Ausdifferenzierung führte. Bereits 1996 wies das litauische Amt für Statistik auf die damit verbundenen Gefahren hin: „Wenn Litauen heute nicht einen Weg einschlägt, der allen seinen Bewohnern soziale Entwicklungschancen garantiert, kann unser Land morgen zu einer Region der Massenarmut und einer schmalen begüterten Schicht ohne politische Stabilität und ohne soziale Sicherheit seiner Bewohner werden.“<sup>48</sup> Ein schweres Stück des Weges nach Westen steht der litauischen Republik daher noch bevor.

47 Vgl. Deutscher Bundestag, 13. Wahlperiode, Drucksache 13/9390, Antrag Visumsfreiheit für die baltischen Staaten; [www.bundestag.de/wib98](http://www.bundestag.de/wib98).

48 Fortentwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (Hrsg.), Žmogaus socialinė raida ir gyvenamoji aplinka 1996 (Soziale Entwicklung und Lebensumstände der Bevölkerung 1996), Vilnius 1996, S. 9.

## **Peer H. Lange: Das Baltikum als eine Aufgabe für die integrative Gestaltung Europas**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 37/98, S. 3–13

Die baltische Subregion Europas ist nicht marginal und nebensächlich, sondern kennzeichnend für die künftige Gestaltwerdung des integrierten Europa. Hier treten Schlüsselprobleme der Transformation wie der Modernisierung exemplarisch zutage, die für die gesamte Strukturbildung Europas wichtig werden. Hier wird zudem das Verhältnis des künftigen abendländischen Europa zu Eurasien mit dessen Kernstaat Rußland essentiell gestaltet – in partnerschaftlicher Konkurrenz mit den USA, der führenden Modernisierungsmacht bei einer globalisierten Umgestaltung unserer Welt. Europa ist mithin herausgefordert, im Baltikum seine Position gegenüber der atlantischen wie der eurasischen Hemisphäre modellhaft zu bestimmen.

Das Baltikum gewinnt zudem eine richtungweisende Bedeutung als Gestaltungsraum der nordeuropäischen EU-Erweiterung. Allen skandinavischen Nationen gilt der baltische Raum als integraler Teil der europäischen Gestaltwerdung. Das wird nicht lediglich räumlich, sondern im Sinn grundlegender Umstellungen in Wirtschaft, Sicherheitsgewährleistung und sozialen Strukturen verstanden – wodurch sich dieser Ansatz exemplarisch von traditionell geopolitischen Orientierungen unterscheidet, denen die Politik anderer, in dieser Subregion agierender Staaten folgt. In der bisherigen Entwicklung seit der wiedergewonnenen Souveränität 1991 zeigten sich allerdings sowohl schwerwiegende Beschränkungen und Schwierigkeiten auf baltischer Seite wie Unzulänglichkeiten der westlichen wie östlichen Außenwelt bei der Bewältigung anstehender Herausforderungen in diesem Raum. Dabei geht es nicht lediglich um die Transformierung des vordem sozialistischen Wirtschafts- und Sozialsystems, sondern um eine Neuausrichtung der Entwicklung an den Maßstäben und Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Das betrifft die baltischen und die skandinavischen Nationen wie die anderen europäischen Regionen. Damit einhergehend ändert auch die vormalige Neutralitätshaltung Schwedens und Finnlands ihre Qualität. Diese Zusammenhänge außer acht zu lassen und sich auf eine regionale Sicht zu beschränken bedeutet, die eigentlich essentielle Problematik – nämlich die Gestaltung des ganzen Europa – zu verfehlen.

## **Konrad Maier: Estland: Tiger im Baltikum?**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 37/98, S. 17–26

Estlands Geschichte bis ins 20. Jahrhundert hinein war eine Geschichte der fremden Herren: Deutsche, Schweden, Polen und Russen bestimmten die Geschicke des Landes und seiner Bevölkerung bis zum Ersten Weltkrieg. Die Zwischenkriegszeit bedeutete eine erste Phase der Unabhängigkeit, die in der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges ein Ende fand. Wieder von fremden Herren bestimmt, sollte Estland erst während der grundstürzenden Ereignisse in Osteuropa 1991 seine Unabhängigkeit zurückerhalten.

Seitdem hat sich in Estland trotz häufiger Kabinettswechsel und Regierungsumbildungen ein politisches System herausgebildet, das der Demokratie verpflichtet ist und mit großen Schritten einen Reformweg begonnen hat, das immer wieder – und nicht zu Unrecht – als Beispiel für die Nachfolgestaaten der Sowjetunion sowie für die ostmitteleuropäische Staatenwelt herangezogen wird. Außenpolitisch geht Estland den Weg der zielgerichteten Integration in die Europäische Union und die NATO, wobei der größte Erfolg inzwischen darin besteht, daß Estland bei der EU-Erweiterung nach Osteuropa einer der sechs Kandidaten ist. Eine Mitgliedschaft in der NATO wird aufgrund übergeordneter Sicherheitsinteressen Rußlands wohl noch geraume Zeit auf sich warten lassen.

Die Integration in die EU kann gelingen, weil die wirtschaftlichen Reformen der Republik Estland ein Wirtschaftswunder beschert haben, so daß die Esten stolz ihr Land inzwischen als „Tiger des Baltikums“ bezeichnen: Die Inflationsrate wird 1998 wohl einstellig sein, die Arbeitslosigkeit bewegt sich zwischen 4 und 8 Prozent, die Währung ist stabil, die Wachstumsraten erreichen fast 10 Prozent, die Privatisierung ist so gut wie abgeschlossen, die Preise sind liberalisiert. Die sozialen Opfer, die mit den Wirtschaftsreformen in Kauf genommen wurden, betreffen jedoch die Mehrheit der Bevölkerung. Eine Zweiklassengesellschaft ist im Entstehen: Jung, gebildet, reich sind die Bedingungen für den sozialen und ökonomischen Aufstieg. Zu leiden haben alte Menschen, kinderreiche Familien und Frauen; die geringe Arbeitslosigkeit verdeckt das Entstehen einer Schattenwirtschaft, Ansätze eines Sozialstaates sind nur schwer zu erkennen – hierfür fehlt dem Staat oft das Geld.

Eine zusätzliche Hypothek für die Republik Estland ist die russischsprachige Minderheit, die zu Sowjetzeiten ins Land gebracht wurde. Trotz gesetzlicher Normen und staatlicher Angebote ist es bislang noch nicht gelungen, diese Bevölkerungsgruppe in die Gesellschaft zu integrieren. Gerade hier muß die Republik Estland noch intensive Anstrengungen unternehmen, um das Motto wahr werden zu lassen: „Laßt uns Esten sein, aber laßt uns Europäer werden!“

## **Detlef Henning: Lettlands Weg von der sowjetischen Vergangenheit in die europäische Zukunft**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 37/98, S. 27–34

Lettland, die mittlere der baltischen Republiken, hat trotz schwerer Bevölkerungs- und Elitenverluste im 20. Jahrhundert nach Wiedererlangung der Unabhängigkeit den politischen Reformprozeß weitgehend abschließen können. Defizite bilden die Korruptiertheit der politischen Klasse und die innenpolitische Instabilität. Wirtschaftlich befindet sich Lettland mit sechs Prozent Wirtschaftswachstum (1997) jedoch auf Erfolgskurs. Vor dem Hintergrund der geschichtlichen Erfahrungen strebt Riga außenpolitisch den Eintritt in die Europäische Union sowie in die transatlantischen Sicherheitsstrukturen an.

Der Wunsch nach verstärkter Westintegration bildet den Hauptgrund für ein gespanntes Verhältnis zu Rußland, das die aufgrund der seit den vierziger Jahren erzwungenen Russifizierung hervorgerufenen Menschenrechts- und Minderheitenfragen für seine Politik des „nahen Auslandes“ in der baltischen Region instrumentalisiert. Eine rasche Lösung der komplexen Staatsbürgerschaftsfrage und die Integration größerer russischsprachiger Bevölkerungsteile – vor allem in den Städten – in die lettische Gesellschaft werden daher zu einem vordringlichen innen- wie außenpolitischen Problem.

## **Joachim Tauber: Der schwere Weg nach Westen: Litauen 1990–1998**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 37/98, S. 35–45

Litauen hat auf seinem Weg nach Westen seit 1990 eine beachtliche Strecke zurückgelegt. Innerhalb von acht Jahren wurden die institutionellen und gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen, die eine innere Staatsordnung nach westlichem Vorbild ermöglichen. Im politischen Bereich ist der Systemwechsel inzwischen vollzogen. Demokratische Machtwechsel belegen ebenso wie ein inzwischen ausdifferenziertes Parteiensystem die politische Stabilität. Die wirtschaftliche Transformation, die in eine tiefe Krise Anfang der neunziger Jahre führte, weist inzwischen ermutigende makroökonomische Werte auf, doch gibt es nach wie vor auch negative Indikatoren wie etwa eine ausgeprägte Schattenwirtschaft, administrative Mängel und Schwächen im Privatisierungsprozeß.

Bedenklich sind die tiefgreifenden sozialen Folgen der Transformation. Eine paternalistische Gesellschaft machte innerhalb kürzester Zeit Erfahrungen mit einem kapitalistisch ausgerichteten System. Viele Litauer mußten eine Verringerung ihres Lebensstandards hinnehmen; Inflation und bislang unbekannte oder vernachlässigbare Nebenkosten (Miete, Heizung usw.) dominieren die Ausgaben der litauischen Haushalte in massiver Weise. Trotz der sich konsolidierenden Lage lastet eine große soziale Hypothek auf dem neuen Staat. Noch vermag die wiedergewonnene Unabhängigkeit die junge Republik zu stabilisieren, doch mittelfristig kann nur eine Hebung des Lebensstandards für breite Bevölkerungsteile den „Weg nach Westen“ absichern. Die soziale Schichtung spiegelt diese Entwicklung wider, denn ein breiter Mittelstand existiert nicht. Neben dem gesunkenen Lebensstandard ist es bislang nicht gelungen, gegen Korruption und Kriminalität einschneidende Maßnahmen zu ergreifen. Direkt mit den sozialen Umbrüchen verbunden, schadet diese Entwicklung dem litauischen Staat sowohl nach innen wie nach außen.

Die Außenpolitik Litauens ist geprägt durch gutnachbarschaftliche Beziehungen mit den Anrainerstaaten. Offene territoriale Fragen existieren nicht. Litauen hat sich klar nach Westen orientiert, das Land strebt die Mitgliedschaft in der NATO und der EU an. Die letzten Entscheidungen des Westens haben in Litauen zwar Enttäuschung ausgelöst, doch hofft man, das Ziel im zweiten Anlauf zu erreichen. Die Beziehungen zur Bundesrepublik sind gut, doch hat Deutschland in letzter Zeit deutlich an Bedeutung verloren, da Litauen mehr Unterstützung in den USA, Skandinavien und Polen findet und dementsprechend seine Außenpolitik orientiert. Das Ansehen der Bundesrepublik in der litauischen Öffentlichkeit leidet derzeit massiv unter der Weigerung, einen visumfreien Reiseverkehr mit Litauen aufzunehmen.